

Maastricht-Kriterien

Finanzhilfen

Italien Neuver
schuldung

Defizit-Verfahren EU

Victoria Sophie Teschendorf, Kim Otto

Die Qualität der Berichterstattung zur italienischen Regierung 2018 in den deutschen Medien

Autor*innen:

Prof. Dr. Kim Otto
Professor für Wirtschaftsjournalismus
und Wirtschaftskommunikation
Universität Würzburg
kim.otto@uni-wuerzburg.de

Victoria Sophie Teschendorf, M. Sc.
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
der Professor für Wirtschaftsjournalismus
und Wirtschaftskommunikation
Universität Würzburg
victoria.teschendorf@uni-wuerzburg.de

Inhalt

1. Einleitung	4
2. Stand der Forschung	8
3. Qualität in Zeitungen und Magazinen	17
3.1 Printmedien in Deutschland	18
3.2 Qualitätskriterien in Zeitungen und Magazinen	21
4. Forschungsdesign	31
4.1 Zielsetzung und Fragestellungen	31
4.2 Methode	33
4.3 Operationalisierung/Erläuterung von Begrifflichkeiten und Konzepten	33
4.4 Materialbasis	39
4.5 Durchführung	41
4.6 Reliabilität, Validität und Neutralität der Untersuchung	41
5. Ergebnisse der Untersuchung	43
5.1 Relevanz des Themas	43
5.2 Vielfalt der Akteure in der Berichterstattung	52
5.3 Ausgewogenheit in der Berichterstattung	58
5.4 Neutralität in der Berichterstattung	88
5.5 Analytische Qualität der Darstellung der italienischen Reformagenda in der Berichterstattung	93
6. Zusammenfassung der Ergebnisse	109
6.1 Ergebnisse für die Analyse der Qualitätskriterien	110
6.2 Vergleich der untersuchten Tageszeitungen und Magazine	115
6.3 Schlussfolgerungen	121
Anhang	123
Literaturverzeichnis	124
Tabellarischer Anhang	130
Verzeichnis zu den Tabellen und Abbildungen	137
Hinweis zu den Autor*innen	141

1. Einleitung

Die im Jahr 2018 gewählte populistische und Europa-skeptische italienische Regierung unter Ministerpräsident Giuseppe Conte legte einen Haushaltsentwurf vor, der eine deutlich höhere Neuverschuldung vorsah, als zuvor mit der EU-Kommission vereinbart wurde. Die EU-Kommission lehnte zum ersten Mal in der Geschichte der EU den Haushaltsplan eines Mitgliedstaates ab, wodurch die (mediale) Debatte über den italienischen Haushalt an Dynamik gewann. Vor allem die beiden Parteichefs der regierenden Parteien, Matteo Salvini von der Lega mit seinem „groben und sehr direkten Stil“ (Ignazi 2018: 4) sowie Luigi Di Maio von der Fünf-Sterne-Bewegung, erregten hohe mediale Aufmerksamkeit. Im Mittelpunkt der Kontroverse um den italienischen Haushalt stand die Zusammenarbeit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission. Schlagzeilen wie „Roms Spiel mit dem Feuer“ (Sauer 2018: 29), „Wie teuer kommt uns Italiens neue Regierung?“ (Wie teuer kommt uns Italiens Regierung? 2018: 1) oder „Die italienische Erpressung“ (Hildebrand 2018: 16) prägten die deutsche Medienlandschaft in ihrer wirtschaftspolitischen Berichterstattung.

So war der Streit um den italienischen Haushalt im Jahr 2018 eines der zentralen Themen der wirtschaftspolitischen Berichterstattung in Deutschland (vgl. Grasse/Labitzke 2018). Im Zeitraum vom 18. Mai 2018 bis zum 31. Dezember 2018 veröffentlichten die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, das „Handelsblatt“ und die „Süddeutsche Zeitung“ ca. drei Artikel pro Tag über den Haushaltsstreit zwischen Italien und der EU-Kommission, das Thema wurde in mehr als jedem fünften Artikel mit Bezug zu Italien in den Tageszeitungen thematisiert. Daran ist die hohe Relevanz der Wirtschafts- und Finanzpolitik der neuen italienischen Regierung 2018 für die deutsche Zeitungs- und Magazinberichterstattung erkennbar. Die hohe mediale Aufmerksamkeit für die italienische Wirtschafts- und Finanzpolitik begründet sich auf den italienischen Parlamentswahlen 2018. Am 28.12.2017 hat Italiens Präsident Mattarella das Parlament aufgelöst und damit den Weg für Neuwahlen im März 2018 freigemacht. Bis zum 2. März führten die Parteien Wahlkampf mit unterschiedlichen Wahlversprechen. Die populistische Fünf-Sterne-Bewegung wurde mit fast 33 Prozent stärkste Partei. Die Lega wurde mit 17 Prozent zum ersten Mal die stärkste Partei im rechten Parteienlager. Am 18. Mai 2018 legte die neue Koalition aus der Lega und der Fünf-Sterne-Bewegung das Regierungsprogramm vor. Vor allem wollten beide

Parteien die Konjunktur in Italien mit schuldenfinanzierten Ausgaben ankurbeln. Im Zentrum standen die Reformen Einführung eines Grundeinkommens, die Senkung des Renteneintrittsalters sowie die Vereinfachung des Steuersystems. Deshalb intendierte die neue Regierungskoalition das Defizit erhöhen – und somit die bereits von der Vorgängerregierung versprochene Neuverschuldung von 0,8 Prozent auf 2,3 Prozent zu erhöhen. Angesichts einer Gesamtverschuldung von 130 Prozent standen die Haushaltspläne der italienischen Regierung im Widerspruch zum Stabilitäts- und Wachstumspakt, auf den sich die EU-Mitgliedsstaaten im Rahmen der Maastricht-Regeln verständigt hatten und der eine Gesamtverschuldung von maximal 60 Prozent und eine Neuverschuldung von maximal drei Prozent erlaubt. Die damit absehbare Verletzung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes entfachte eine intensive mediale Debatte zwischen der EU-Kommission und der italienischen Regierung. Italiens Regierung galt als größte Gefahr in der Wirtschaftsberichterstattung, noch vor dem Brexit, Trump oder Putin. Negativschlagzeilen wie „Europa und der Populismus von Rechts: Erst der Brexit, dann der Aufstieg des Front National, nun die Erfolge von Lega und Cinque Stella in Italien: Können die Demagogen und großen Vereinfacher die EU am Ende zu Fall bringen?“ (Brössler 2018: 2) von der „Süddeutschen Zeitung“ oder „Endspiel in Italien. Zehn Jahre nach dem Ausbruch der Finanzkrise steckt Italien immer noch tief im Schuldensumpf“ (Siems 2018: 1) von „Die Welt“ dominierten die Berichterstattung und schürten die Angst vor einer weiteren europäischen Krise. Nachdem die EU-Kommission den italienischen Haushaltsplan zurückwies und ein Defizitverfahrens gegen Italien einleiten wollte, eskalierte der Streit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission. Schließlich konnte die italienische Regierung das Verfahren abwenden. Am 18 Dezember 2018 einigten sich die EU-Kommission und Italien: Das ursprünglich für 2019 geplant italienische Haushaltsdefizit sollte nur noch 2,04 Prozent statt 2,4 Prozent betragen (vgl. Europäische Kommission 2018b).

Die Verantwortung, die dem wirtschaftspolitischen Journalismus zukommt, ist weitreichend. In seiner Funktion beobachtet er politische und wirtschaftliche Vorgänge, nimmt Informationen auf, verarbeitet diese und teilt sie anschließend mit anderen gesellschaftlichen Teilsystemen (vgl. Otto/Köhler 2017: 2). Gerade in jenen Bereichen, die für eine Gesellschaft von großer Bedeutung sind, deren komplexe Zusammenhänge aber häufig schwer nachvollziehbar sind, müssen Entwicklungen umfassend, objektiv und ausgewogen vermittelt werden. Nur so erfüllt der

wirtschaftspolitische Journalismus seine Funktion als Frühwarnsystem der Öffentlichkeit (vgl. Otto/Köhler 2017). Printmedien sind für die wirtschaftspolitische Berichterstattung von hoher Relevanz. Insbesondere den deutschen Qualitätszeitungen wird ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit und Vertrauen von der Öffentlichkeit entgegengebracht. Dank ihrer Informations-, Kritik- und politischen Bildungsfunktion können sich Bürger*innen am wirtschaftspolitischen Diskurs beteiligen und sich eine Meinung über komplexe Sachverhalte bilden. Daraus ergeben sich Forderungen nach der Trennung von Nachricht und Meinung, Vielfalt, Aktualität, Relevanz, Glaubwürdigkeit, Unabhängigkeit, Hintergrundberichterstattung und Ausgewogenheit (vgl. Arnold 2009: 232ff.) Zu den wichtigsten Qualitätszeitungen gehören einerseits die traditionellen überregionalen Tageszeitungen „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, die „Süddeutsche Zeitung“ sowie „Die Welt“. Daneben zählen die auflagenstärkste Wirtschafts- und Finanzzeitung „Handelsblatt“, „die tageszeitung“ sowie das auflagenstarke Magazin „Der Spiegel“ zu den Qualitätsmedien der deutschen Zeitungs- und Magazinlandschaft. Aber auch die „BILD“ als Boulevardzeitung und auflagenstärkste Tageszeitung muss in der Untersuchung der Qualität der wirtschaftspolitischen Berichterstattung miteinbezogen werden. Die globale Finanzmarktkrise 2008/2009 und die europäische Staatsschuldenkrise stellten nicht nur für Politik und Wirtschaft eine der größten Herausforderung der vergangenen Jahre dar. Durch die außergewöhnliche Komplexität und Vielschichtigkeit der Krisen verdichteten sich Forderungen nach einer qualitativ hochwertigen und umfassenden wirtschaftspolitischen Berichterstattung. Allerdings wurde zugleich eine fundamentale Kritik am wirtschaftspolitischen Journalismus, insbesondere in Krisenzeiten, vernehmbar. So wurden Defizite in der Anforderung einer qualitativ hochwertigen Berichterstattung und in der Erfüllung journalistischer Qualitätskriterien von deutschen Qualitätszeitungen wie der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Süddeutsche Zeitung“ und „die tageszeitung“ während der Finanzmarktkrise festgestellt (vgl. Arlt/Storz 2010; Netzwerk Recherche 2007). Die Frage nach der Qualität im wirtschaftspolitischen Journalismus ist von hoher Bedeutung. So muss geklärt werden, ob der wirtschaftspolitische Journalismus in der Lage war, die Defizite und Missstände in der Berichterstattung über die Weltwirtschaftskrise und die europäische Staatsschuldenkrise zu beheben. Anhand der Untersuchung der politischen Kontroverse um den Haushaltsentwurf der neuen italienischen Regierung

unter Giuseppe Conte als komplexer wirtschaftspolitischer Vorgang im Jahr 2018 kann der Frage nach der Qualität im wirtschaftspolitischen Journalismus nachgegangen werden.

Dabei geht es für die Presseberichterstattung um die zentrale Frage, ob sie die an sie gestellten Leistungsanforderungen erfüllt. Diese basieren mehr oder weniger explizit auf der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland (Art. 5). Diese Leistungsanforderungen manifestieren sich in den Landespressegesetzen der Länder. Demnach muss die Presse die publizistische Sorgfaltspflicht einhalten. Sie wird als Medium zwischen verschiedenen Teil-Öffentlichkeiten sowie als Faktor der öffentlichen Meinungsbildung betrachtet. Dabei muss die Presse eine Reihe an Anforderungen erfüllen. Zeitungen und Magazine wirken durch verschiedene Funktionen, z. B. der Vermittlungs- und Repräsentationsfunktion, an der Meinungsbildung der Bevölkerung mit.

Die Presse ist zur Ausgewogenheit verpflichtet. Dazu gehören das Gebot einer fairen und unabhängigen Berichterstattung und die Verpflichtung zur Überparteilichkeit. Die Abbildung verschiedener Meinungen in der Presseberichterstattung soll insgesamt ausgewogen sein. Außerdem sind die Zeitungen und Magazine dem Gebot der Neutralität verpflichtet und sollen den Bürger*innen wesentliche Hintergrundinformationen (analytische Qualität) zur Meinungsbildung liefern. Auch das Bundesverfassungsgericht hat in seinen Urteilen immer wieder die Funktion der Meinungsbildung der Presse betont und daraus geschlossen, dass die angebotenen Informationen „breit“, „vollständig“ und „ausgewogen“ sind (BVerfGE 12, 205).

Im Mittelpunkt dieser Studie steht daher die Frage, wie über die Wirtschafts- und Finanzpolitik der italienischen Regierung 2018 in den Tageszeitungen und Magazinen berichtet wurde. Hierzu zählen die überregionalen Tageszeitungen „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Handelsblatt“, „Süddeutsche Zeitung“, „Die Welt“, „die tageszeitung“, das Magazin „Der Spiegel“ und „BILD“. Untersucht wird, ob die Anforderungen an Vielfalt, Ausgewogenheit, Neutralität und Hintergrundberichterstattung eingehalten wurden.

Dieser Ergebnisbericht führt zunächst in den Stand der Forschung zur Qualität der Zeitungs- und Magazinberichterstattung ein. Anschließend werden die relevanten Kriterien für Qualität in Zeitungen und Magazinen herausgearbeitet und erläutert. Als Grundlage wird zudem die Bedeutung der Zeitungs- und Magazinberichterstattung für die Öffentlichkeit und Gesellschaft beschrieben. Darauf aufbauend werden die

Zielsetzung und die Forschungsfragen der Studie detaillierter dargelegt. Anschließend daran werden das Untersuchungsdesign und das methodische Vorgehen der Studie erläutert. Den größten Teil dieser Studie nimmt die Ergebnisdarstellung ein. Sie orientiert sich an den zentralen Forschungsfragen und beschreibt die Berichterstattungsintensität, die Darstellung von Akteuren, die Vermittlung von Meinungen und die Thematisierung des italienischen Regierungsprogramms. Im abschließenden Fazit werden die Erkenntnisse hinsichtlich der Fragestellungen systematisch zusammengefasst und die Bedeutung der Ergebnisse interpretiert und diskutiert.

2. Stand der Forschung

Es gibt keine Studie, in der das Untersuchungsobjekt der vorliegenden Forschungsarbeit, Zeitungen und Magazine, hinsichtlich des Untersuchungsgegenstandes dieser Studie, der Berichterstattung zum Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission, analysiert wird. Deshalb wird im Folgenden der Stand der wissenschaftlichen Forschung zur Berichterstattung der jüngsten Finanz- und Schuldenkrisen aufgearbeitet. Dabei werden jeweils Studien und Ergebnisse vorgestellt, welche die Qualität der Berichterstattung in den Fokus nehmen.

Berichterstattung zu den jüngsten Finanz- und Schuldenkrisen

Bisher gibt es vereinzelte wissenschaftliche Untersuchungen zur medialen Berichterstattung zu den jüngsten Finanz- und Schuldenkrisen in der deutschen Öffentlichkeit aus verschiedenen Perspektiven. Die meisten Erhebungen bezogen sich auf die Eurokrise 2010 oder die Finanzkrise in davorliegenden Jahren sowie die griechische Staatsschuldenkrise (vgl. Arlt/Storz 2010; Beck et al. 2010, Cetin 2012; Otto/Köhler 2016; Otto et al. 2016; Schlosser 2013; Schranz/Eisenegger 2011; Schranz et al. 2010; Seiffert/Fährlich 2012). Für diese Studie relevant sind insbesondere Erkenntnisse zur Qualität der Berichterstattung, die im Folgenden kurz benannt werden. Diese Aspekte finden sich kaum in den zentralen Fragestellungen bisheriger Studien, werden jedoch in einigen Untersuchungen mit aufgegriffen.

Eine vergleichbare Inhaltsanalyse zur Qualität der Wirtschaftsberichterstattung erfolgte durch Arlt und Storz (2010). Die Autoren untersuchten im Auftrag der Otto

Brenner Stiftung, wie der tagesaktuelle Wirtschaftsjournalismus im Vorfeld und im Verlauf der Finanzmarktkrise ab 2007 die Finanzmarktpolitik darstellte. Mittels einer qualitativen und quantitativen Inhaltsanalyse wurden 822 Artikel der fünf überregionalen Tageszeitungen „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Financial Times Deutschland“, „Handelsblatt“, „Süddeutsche Zeitung“ und „Die Tageszeitung“, 141 Beiträge aus den ARD „Tagesschau“- und „Tagesthemen“-Sendungen sowie 212 Meldungen der Nachrichtenagentur „Deutsche Presse-Agentur“ (DPA) untersucht. Arlt und Storz (2010) selektierten 16 Ereignisse an den Finanzmärkten im Zeitraum zwischen dem Rücktritt von Oskar Lafontaines als deutscher Finanzminister im März 1999 bis zum G 20-Gipfel von Pittsburgh im September 2009. Zusätzlich wurden fünf Fallstudien untersucht, darunter beispielsweise das Medienecho der Rede von Ludwig Poullain, dem langjährigen Vorstandsvorsitzenden der WestLB. Außerdem wurden qualitative Interviews mit Wirtschafts- und Finanzredakteur*innen und Wissenschaftler*innen durchgeführt. In dieser Forschungsarbeit wird nicht auf alle Ergebnisse der Studie eingegangen, sondern es werden lediglich die Ergebnisse mit Bezug zur Qualität der Wirtschaftsberichterstattung hervorgehoben. Somit bleiben die Ergebnisse der Fallstudien und der Interviews unberücksichtigt. Im Mittelpunkt stand die journalistische Qualität, darunter Kriterien wie die Hintergrundberichterstattung, die Relevanz, die zu Wort gekommenen Akteure und die Positionierung der Artikel. Zur Analyse der Qualitätsmedien wurden die 16 Ereignisse in vier Phasen gegliedert. Die erste Phase umfasste den Zeitraum 1999 bis 2005 und wurde als die „Vor der Krise“- Phase bezeichnet. Insgesamt wurden in dieser Phase 134 Artikel untersucht. Die Finanzmarktpolitik wurde nicht als aktuelles Thema gesehen und die Entwicklung des Finanzmarktes blieb unberücksichtigt, sodass die Mindestanforderungen an die journalistische Qualität nicht erfüllt wurden. Phase zwei, die sogenannte „Vorkrise“, beinhaltete ausgewählte Ereignisse aus dem Jahr 2007. Es wurden 90 Artikel analysiert, in welchen lediglich Finanzmarkt- und Wirtschaftakteure zu Wort kamen, sodass weitestgehend einseitige Positionen dargestellt wurden. Die journalistische Qualität der Phase wurde als „schlecht“ eingestuft. In Phase drei der „Offenen Krise“ wurden Ereignisse aus den Jahren 2008 und 2009 berücksichtigt. Sie umfasste 400 Artikel. In dieser Phase wurden die Mindestanforderungen an die journalistische Qualität erfüllt, in dem ausreichend Hintergrundberichterstattung und Erläuterungen zu den Mechanismen des Finanzmarktes erfolgte. Die „Konsequenzen aus der Krise“ im Jahr 2009 stellten die vierte Phase dar. In der vierten Phase wurden 301 Artikel

untersucht, in welchen ebenfalls mehr Hintergründe sowie Erläuterungen zu Instrumenten, mit denen die Finanzkrise verhindert werden sollen, aufgezeigt wurden. In den unterschiedlichen Ereignissen kamen insgesamt nur wenige Expert*innen und Wissenschaftler*innen zu Wort. Innerhalb der Auswertungszeiträume wurden 16 Artikel zur Finanzmarktpolitik in den fünf Qualitätszeitungen zwischen 1999 und 2008 auf der ersten Seite positioniert, im Zeitraum vom September 2008 bis September 2009 war dies in 69 Artikeln der Fall (vgl. Arlt/Storz 2010). Sowohl in den Meldungen der „DPA“ als auch in den „Tagesschau“- und „Tagesthemen“- Sendungen wurden nur Positionen bekannter Politiker*innen und Expert*innen in Zitaten und O-Tönen dargestellt. Die journalistische Qualität wurde als „unzureichend“ postuliert (Arlt/Storz 2010: 121). Insgesamt wurden lediglich zwei Sendungen der „Tagesschau“ und der „Tagesthemen“ zur Finanzmarktpolitik veröffentlicht (Arlt/Storz 2010: 150 f.). Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die Informationen unvollkommen und ein fehlendes Problembewusstsein der Thematik in den Medien zu erkennen war. Die Anforderungen an die journalistische Qualität wurden nur teilweise erfüllt (vgl. Arlt & Storz 2010).

Eine Studie im Auftrag des Deutschen Fachjournalisten-Verbandes (DFJV) erfolgte im Jahr 2010 und untersuchte die Strategien deutscher Presseverlage in der Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf die journalistische Qualität (vgl. Beck et al. 2010). Der Untersuchungszeitraum belief sich von Oktober 2008 bis Dezember 2009. Dabei wurde eine qualitative Forschungsmethode gewählt und insgesamt 20 persönliche Leitfadeninterviews mit Verlagsgeschäftsführer*innen und Chefredakteur*innen sowie mit professionellen Leser*innen aus Presse- und PR-Abteilungen geführt. Als professionelle Leser*innen wurden in der Studie Banker*innen, Anlageberater*innen, Wirtschaft- und Finanzwissenschaftlicher*innen, Investor*innen, Gewerkschafter*innen und andere Wirtschaftsakteure und Wirtschaftsentscheider*innen definiert. Der Fokus der Befragungen bei den Chefredakteur*innen und Verlagsgeschäftsführer*innen lag auf den ökonomischen und publizistischen Strategien, bei den professionellen Leser*innen hingegen auf der Wahrnehmung und Bewertung von potenziellen Qualitätsänderungen. Untersucht wurden zwei Fallbeispiele. Zum einen die Wirtschaftsmedien des Verlags Gruner + Jahr, darunter „Capital“, „Impulse“, „Börse Online“ und „Financial Times Deutschland“. Zum anderen wurde die regionale und überregionale Tagespresse vom Berliner Verlag bzw. M. Du-Mont Schauberg analysiert, darunter die „Berliner Zeitung“,

„Berliner Kurier“ und die „Frankfurter Rundschau“ (vgl. Beck et al. 2010). Allgemein lassen sich Qualitätsverluste aus Sicht der befragten Expert*innen unter anderem auf die redaktionellen Veränderungen zurückführen, insbesondere auf den durch die Wirtschaftskrise einhergehenden Personalabbau, die Arbeitsverdichtung und Budgetkürzungen (Beck et al. 2010: 237). Es wurden die Qualitätskriterien Vielfalt, Relevanz, Neutralität und journalistische Professionalität in den Befragungen berücksichtigt. Es zeigte sich, dass die strukturelle Vielfalt sowohl in den Wirtschaftsmedien als auch in der „Berliner Tagespresse“ gewährleistet wurde. Inhaltlich wurde eine Tendenz der Befragten zu weniger Vielfalt und zu ähnlichen Themen ersichtlich. Im Rahmen des Kriteriums Professionalität wurde vor allem die Sachgerechtigkeit, darunter die Richtigkeit und Relevanz, thematisiert. Hier kamen die Befragten zu dem Ergebnis, dass die neuen Arbeitsbedingungen mit Verlusten der Themen und ihrer Präzision in Darstellung und Recherche einhergingen. Relevanz sahen die Befragten in Zusammenhang mit Exklusivität und Aktualität der Themen. Aktualität als Selektionsmechanismus wurde von den Befragten negativ aufgefasst, da der Bezug zur Recherche und zu richtigen Informationen nicht mehr vorhanden war. Auch die Exklusivität wurde als mangelhaft eingestuft (Beck et al. 2010: 241 ff.). Des Weiteren konnte festgestellt werden, dass die Trennung von Berichterstattung und Meinung oft nicht erfüllt wurde, insbesondere in der „Berliner Tagespresse“ (Beck et al. 2010: 210). Zusammengefasst wirkte sich die Finanz- und Wirtschaftskrise negativ auf die journalistische Qualität aus. Zum Teil wurden Mängel in der Qualität der Berichterstattung in der Vielfalt, Relevanz, Neutralität und journalistischen Professionalität durch die Befragten festgestellt.

Die dritte Forschungsarbeit von Schranz und Eisenegger (2011) befasste sich mit den qualitativen Anforderungen der Berichterstattung zur weltweiten Finanzkrise im Zeitraum von 2007 bis 2009. Im Vordergrund stand dabei die Frage wie über die Finanzkrise in den untersuchten Medien berichtet wurde. Untersuchungsobjekt stellten die Titelseiten der schweizerischen Tageszeitung „Neue Zürcher Zeitung“, des britischen „The Guardian“ sowie der US-amerikanischen „The New York Times“ dar, welche mithilfe einer quantitativen-qualitativen Inhaltsanalyse analysiert wurden. Die untersuchten Medien orientierten sich in ihrer Berichterstattung an der Intensität der jeweils anderen Zeitung. So intensivierten fast alle Zeitungen gleichzeitig die Krisenberichterstattung im ersten Quartal 2008, während sie anschließend im zweiten Quartal wieder seltener über die Krise berichteten. Zudem änderte sich der Fokus

während der Berichterstattung mit den Jahren. Von einer anfänglichen Fixierung auf Sachverhalte der Mesoebene, wie die Finanzkrise aus Sicht der Unternehmen, wurden Themen der Makroebene zunehmend wichtiger, wie staatliche Regulierungen zur Bewältigung der Krise. Beispielweise stieg der Anteil der Krisenberichterstattung, der soziale Risiken und Regulierungsdefizite als Problem nannte, von fünf Prozent im Jahr 2007, auf 26 Prozent in der zweiten Hälfte des Jahres 2009 an. Darüber hinaus stellten die Autoren fest, dass keine der untersuchten Zeitungen ihrer Warnfunktion für die Gesellschaft gerecht wurde und die Berichterstattung lange Zeit ereignisgetrieben und von persönlichen Schuldzuweisungen geprägt war. Anstatt einen konstruktiven Diskurs in der Öffentlichkeit über das herrschende Ordnungssystem einzuleiten, wurden in den Ausgaben der „Neuen Zürcher Zeitung“, des „The Guardian“ und der „The New York Times“ einzelne Akteure für die Krise verantwortlich gemacht. Zudem fiel auf, dass die Zeitungen die Finanzkrise in konvergenten Berichterstattungszyklen thematisierten und Schlüsselereignisse als Anlass der medialen Kommunikation nutzten. Hinsichtlich der Deutungsmuster stellten die Autoren einen Paradigmenwechsel in krisenbehafteten Zeiten von neoklassischer Selbstregulierung des Marktes hin zu dem Wunsch nach mehr staatlichen Interventionen im Sinne des Keynesianismus fest.

Bach, Weber und Quiring (2012) analysierten die Wirtschaftsberichterstattung deutscher Tageszeitungen während der Finanzkrise 2008. Hierbei konzentrierten sie sich auf die Framing-Theorie oder Deutungsmusteranalyse. Durch quantitative und qualitative Inhaltsanalyse verfolgten sie drei Hauptziele: Die Identifizierung von Deutungsmustern, die Beschreibung des Auftretens der Deutungsmuster im Zeitverlauf und die Untersuchung des intermedialen Einflusses, also die wechselseitige Orientierung der Tageszeitungen an den Deutungen der jeweils anderen. Die Finanzkrise von 2008 bot sich sehr gut für die Analyse der Berichterstattung als Untersuchungszeitraum an, da die Journalist*innen durch den plötzlichen Ausbruch und die zunehmende Verschärfung im Zeitverlauf unter „äußerst zeitkritischen Produktionsbedingungen“ standen und deswegen auf „schnell verfügbare, aktuelle Informationen“ (Bach et al. 2012: 201) zurückgreifen mussten. Es wurden mehrere Hauptdeutungsmuster identifiziert. Am häufigsten setzte sich das Muster der Systembedrohung durch. Die Tageszeitungen orientierten sich oft an den Deutungen der jeweils anderen Tageszeitungen. Außerdem wurde die Finanzkrise nicht als rein wirtschaftliches Fachthema behandelt, sondern oftmals für den

wirtschaftspolitischen Diskurs instrumentalisiert. Damit war die Berichterstattung nicht neutral, sondern die Journalist*innen verfolgten mit ihrer Berichterstattung politische Zielsetzungen. Die Themenvielfalt war eingeschränkt und auf wenige Leitbegriffe reduziert. Das ist ein Zeichen mangelnder Breite und Tiefe der Recherche und somit von fehlender analytischer Qualität.

Schlosser (2013) beschäftigte sich mit der Berichterstattung zur Eurokrise von 2010 bis 2012 (vgl. Schlosser 2013). Im Rahmen der Studie wurde untersucht, ob deutsche Printmedien, insbesondere die „BILD“-Zeitung negativ gegenüber Griechenland berichten, um dessen Ausstieg aus der Euro-Zone voranzutreiben (vgl. Schlosser 2013: 100f.). Um diese Forschungsfragen zu beantworten, wurden die Artikel der Printmedien „Süddeutsche Zeitung“, „die tageszeitung“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „BILD“ und „Spiegel“ im Zeitraum von 2010 und 2012 untersucht. Für die Analyse nutzte Schlosser die Frequenz-Analyse und die Framing-Theorie (vgl. Schlosser 2013: 34). Die Ergebnisse der Frequenz-Analyse zeigten, dass während der Euro-Krise die Medien vermehrt über Griechenland berichteten. Die Intensität der Berichterstattung nahm im Laufe der Zeit ab. Im Rahmen der Framing-Theorie stellt die Autorin fest, dass über Griechenland vor allem im „Spiegel“ in Zusammenhang mit einem Euro-Austritt berichtet wurde. (vgl. Schlosser 2013: 95). Das gleiche gilt zum Teil auch für die Berichterstattung der „BILD“-Zeitung. Als Fazit wurde festgehalten, dass nicht alle untersuchten Medien eine übereinstimmende negative Berichterstattung über Griechenland vornahmen. Der „Spiegel“ und die „BILD“ fielen aufgrund deren negativen Haltung gegenüber Griechenland auf. (vgl. Schlosser 2013: 99-103)

Die sechste Studie stammt von Emel Cetin (2012), die sich mit einer Diskursanalyse der Darstellung der Finanzkrise im Jahr 2008 befasste. Dabei untersuchte die Autorin die drei Tageszeitungen „BILD“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und „Süddeutsche Zeitung“ in Bezug auf ihre zentralen Deutungen, Interpretationsangebote, Ursachen und Lösungen für Probleme. Herausgearbeitet wurden die drei Diskurslinien populär, liberal und reformorientiert. Der „BILD“ konnte eine populärere Deutung zugeordnet werden, da diese die Krise stark dramatisiert. Die Berichterstattung einer populären Diskurslinie zeichnet sich durch eine moralisierende und nationalorientierte Argumentation aus. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ orientierte sich dagegen an einem wirtschaftsliberalen Diskurs, der sich durch einen Verweis auf die Normalität und Produktivität von Krisen in demokratischen Gesellschaften auszeichnet. Kritik wird

hierbei besonders an staatlichen Eingriffen geübt, die neoklassische Sichtweise eines freien Marktes, der sich eigenständig reguliert, bleibt somit bestehen. Die dritte Deutungscoalition war besonders in den Beiträgen der „Süddeutsche Zeitung“ zu finden. Der reformorientierte Diskurs bedient sich verschiedener Deutungen, die sowohl fehlerhaftes staatliches Handeln als auch die gesamte wirtschaftliche Ordnung für die Entstehung der Finanzkrise verantwortlich machen. Die größte Reichweite in der medialen Berichterstattung schrieb Cetin dem populären Diskurs zu (vgl. Cetin 2012).

Schranz und Eisenegger (2012) beschäftigten sich in ihrer Studie mit der Berichterstattung zur Finanzkrise in der Schweiz, USA und Großbritannien von 2007 bis 2009. Die Autoren untersuchten u.a. wie intensiv die Krise in den Medien dargestellt wurde, welche Schuldzuweisungen vorkamen und über welche Lösungen berichtet wurde. Als Materialbasis dienten die Medien „Neue Züricher Zeitung“ aus der Schweiz, „New York Times“ aus den USA sowie „The Guardian“ aus Großbritannien. Insgesamt wurden 2.065 Artikel der Medien analysiert. Schranz und Eisenegger griffen auf die quantitativ-qualitative Inhaltsanalyse zurück. Anhand diagnostischer Frames wurden die vorhandenen Schuldzuweisungen in der Krise analysiert. Die Lösungsvorschläge für die Krise wurden mittels prognostischer Frames geprüft (vgl. Schranz/Eisenegger 2011: 241-257). Im Rahmen der Studie wurde ersichtlich, dass die Berichterstattungen der drei Zeitungen Ähnlichkeiten aufwiesen. Die Medien gingen alle gleichermaßen intensiv auf die Finanzkrise in den verschiedenen Zeiträumen ein. Seit 2007 wurde über das Thema zunehmend häufiger berichtet. Am stärksten berichteten die Medien die Finanzkrise im Herbst 2008. Die Krise wurde zunächst als Subprime-Krise bezeichnet. Es folgte die Darstellung als Bankenkrise und als Finanzmarktkrise. Abschließend wurde die Krise in den Medien als globale Wirtschaftskrise thematisiert. Außerdem zeigten sich Übereinstimmungen mit einer Katastrophenberichterstattung. Als Lösungsansätze wurden vor allem Schuldzuweisungen gegenüber Individuen genannt, anstatt die Strukturen und das System zu kritisieren. Die Schuld wurde überwiegend den Großbanken bzw. deren Akteuren zugeschoben (vgl. Schranz/Eisenegger 2011: 253-254f.) Obwohl es sich um eine globale Krise handelte, wurde in den Medien ein nationaler Diskurs aufgezeigt. Als Fazit wurde festgehalten, dass eine stark personalisierte Darstellung der Finanzkrise in der Berichterstattung der Medien erfolgte (vgl. Schranz/ Eisenegger 2011).

Eine weitere Studie, die im Auftrag des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführt wurde, untersuchte die Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise in der deutschen Medienöffentlichkeit im ersten Halbjahr 2015 (vgl. Otto/Köhler 2016). Otto und Köhler (2016) untersuchten, ob die Journalist*innen in den Printmedien sowie auf der Onlineplattform „Spiegel Online“ in der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise die journalistischen Qualitätskriterien erfüllt haben. Im Fokus standen die Fragen nach der Relevanz, Vielfalt, Ausgewogenheit, Neutralität und Hintergrundberichterstattung. Dafür wurden die Berichterstattungsintensität, Anlässe, Akteure, Inhalte, Themen und Wertungen erfasst. Zur Beantwortung der Fragestellungen wurden die deutschen Tageszeitungen „Die Welt“, „BILD“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Süddeutsche Zeitung“, „die tageszeitung“ sowie die Onlineplattform „Spiegel Online“ im ersten Halbjahr 2015 mithilfe einer quantitativen Inhaltsanalyse untersucht. Insgesamt wurden 1.442 Artikel über die griechische Staatsschuldenkrise im Untersuchungszeitraum vom 28. Januar 2015 bis zum 30. Juni 2015 identifiziert. Ereignisabhängig wurde in einer hohen Intensität über die griechische Staatsschuldenkrise berichtet, sodass das Thema als relevant aufgefasst wurde. Die griechische und die deutsche Regierung standen im Fokus des öffentlichen Diskurses. Mitglieder der griechischen Regierung lieferten in 58,6 Prozent aller Artikel den Anlass. Im Mittelpunkt standen mehr die handelnden Akteure und weniger die inhaltlichen Themen. In rund 60 Prozent der Artikel wurde eine schwache oder gar keine Personalisierung festgestellt. 18 Prozent der Artikel wiesen hingegen eine starke Personalisierung auf und fokussierten sich auf die handelnden Akteure sowie deren Beziehungen. Akteure der griechischen Regierung wurden in der Berichterstattung häufiger genannt. Zudem wurden häufiger Aussagen über sie getroffen, als dass ihre Aussagen verbreitet wurden. Die griechische Regierung kam seltener zu Wort als andere Akteure. Daher wurde das Qualitätskriterium Vielfalt nur teilweise erfüllt. Oftmals wurden nur Akteure zitiert, die mit der Meinung der Zeitungen oder der Onlineplattform einhergingen. In 26 Prozent der Artikel wurden Wertungen durch Journalist*innen vorgenommen, darunter mehrheitlich über die griechische Regierung. 28,4 Prozent der Fälle trafen auf Nachrichten zu, sodass das Qualitätskriterium der Neutralität als verletzt gilt. Wurden Wertungen in der Berichterstattung vorgenommen, so waren diese in jedem dritten Artikel negativ und sehr selten positiv. Die Berichterstattung über die zentralen Akteure war nicht

ausgewogen. Über Mitglieder der griechischen Regierung wurde in 50,9 Prozent der Artikel negativ berichtet. Deutsche Regierungsmitglieder erfuhren stärker eine ausgewogene Berichterstattung im Vergleich zu griechischen Regierungsmitgliedern. Journalist*innen berichteten über sehr wenige Politikfelder der griechischen Reformpolitik. Ebenso selten wurden spezifische Reformvorschläge thematisiert. Somit kann lediglich von einer eingeschränkten Hintergrundberichterstattung gesprochen werden. Diese Studie zeigt, dass die Anforderungen an die journalistische Qualität in Deutschland in der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise nicht vollständig erfüllt wurden. Die untersuchten Qualitätskriterien der Vielfalt, Ausgewogenheit, Neutralität und Hintergrundberichterstattung wurden nur begrenzt eingehalten (vgl. Otto/Köhler 2016).

In einer weiteren Studie im Auftrag der Otto Brenner Stiftung wurde ebenfalls die Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise untersucht (Otto et al. 2016). Otto et al. (2016) untersuchten, ob die Anforderungen an die journalistischen Qualitätskriterien in den Nachrichtensendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise erfüllt wurden. Im Mittelpunkt standen die Fragen nach der Relevanz des Themas, der Vielfalt, der Ausgewogenheit, der Neutralität und der analytischen Qualität der Berichterstattung. Zur Beantwortung der Fragestellungen wurde die Qualität der Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen „Tagesschau“ und „heute“ so- wie der Sondersendungen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“ im Jahr 2015 mittels einer quantitativen Inhaltsanalyse untersucht. Das Thema griechische Staatsschuldenkrise wurde in den untersuchten Nachrichtensendungen als sehr relevant angesehen. Im Untersuchungszeitraum wurde in 38 Prozent der „Tagesschau“-Sendungen und in 34 Prozent der „heute“-Sendungen mindestens ein Beitrag zur griechischen Staatsschuldenkrise veröffentlicht. In den meisten Beiträgen mit O-Ton-Geber*innen war mehr als eine O-Ton-Geber*innen-Gruppe vertreten. Dies war in 32,4 Prozent aller Beiträge der Fall. Daher wurde in den Beiträgen mehrheitlich vielfältige Akteure und Positionen dargestellt, sodass das Kriterium der Vielfalt als mehrheitlich erfüllt angesehen werden kann. Die Darstellung der Akteure in der Berichterstattung war nicht ausgewogen. Die griechische Regierung wurde in 10,7 Prozent und die deutsche Regierung in 23,8 Prozent der Beiträge als O-Ton-Geber*in erfasst. Journalist*innen bewerteten die griechische Regierung in 11,9 Prozent und die deutsche Regierung in 2,1 Prozent der Beiträge negativ. Somit wurde die griechische Regierung kritischer

beurteilt als die deutsche Regierung. Insgesamt war die Berichterstattung im Hinblick auf die griechische Regierung unausgewogen. In jedem zehnten Bericht wurden Wertungen in den untersuchten Nachrichtensendungen vorgenommen. Damit wurde das Gebot der Neutralität in den Berichten verletzt. Von 139 Reformen wurden nur 63 in der Berichterstattung thematisiert, weshalb nur von einer eingeschränkten Hintergrundberichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise gesprochen werden kann. Damit fehlte es in der Berichterstattung zum Teil an analytischer Qualität. Schlussfolgernd wurden die an die Journalist*innen gestellten Qualitätsanforderungen nur teilweise erfüllt. Die Verletzungen der Qualitätskriterien, wie Neutralität, Ausgewogenheit und Hintergrundberichterstattung, weisen auf Mängel in der journalistischen Professionalität hin (vgl. Otto et al. 2016: 34 ff.).

Auf der Grundlage der referierten Studien kann die Frage abgeleitet werden, ob die festgestellten Phänomene – fehlende Trennung von Nachricht und Meinung, fehlende Ausgewogenheit, geringe Hintergrundberichterstattung und somit Mängel in der analytischen Qualität sowie eingeschränkte Akteursvielfalt – sich auch in anderen zentralen Mediengattungen wie der Zeitungs- und Magazinberichterstattung von Qualitäts- und Boulevardmedien wiederfinden. Hierzu gibt es in Bezug auf die italienische Wirtschafts- und Finanzpolitik bislang keine Befunde.

3. Qualität in Zeitungen und Magazinen

Im folgenden Abschnitt soll die Bedeutung der Zeitungs- und Magazinberichterstattung in Deutschland erläutert werden. Daran anschließend wird die wissenschaftliche Diskussion über Qualität in Zeitungen und Magazinen abgebildet und für die Untersuchung relevante Qualitätskriterien erläutert.

Zeitungs- und Magazinberichterstattung und Qualität

In Deutschland werden jeden Tag in Summe über 13,52 Millionen Tageszeitungen herausgebracht. Darüber hinaus erscheinen insgesamt 1,61 Millionen Wochenzeitungen und 1,74 Millionen Sonntagszeitungen. Entsprechend lassen sich 198 Exemplare pro 1000 Einwohner (mit einem Alter über 14 Jahre) feststellen (vgl. BZDV 2021)

51 Prozent der über 50-Jährigen greifen regelmäßig zur Printausgabe. Bei den 30- bis 49-Jährigen lesen ca. 32 Prozent die gedruckte Variante. 17 Prozent der 18-29-

Jährigen sind ebenfalls Leser*innen von Printmedien (vgl. Score Media 2020: 10). Vor allem bei politischen und wirtschaftlichen Themen vertraut die Mehrheit der deutschen Bevölkerung überregionalen Zeitungen (vgl. Score Media 2018: 7). 50 Prozent der Leser*innen verwenden die überregionalen Tageszeitungen zur Meinungsbildung und 58 Prozent, um Informationen zu aktuellen Geschehnissen weltweit zu erhalten (vgl. Score Media 2018: 13).

Auch in Krisenzeiten vertraut die deutsche Bevölkerung auf die Berichterstattung dieser Medien. 79,0 Prozent der Bevölkerung informierten sich täglich (Stand März 2020) zur Corona-Krise (vgl. ZMG 2020: 11). Hierbei sahen sich 84,0 Prozent der Bevölkerung sehr gut durch die Zeitungsberichterstattung informiert (vgl. ZMG 2020: 5). Vor allem die Aktualität der Informationen sowie das dargestellte Hintergrundwissen überzeugten die Menschen (vgl. ZMG 2020: 6). Zudem hat Bevölkerung die Berichterstattung aufgrund der Verlässlichkeit und Zusammenfassung der wichtigsten Informationen wertgeschätzt (vgl. ZMG 2020: 7). Dennoch ist zu erwähnen, dass der Trend sich hin zu E-Paper entwickelt, wodurch die Nachfrage nach der gedruckten Variante sinkt (vgl. Anhang 1). Bei einem E-Paper handelt es sich um eine „digitale Ausgabe eines Pressetitels, die mit ihrem Printpendant nach Inhalt und Layout identisch ist“ (IVW 2021h). Da der Fokus dieser wissenschaftlichen Arbeit auf den Printmedien liegt, werden E-Paper nicht weiter berücksichtigt.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die deutsche Bevölkerung die Inhalte der Printmedien als wichtige Informationsquelle ansieht. Auch in Krisenzeiten vertraut die Bevölkerung weiterhin der Berichterstattung dieser Medien. Trotz der gesunkenen Auflagenzahl in Printform, spricht das Plus an E-Paper für eine hohe Nachfrage nach den aufgelisteten Zeitungen und deren Inhalte. Es kann von einer hohen Bedeutung der Medien und deren Inhalte für die deutsche Bevölkerung ausgegangen werden.

3.1 Printmedien in Deutschland

Einige Eigenschaften der ausgewählten Zeitungen „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Süddeutsche Zeitung“, „die tageszeitung“, „Handelsblatt“, „Die Welt“, „BILD“ und des Magazins „Der Spiegel“ werden im folgenden Abschnitt beschrieben, darunter das Gründungsjahr, der Veröffentlichungsturnus, die politische Ausrichtung, die verkauften Auflagen sowie die Reichweite pro Ausgabe des jeweiligen Printmediums.

Die Reichweite der Printmedien kann der Tabelle 1 Zeitverlauf für die Jahre 2018 bis 2020 entnommen werden.

Tabelle 1: Übersicht über die untersuchten Zeitungen

Medium	Gründungsjahr	Qualitäts-/ Boulevardzeitung bzw. Magazin	Veröffentlichungsturnus	Politische Ausrichtung	Verkaufte Exemplare nach IVW4/20	Reichweite in Mio. Lesende/ Ausgabe 2018	Reichweite in Mio. Lesende/ Ausgabe 2019	Reichweite in Mio. Lesende/ Ausgabe 2020
FAZ	1949	Qualität	Mo – Sa	konservativ-liberal	200.883	0,76	0,83	0,96
SZ	1945	Qualität	Mo – Sa	linksliberal	320.159	1,25	1,29	1,27
taz	1978	Qualität	Mo – Sa	systemkritisch-linksalternativ	50.284	0,22	0,24	0,32
Handelsblatt	1946	Qualität	Mo – Fr	wirtschaftsliberal	134.191	0,48	0,45	0,52
Die Welt	1946	Qualität	Mo – Sa	konservativ	70.883	0,66	0,7	0,89
Der Spiegel	1947	Qualität	Samstags	linksliberal	655.371	5,9	5,29	5,26
BILD	1952	Boulevard	Mo – Sa	konservativ	1.207.226	9,42	8,62	7,88

Quelle: eigene Darstellung, mit Daten des IVW (2021a-g), der ma Pressemedien (2021) sowie der europäischen Presseschau eurotopics (2021a-e).

Die Zahlen zur Reichweite pro Ausgabe basieren auf der Datenerhebung der ma Pressemedien (vgl. ma 2021 Pressemedien I, 2021). Die verkauften Auflagen je Printmedium konnten auf der Datenbasis IVW Quartalszahlen dargestellt werden (vgl. IVWa-g 2021).

Die erste Publikation der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (kurz: FAZ) erschien im Jahr 1949. Gegründet in Frankfurt zählt sie zu den liberal-konservativen Stimmen und berichtet über Wirtschaft, Politik und Kultur (vgl. FAZ 2021). Veröffentlicht wird die

„FAZ“ täglich von Montag bis Samstag und wies eine verkaufte Auflage von 199.899 Zeitungen im dritten Quartal 2020 auf. Die Reichweite der „FAZ“ pro Ausgabe betrug 760.000 Millionen Leser*innen im Jahr 2018, 830.000 Leser*innen im Jahr 2019 und 960.000 Millionen Leser*innen im Jahr 2020. Darunter wurde die deutschsprachige Bevölkerung ab 14 Jahren berücksichtigt. Somit wird deutlich, dass die Reichweite der Leser*innen pro Ausgabe für die „FAZ“ von 2018 bis 2020 stetig anstieg.

Als weiteres Printmedium wird die „Süddeutsche Zeitung“ (kurz: SZ) betrachtet, die im Jahr 1945 in München gegründet wurde. Von Montag bis Samstag werden ihre Zeitungen täglich veröffentlicht, in welchen sie über Ressorts wie Politik, Wirtschaft, Feuilleton, Panorama, Sport und Wissenschaft berichtet (vgl. Süddeutsche Zeitung [SZ] 2021). Die politische Ausrichtung wird als linksliberal eingeordnet. Im dritten Quartal von 2020 wurden rund 290.000 Exemplare der „SZ“ verkauft. Die Reichweite pro Ausgabe kann über die Jahre als konstant eingestuft werden. Im Jahr 2018 betrug sie 1,25 Millionen Leser*innen, im Jahr 2019 stieg sie leicht auf 1,29 Millionen an und ging im Jahr 2020 auf 1,27 Millionen Leser*innen pro Ausgabe zurück.

„Die tageszeitung“ (kurz: taz) wurde einige Dekaden später gegründet, nämlich im Jahr 1979. Die links ausgerichtete Zeitung wird täglich von Montag bis Samstag publiziert (vgl. taz 2021). Im dritten Quartal 2020 erreichte die „taz“ eine verkaufte Auflage von rund 49.000 Exemplaren. Die Reichweite für 2018 betrug 220.000 Leser*innen und stieg im Jahr 2020 auf 320.000 Leser*innen pro Ausgabe an.

Die erste Ausgabe der Zeitung „Handelsblatt“ erschien im Jahr 1946 und wird seither an den Wochentagen Montag bis Freitag veröffentlicht (vgl. Handelsblatt 2021). Das „Handelsblatt“ ist wirtschaftsliberal ausgerichtet. Es wurden rund 140.000 Exemplare vom „Handelsblatt“ im dritten Quartal verkauft. Im Jahr 2018 wurden 480.000 Leser*innen pro Ausgabe erreicht, im Jahr 2019 ging die Leserschaft auf 450.000 leicht zurück und stieg im Jahr 2020 auf 520.000 Leser*innen pro Ausgabe an.

„Die Welt“ veröffentlichte erstmalig im Jahr 1946 und publiziert ihre Ausgaben regelmäßig von Montag bis Samstag (vgl. Die Welt 2021). Sie zählt zu den konservativen Stimmen und verkaufte im dritten Quartal 2020 rund 412.000 Auflagen. Die Reichweite betrug 1,38 Millionen Leser*innen pro Ausgabe im Jahr 2018, 1,56 Millionen im Jahr 2019 und stieg im Jahr 2020 auf 1,66 Millionen Leser*innen pro Ausgabe an.

„Der Spiegel“ wurde im Jahr 1947 etabliert (vgl. Spiegel 2021). Die wöchentliche Ausgabe ist linksliberal-orientiert und erreichte im Jahr 2018 5,9 Millionen Leser*innen

pro Ausgabe. Im Jahr 2019 nahm die Leserschaft mit 5,29 Millionen Leser*innen pro Ausgabe ab und verzeichnete daraufhin im Jahr 2020 einen leichten Anstieg auf 5,26 Millionen Leser*innen pro Ausgabe. Insgesamt wurden rund 654.000 Exemplare im dritten Quartal 2020 verkauft.

Die „BILD“ wurde 1952 gegründet und veröffentlicht an den Werktagen von Montag bis Samstag (vgl. BILD 2021). Als konservativ ausgerichtete Boulevardzeitung wurden insgesamt rund 1,27 Millionen Ausgaben im dritten Quartal 2020 verkauft. Die Reichweite betrug 9,42 Millionen Leser*innen im Jahr 2018 und 8,62 Millionen Leser*innen pro Ausgabe im Jahr 2019. 2020 erreichte die „BILD“ 7,88 Millionen Leser*innen pro Ausgabe. Somit kann eine Abnahme in der Leserschaft der „BILD“ im Mehrjahresvergleich festgestellt werden.

Es wird deutlich, dass die Reichweite der Leser*innen pro Ausgabe für die „FAZ“, die „taz“, das „Handelsblatt“ und „Die Welt“ jeweils von 2018 bis 2020 stetig anstieg. Die Printmedien „SZ“, „Der Spiegel“ und die „BILD“ weisen dagegen einen leichten Rückgang in ihrer Reichweite auf. Insgesamt hat die „BILD“ mit 7,88 Millionen Leser*innen die höchste Reichweite im Vergleich der Printmedien, gefolgt von „Der Spiegel“ mit einer Reichweite von 5,26 Millionen Leser*innen. Außerdem steht die „BILD“ mit einer verkauften Auflage in Höhe von rund 1,27 Millionen innerhalb der Printmedien an erster Stelle. An zweiter Stelle folgt „Der Spiegel“ mit rund 654.000 verkauften Auflagen und anschließend „Die Welt“ mit rund 412.000 verkauften Exemplaren an dritter Stelle. Die geringste Anzahl verkaufter Auflagen sowie die geringste Reichweite von Leser*innen pro Ausgabe wird der „taz“ zugeschrieben (vgl. Tabelle 1).

3.2 Qualitätskriterien in Zeitungen und Magazinen

Die Qualitätsdebatte im Journalismus dauert in Wissenschaft, Politik und Journalismus schon seit mehreren Dekaden an. Zentraler Gegenstand der Debatte um journalistische Qualität ist in der Wissenschaft weniger der Qualitätsbegriff als vielmehr seine Operationalisierung – das meint vor allen Dingen seine messbaren Bestandteile (vgl. Daschmann 2009: 257). So gab es bereits eine Vielzahl an Versuchen, Qualität im deutschen Journalismus zu definieren und so messbar und vergleichbar zu machen. Schatz und Schulz (1992) systematisierten als Erste im deutschsprachigen Raum einen Kriterienkatalog für Medienqualität. Anlass waren

Befürchtungen, die Qualität des Fernsehens leide unter der Einführung des privaten Rundfunks. Diese Arbeit war Start- und Referenzpunkt für weiterführende Auseinandersetzungen mit der Qualität im Journalismus. Da Qualität eine normative Bewertung sei, müsse sie aus einem normativen Wertesystem abgeleitet werden (vgl. Schatz/Schulz 1992: 690). Hierfür bilden die Urteile des Bundesverfassungsgerichtes, das Grundgesetz, die Rundfunkstaatsverträge und die Landesmedien bzw. Landesrundfunkgesetze die Grundlage. Aus den gesetzlichen Bestimmungen und der Exegese von Gesetzestexten leiteten Schatz und Schulz fünf grundlegende Dimensionen von Qualität ab: Vielfalt, Relevanz, gestalterische und inhaltliche Professionalität, Akzeptanz durch das Publikum und Rechtmäßigkeit (vgl. Schatz/Schulz 1992). Es folgten in der Wissenschaft weitere Ableitungen für unterschiedliche Bezugssysteme und aus verschiedenen Wertesystemen:

Rager (1994) erstellte einen Kriterienkatalog für Qualität in Zeitungen und leitete diese aus der Funktion der Medien in der Demokratie ab (vgl. Rager 1994: 190). Als Kriterien journalistischer Qualität, die allesamt der Vielfalt dienen, benannte er Aktualität, Relevanz, Richtigkeit und Vermittlung.

Pöttker (2000) leitete zehn Kriterien journalistischer Qualität aus der Funktion des Journalismus für die Gesellschaft ab. Dieser müsse möglichst viele Teile der Gesellschaft über Kommunikation miteinander vernetzen (vgl. Pöttker 2000: 388). Es gibt gegenstandsbezogene Kriterien (Richtigkeit, Vollständigkeit, Wahrhaftigkeit und Verschiedenheit), publikumsbezogene Kriterien (Unabhängigkeit, Zeitigkeit, Verständlichkeit und Unterhaltsamkeit) und kommunikatorbezogene Kriterien (Wechselseitigkeit und Sorgfalt bei der Thematisierung).

Die Grice'schen Kommunikationsmaximen waren Grundlagen der von Bucher (2003) benannten Kriterien journalistischer Qualität. Journalistische Qualitätsstandards werden dabei aus Prinzipien abgeleitet, die für alle Kommunikationsprozesse gelten sollen. Grundlage der Herleitung ist hier also der Kommunikationsprozess. Die Kommunikationsprinzipien lauten: Kooperationsprinzip, Maxime der Qualität, Maxime der Quantität, Maxime der Relation und Maxime der Modalität. Daraus leitete Bucher die Kriterien Aktualität, Verlässlichkeit, Vielfältigkeit, Relevanz und Verständlichkeit ab.

Bezogen auf Nachrichtenagenturen erstellte Hagen (1995) einen Kriterienkatalog zur Messung der Informationsqualität. Diese Kriterien bauen stark auf den von Schatz und

Schulz (1992) benannten Dimensionen auf und operationalisieren diese für eine Anwendung auf den Agenturjournalismus.

Arnold (2009) leitete Qualitätskriterien für Zeitungsjournalismus aus verschiedenen Ebenen ab: der funktional-systemorientierten Ebene, der normativ-demokratiethoretischen Ebene und der nutzerbezogenen-handlungsbezogenen Ebene. Er integriert damit verschiedene Herleitungswege in ein Modell. Auf einer funktional-systemorientierten Ebene von Qualität stehen die Funktionen und professionellen Aufgaben des Journalismus im Mittelpunkt. Der Journalismus soll auf einer Makroebene eine Selbstbeobachtung der Gesellschaft ermöglichen. Dies erfolgt durch die Reduzierung von Komplexität und die Übertragung von Erfahrungswissen in offene Sphären, die für jedermann zugänglich sind (vgl. Pöttker 2000: 378). Daraus können die Qualitätsmerkmale Vielfalt, Aktualität, Relevanz, Glaubwürdigkeit, Unabhängigkeit, Recherche, Kritik, Zugänglichkeit, Hintergrundberichterstattung sowie regionaler/lokaler Bezug abgeleitet werden (vgl. Arnold 2008: 502; Arnold 2012: 79). Auf der normativ-demokratiethoretischen Ebene werden die Funktionen des Journalismus von seiner Rolle in der Demokratie abgeleitet. Qualitätskriterien werden hier also nicht mit einer Funktion begründet, die durch ein gesellschaftliches Problem entstanden ist, sondern mit fundamentalen Werten einer demokratisch-pluralistischen Gesellschaft. Grundlage sind medienrelevante normative Regelungen wie Kodizes oder Gesetze, in denen gesellschaftliche Normen festgelegt sind. Ausgewogenheit, Neutralität/Trennung von Nachrichten und Meinung sowie Achtung der Persönlichkeit sind Qualitätskriterien, die sich daraus ergeben (vgl. Arnold 2008: 502 f.). In einer dritten Ebene, der publikumsbezogenen-handlungsorientierten Ebene, geht es darum, dass journalistische Produkte, die funktional sind und den Werten der demokratischen Gesellschaft entsprechen, auch für das Publikum nutzbar sind. Unterhaltsamkeit, Anwendbarkeit und Gestaltung werden hier als Qualitätskriterien zugeordnet (vgl. Arnold 2008: 503). Die Qualitätsvorstellungen des Publikums bestimmen auch über den Markterfolg eines journalistischen Produkts und geben so zentrale Leitlinien vor (vgl. Arnold 2012: 80). Die von Arnold benannten Kriterien werden aus der Funktion der Zeitung und für die journalistische Arbeit für Zeitungen abgeleitet, beinhalten jedoch weitestgehend Qualitätskriterien, die Schatz und Schulz (1992) als Bestandteile ihrer Qualitätsdimensionen benennen.

Die genannten Qualitätskriterien überschneiden sich vielfach, weisen aber vor allem Unterschiede in ihren Bezugsfeldern und Begriffen auf (vgl. Tabelle 2). Kriterien und

auch Operationalisierungen stimmen vielfach überein. Medienangebote empirisch intersubjektiv fassbar zu machen, war ein zentrales Anliegen des Ansatzes von Schatz und Schulz (1992). Die von ihnen identifizierten fünf Dimensionen von Qualität – Vielfalt, Relevanz, Professionalität, Akzeptanz und Rechtmäßigkeit – sind teilweise miteinander verwoben. Sie sollen im Folgenden vorgestellt werden:

Tabelle 2: Forschungsansätze zu Qualitätskriterien

Ansatz	Schatz/Schulz 1992	Rager 1994	Hagen 1995	Pöttker 2000	Bucher 2003
Bezugsfeld	<i>Rundfunk</i>	<i>Zeitungsberichterstattung</i>	<i>Nachrichtenagenturen</i>	<i>Journalismus allgemein</i>	<i>Journalismus allgemein</i>
Qualitätskriterien	Vielfalt		Vielfalt	Verschiedenheit	Vielfalt
	Relevanz	Relevanz	Relevanz		Relevanz
		Aktualität	Aktualität	Zeitgeist	Aktualität
	Professionalität	Richtigkeit	Richtigkeit	Richtigkeit	Verlässlichkeit
		Vermittlung	Verständlichkeit	Verständlichkeit	Verständlichkeit
			Ausgewogenheit		
			Sachlichkeit		
			Transparenz		
	Akzeptanz				
	Rechtmäßigkeit				

Quelle: eigene Darstellung, basierend auf (Beck et al. 2010).

Vielfalt

Schatz und Schulz lehnen ihre Definition von Vielfalt an die Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes an. Demnach ist die deutsche Presse ein Angebot gleichwertig vielfältiger Informationen verbindlich. Die Vielfalt von Medienangeboten gilt in pluralistischen Gesellschaften mit konkurrierender Willensbildung für die Funktionalität der Demokratie als unerlässlich. Vielfalt kann strukturell und inhaltlich betrachtet werden. Auf struktureller Ebene gelten Sparten, Genres, Gestaltungselemente und Darstellungsformen als Indikatoren von Vielfalt. Auf inhaltlicher Ebene der Zeitungen und Magazine kann die Vielfalt von Ereignissen, von Räumen, von Themen und von Interessen betrachtet werden. Operationalisiert wird dies durch eine Vielfalt von Themen und Akteuren. Dies bedeutet, dass möglichst alle relevanten Positionen und Akteure berücksichtigt werden sollen (vgl. Schatz/Schulz 1992: 693 ff., 704).

Professionalität

Die Rechtsgrundlagen für die Presse fordern eine professionelle Qualität der gesamten Zeitungen und Magazine. Das Gebot der journalistischen Professionalität hat seinerseits ebenfalls mehrere Dimensionen. Auch hier kann zunächst zwischen inhaltlicher und gestalterischer Professionalität unterschieden werden. Inhaltliche Professionalität wird auch als journalistische Professionalität bezeichnet und unterschieden hinsichtlich analytischer und deskriptiver Qualität. Die Anforderungen an analytische Qualität werden aus der Kritik und Kontrollfunktion der Presse abgeleitet. Diese haben dann analytische Qualität, wenn sie u. a. Hintergründe aktueller Ereignisse beleuchten und Fakten interpretieren. Neben der analytischen Qualität lässt sich journalistische Professionalität in der Presse auch anhand der deskriptiven Qualität der Berichterstattung bestimmen. Dazu zählt auf der einen Seite die Sachgerechtigkeit der Berichterstattung, auf der anderen Seite die Unparteilichkeit. Zur Unparteilichkeit gehören die Elemente Ausgewogenheit und Neutralität. Ausgewogenheit bezieht sich hier auf die Berichterstattung zu einem einzelnen Thema, nicht auf die komplette Berichterstattung einer Zeitung bzw. ein Magazin. Neutralität als zweite Komponente der Unparteilichkeit kann durch die Einhaltung der Grundregel, dass Nachricht und Meinung strikt zu trennen sind und Kommentare als solche zu kennzeichnen sind, erfasst werden. Dies geht aus

Landespressegesetzen, aber auch aus Regeln der journalistischen Praxis hervor (vgl. Schatz/Schulz 1992: 703 ff.). Die Ausgewogenheit zwischen unterschiedlichen Interessen, die Trennung von Nachricht und Meinung (Neutralität) und die analytische Qualität sind Aspekte journalistischer Professionalität.

Relevanz

Unter Relevanz wird die Bedeutsamkeit von Informationen verstanden. Um die Komplexität von Informationen und die Informationsflut zu mindern, werden Themen nach dem Kriterium der Relevanz durch Journalist*innen selektiert, wodurch dieses ein bedeutender Maßstab hinsichtlich der Qualität von Selektionsentscheidungen wird (vgl. Wyss 2002: 131). Schatz und Schulz verstehen Relevanz als „relationalen Begriff“. Vorgänge bzw. Sachverhalte seien nie an sich bedeutsam, sondern erlangten ihre Relevanz ausschließlich aus der realen oder zu erwartenden Wirkung auf einzelne Individuen, soziale Gruppen oder die Gesamtgesellschaft. Diese „soziale Relevanz“ eines Medienprodukts gliedert sich in drei Relevanzebenen (vgl. Schatz/Schulz 1992: 696f.):

- die Individual- bzw. Mikroebene
- die Mesoebene, mit der einerseits soziale Gruppen und Institutionen, aber auch gesellschaftliche Subsysteme, wie Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, gemeint sind, und
- die Makroebene, repräsentiert durch die Gesamtgesellschaft.

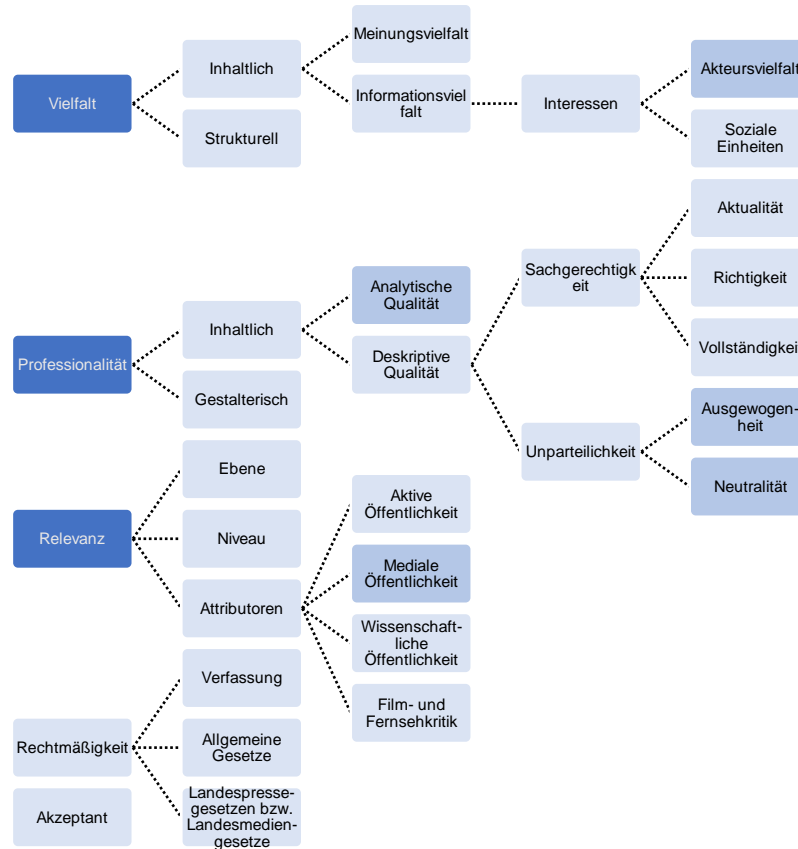
Demnach hat derselbe Vorgang für Teile der Öffentlichkeit unterschiedliche Relevanz. Weiter differenzieren Schatz und Schulz innerhalb der verschiedenen gesellschaftlichen Subsysteme (Wirtschaft, Politik etc.) zwischen den „leistungserbringenden Funktionseleiten“ (Manager*innen, Politiker*innen etc.) und den dazugehörigen „Leistungsabnehmern“ (Konsument*innen, Regierte etc.). Sie gehen davon aus, dass die durch eine Medienaussage bei den Funktionseleiten erzeugte Betroffenheit bzw. Wirkung durch die positionsbedingte Multiplikatorwirkung eine größere „soziale Relevanz“ erlangt als bei Erreichen derselben Anzahl von Leistungsabnehmer*innen. Des Weiteren steige die Relevanz, wenn sich ein gesellschaftliches Subsystem in einer Krise befinde, z. B. das Subsystem Wirtschaft bei einer Meldung über die Staatsschuldenkrise (vgl. Schatz/ Schulz 1992: 697). Zu den quantitativen Kriterien, anhand derer die Relevanz eines Ereignisses bestimmt

und abgeglichen werden kann, zählt zum einen die Anzahl tatsächlich oder potenziell betroffener Personen eines Vorganges. Zum anderen ist bei potenziellen Auswirkungen die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Sachverhaltes ausschlaggebend für seine Bedeutsamkeit. Um zu überprüfen, ob die Relevanz eines Themas adäquat wiedergegeben wird, wie es in dieser Studie der Fall ist, muss der Blick auf eine andere Ebene von Relevanz fallen: die Attributoren- Relevanz. Es geht hierbei um die Frage, wie die Relevanz eines Themas von Gruppen oder sozialen Systemen beurteilt wird, die somit die soziale Relevanz bestätigen. Dies kann z.B. durch die öffentliche Meinung, die mediale Öffentlichkeit, die wissenschaftliche Öffentlichkeit oder die Film- und Fernsehkritik erfolgen (vgl. Schatz/Schulz 1992: 696 ff.).

Akzeptanz und Rechtmäßigkeit

Darüber hinaus werden die Dimensionen Akzeptanz und Rechtmäßigkeit beschrieben. Akzeptanz erfasst Motive und angestrebten Nutzen der Mediennutzung von Seiten der Rezipienten. Die Anforderungen an die Rechtmäßigkeit für die Presse ergeben sich aus drei Rechtsbezügen: der verfassungsmäßigen Ordnung, den allgemeinen Gesetzen und die Landespressegesetze. Der Bezug auf die verfassungsmäßige Ordnung und die allgemeinen Gesetze findet sich analog im Rundfunkstaatsvertrag und den Landesrundfunk- und Landesmediengesetzen wieder. Qualität ist somit ein multidimensionaler Begriff (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Qualitätsdimensionen und -kriterien: Ebenen der Beurteilung journalistischer Qualität dieser Studie
 Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an Schatz/Schulz 1992.



Untersucht werden können nur ausgewählte Dimensionen und Aspekte. Die Bildung von Qualitätsindizes setzt immer eine Gewichtung einzelner Qualitätsaspekte gegenüber anderen voraus. Eine solche Gewichtung ist jedoch in hohem Maße subjektiv, weshalb hier keine Qualitätsindizes gebildet werden sollen. Stattdessen wird die Qualität der Berichterstattung hinsichtlich ausgewählter und definierter Aspekte beschrieben. Einzelne Aspekte der Qualitätsdimensionen Relevanz, Vielfalt und journalistischer Professionalität sollen in dieser Studie für die Zeitungs- und Magazinberichterstattung analysiert werden (in Abbildung 1 hellblau markiert): analytische Qualität (synonym wird der Begriff Hintergrundberichterstattung verwendet), Neutralität, Akteursvielfalt, Ausgewogenheit und Attributorenrelevanz der medialen Öffentlichkeit. Andere Aspekte dieser und anderer Dimensionen werden dadurch bewusst ausgeklammert. Es wird daher keine umfassende Beurteilung der Qualität von der Berichterstattung der Presse in dieser Studie erfolgen, sondern es werden einzelne Qualitätsaspekte untersucht und beurteilt, die Rückschlüsse auf mögliche Einschränkungen von Qualität erlauben.

Analytische Qualität

Analytische Qualität leiten Schatz und Schulz (1992: 704) aus der Kritik- und Kontrollfunktion der Medien ab. Die Berichterstattung hat dann eine analytische Qualität, wenn sie die Hintergründe von Ereignissen beleuchten, Fakten benennen und kommentieren und dies auf eigener, aktiver und intensiver Recherche beruht. Dieses Qualitätskriterium bezieht sich auf den journalistischen Prozess und ist am journalistischen Produkt nur schwer ablesbar. Schatz und Schulz sehen die Beleuchtung von Hintergründen als einen Indikator, der in der Berichterstattung erkannt werden kann.

Neutralität

Neutralität als Komponente der Unparteilichkeit wird in einschlägigen Rechtstexten für die Presse gefordert. Sie basiert auf der Grundregel, Nachricht und Kommentar strikt zu trennen (Schatz/Schulz 1992: 704). Über die Landespressegesetze hinaus wird die Trennung von Nachricht und Meinung mit den vielfältigen Funktionszuschreibungen an den Journalismus begründet. An dieser Stelle sind zwei Funktionen besonders relevant: Auf der einen Seite steht die Informations- und Chronistenfunktion, auf der anderen Seite die Mitwirkung an der Meinungsbildung. Auch Arnold (2009: 198) versteht unter Neutralität den Verzicht auf explizite Wertungen und Spekulationen in nachrichtlichen Textformen. Mit dem Kommentar und dem Leitartikel hat sich ein Genre ausdifferenziert, in dem Meinungsäußerung legitim und erwünscht sind (Eilders/Lüter 1998: 2). Wenn Nachrichten und Meinungen eindeutig gekennzeichnet sind, wissen die Leser*innen, welcher Interpretationsrahmen angemessen ist. So könne der Verdacht einer verdeckten Einflussnahme zerstreut werden (vgl. Neuberger 2013: 135).

Vielfalt

Vielfalt der Akteure meint für Schatz und Schulz (1992: 694) die Berücksichtigung verschiedener gesellschaftlicher und politischer Interessen. Diese sind in den meisten Fällen organisiert in Akteuren wie Organisationen, Parteien oder auch gewählten Regierungen. Als Akteure werden im Sinne von Schatz und Schulz (1992: 695) individuelle oder soziale Einheiten und deren Repräsentant*innen verstanden. Das Auftreten von Akteuren in der Berichterstattung erfolgt durch Nennungen, mit direkten

und indirekten Zitaten und gibt Aufschluss über die Vielfalt der jeweiligen Zeitungen bzw. Magazine.

Ausgewogenheit

Eng damit verbunden ist der Begriff der Ausgewogenheit. Diese leitet sich aus der Funktion der Information und Mitwirkung an der Meinungsbildung ab, die dann erfüllt werde, wenn möglichst breit, ausgewogen und vollständig informiert werde (vgl. Schatz/Schulz 1992: 694). Ausgewogenheit ist aber auch ein Qualitätskriterium für die Qualitätsdimension der journalistischen Professionalität. Eine ausgewogene Darbietung liege dann vor, wenn alle in der öffentlichen Diskussion vorgetragene Argumente und Standpunkte ähnlich umfangreich berücksichtigt werden. Mit der Forderung nach einem ähnlichen Umfang geht das Kriterium der Ausgewogenheit erkennbar über die Forderungen des Kriteriums Vielfalt hinaus. Das impliziert, dass die jeweiligen Akteure, die diese Standpunkte repräsentieren, zu Wort kommen (vgl. Schatz/Schulz 1992: 704). Bei Kontroversen sollen Befürworter*innen und Gegner*innen bzw. ihre Positionen in etwa in einem ausgewogenen Verhältnis zu Wort kommen. Die Vielfalt an Meinungen und Interessen muss gleichgewichtig zum Ausdruck kommen. Arnold (2009: 196) spezifiziert, damit sei nicht gemeint, dass alle möglichen Positionen, Gruppen und Akteure genannt werden müssen, jedoch mindestens zwei zentrale gegensätzliche Richtungen und Positionen. Die gleichmäßige Berücksichtigung von Befürworter*innen und Gegner*innen in einer Kontroverse sieht auch Hagen (1995: 120) als Kern der Ausgewogenheit. Die Messung von Ausgewogenheit bzw. der Abweichung von Ausgewogenheit gibt auch Aufschluss über die Einseitigkeit eines Mediums und seiner Berichterstattung (vgl. Hagen 1995: 122).

Relevanz

Journalist*innen sind zur Selektion von Ereignissen gezwungen. Die Auswahl von wichtigen Themen ist ein Schlüsselkriterium der Qualität. Damit verbunden ist die Frage, welche Relevanz Journalist*innen einem Thema geben. Die Relevanz eines Sachverhaltes ergibt sich aus dessen potenzieller oder realer Wirkung bzw. deren Wahrnehmung durch Attributoren, wie z. B. der medialen Öffentlichkeit (s. o.). Diese wird abgeglichen mit der Relevanz, die in der Berichterstattung einem Sachverhalt

beigemessen wird. Mit der Qualitätsdimension Relevanz sollen dadurch Selektionsentscheidungen der Medien, u. a. auf Nachrichtenebene erklärt werden (vgl. Daschmann 2009: 258). Es geht also darum, zu erfassen, wie intensiv, d. h. in welcher Häufigkeit, in welchem Umfang und in welcher Position, über ein Thema berichtet wurde. In dieser Studie wurde von der Relevanz des Themas Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission ausgegangen. Daher soll anhand der Relevanz, die Attributoren (hier speziell die untersuchte mediale Öffentlichkeit) dem Thema zuwiesen, bewertet werden, ob diese Darstellung angemessen war. Die Operationalisierung dieser Qualitätskriterien für die Analyse von Artikel zudem Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission wird im Zusammenhang mit dem methodischen Vorgehen in dieser Studie in den folgenden Kapiteln dargestellt.

4. Forschungsdesign

Im folgenden Kapitel werden die Ziele der Erhebung, das methodische Vorgehen und das Erhebungsdesign der Studie erläutert, um darzustellen, wie die Forschungsfragen beantwortet werden sollen. Zunächst wird die gewählte Methode dargestellt und die Operationalisierung der zu untersuchenden Qualitätskriterien erläutert. Die Umsetzung im Kategoriensystem wird anschließend dargelegt. Es folgt die Beschreibung der Materialbasis durch die Festlegung von Untersuchungszeitraum und -objekten. Schließlich wird die Durchführung erklärt und beschrieben, wie Reliabilität und Validität in der Erhebung gesichert wurden.

4.1 Zielsetzung und Fragestellungen

Die Berichterstattung der Wirtschafts- und Finanzpolitik der neuen italienischen Regierung 2018 soll in dieser Studie analysiert werden. Es soll dabei untersucht werden, ob deutsche Leitmedien den an ihnen gestellten Qualitätsanforderungen gerecht werden. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Artikel auf die Kriterien journalistischer Qualität (insb. Relevanz, Vielfalt, Ausgewogenheit, Neutralität und analytische Qualität, d. h. Hintergrundberichterstattung; vgl. Kapitel 4.3).

- Um die Einhaltung des Gebots der Relevanz in der Berichterstattung über den italienischen Haushaltsstreit zu erfassen, soll die Attributoren-Relevanz der

Medienöffentlichkeit untersucht werden und gezeigt werden, welche Relevanz die untersuchten Printmedien dem Thema beimaßen.

- Um die Einhaltung des Gebots der Vielfalt in den Printmedien in der Berichterstattung über den italienischen Haushaltsstreit zu erfassen, soll untersucht werden, ob die zentralen Positionen der wichtigsten Akteure im italienischen Haushaltsstreit dargestellt wurden.
- Die Einhaltung des Gebots der journalistischen Professionalität in der Berichterstattung über den italienischen Haushaltsstreit soll durch das Ausmaß der Hintergrundberichterstattung sowie durch die Ausgewogenheit und die Neutralität der Artikel erfasst werden.

Die zentrale Forschungsfrage „Wie wird über die italienische Wirtschafts- und Finanzpolitik und ihre Umsetzung in deutschen Medien berichtet?“ soll, um eine systematische Beantwortung zu ermöglichen, in zentrale Unterfragen aufgegliedert werden:

1. Welche Wertungen über die neue italienische Regierung finden sich mit welcher Häufigkeit in der Berichterstattung wieder? Implizieren diese Wertungen einen rationalen Diskurs zwischen verschiedenen Akteuren oder wird Rationalität Akteuren abgesprochen?
2. Welche Akteure kommen zu Wort?
3. Gibt es Unterschiede zwischen verschiedenen Medien?
4. Gibt es Unterschiede zwischen Boulevard- und Qualitätsmedien?
5. Gibt es Unterschiede zwischen Qualitätsmedien, die unterschiedlichen Bereichen des politischen Spektrums zugeordnet werden?
6. Wie relevant ist die Wirtschafts- und Finanzpolitik der neuen italienischen Regierung für die Berichterstattung?
7. Wie vielfältig ist die Berichterstattung über die Wirtschafts- und Finanzpolitik der neuen italienischen Regierung?
8. Wie ausgewogen ist die Berichterstattung über Wirtschafts- und Finanzpolitik der neuen italienischen Regierung?
9. Wie neutral ist die Berichterstattung über die Wirtschafts- und Finanzpolitik der neuen italienischen Regierung?
10. Wie viel Hintergrundberichterstattung zur Wirtschafts- und Finanzpolitik der neuen italienischen Regierung liefert die deutsche Zeitungs- und Magazinberichterstattung?

Zudem soll zwischen den zu untersuchenden Qualitätszeitungen „Frankfurter Allgemeine Zeitung, „Handelsblatt“, „die Süddeutsche Zeitung“, „Die Welt“, „die tageszeitung“ und das Magazin „Der Spiegel“ und der Boulevardzeitung „die BILD“ differenziert werden. Dabei soll geklärt werden, welche Zeitung bzw. Magazin dem Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission die größte Relevanz beimisst, welche Zeitung bzw. Magazin ausgewogener, neutraler, vielfältiger und analytischer berichtet als andere.

4.2 Methode

Die Analyse erfolgte durch eine systematische quantitative Inhaltsanalyse (vgl. Kromney 2009; Merten 1995). Bei einer quantitativen Inhaltsanalyse, erhalten die Codierer*innen weitgehend ein festgelegtes Kategorienschema, anhand welchem die Untersuchung durchgeführt wird. (vgl. Lamnek/Krell 2016). Die zu analysierenden Merkmale werden in einem Kategoriensystem und Codebuch festgehalten. Das Codebuch dient als Leitfaden für die anschließende Codierung und zeigt entsprechende Codierhinweise und Codieranweisungen auf. Im Kategoriensystem sind die zu untersuchenden Variablen aufgeführt. Die gewonnenen Daten werden in einem Codebogen festgehalten. Für jeden Artikel werden anhand des Codebogens Daten zur Lokalisation und Themenfrequenzanalysen sowie Wertanalysen vorgenommen und in diesem Codebogen quantifiziert.

4.3 Operationalisierung/Erläuterung von Begrifflichkeiten und Konzepten

Im Folgenden wird die Operationalisierung der Qualitätskriterien für die Zeitungs- und Magazinberichterstattung erläutert.

Die Operationalisierung und Auswahl relevanter Qualitätskriterien für die Zeitungs- und Magazinberichterstattung folgte den von Schatz und Schulz (1992) formulierten Kriterien zur Beurteilung von Programmqualität. Die Arbeit von Schatz und Schulz (1992) wird im Folgenden auf die Zeitungs- und Magazinberichterstattung adaptiert. Die in Kapitel 3.2 erläuterten Qualitätskriterien von Schatz und Schulz werden hierbei als Referenz herangezogen, da deren system- und demokratietheoretisches Konzept als ein Klassiker in der Qualitätsforschung angesehen wird. Je nach Untersuchungsobjekt, und -gegenstand, Inhalts- und Akteursebene sowie Perspektive der Qualitätsbegründung muss die Operationalisierung der einzelnen Kriterien auf den

Untersuchungsgegenstand angepasst werden. Insbesondere die demokratiethoretisch fundierten Forschungsarbeiten wie die von Schatz und Schulz (1992) haben den Vorteil einer hohen Vergleichbarkeit der Kriterienkataloge. Die Fragen nach der Einhaltung journalistischer Qualität und somit die system- und demokratiethoretischen Studien resultierten aus der Besorgnis über journalistischen Qualitätsverlust (vgl. Geuß 2018), die gerade in Zeiten von Krisen sichtbar wird. Auch Arnold (2009) mit seiner Arbeit über Qualitätsjournalismus und Kriterien wie Vielfalt, Aktualität, Relevanz und Ausgewogenheit, Neutralität/Trennung von Nachricht und Meinung, gilt als Referenzpunkt, wenn es um Qualitätskriterien geht (vgl. Geuß 2018). Diese Studie rekurriert auf die Qualitätsdimensionen Relevanz, Vielfalt und Professionalität (vgl. Abbildung 1) und konkreter auf die Qualitätskriterien Attributoren-Relevanz, Akteursvielfalt, Ausgewogenheit, Neutralität und analytische Qualität. Im Folgenden wird dargestellt, wie diese Kriterien gemessen wurden. Zwischenschritte bei der Messung waren die Definition von Indikatoren und die Erstellung eines Kategoriensystems, welches die Indikatoren als relevante Variablen und ihre möglichen Ausprägungen beinhaltet.

Relevanz

Die Relevanz, die dem Thema Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission in der Zeitungs- und Magazinberichterstattung von den Medien als relevanten Attributoren beigemessen wurde, zeigt sich an der Intensität der Berichterstattung über das Thema. Die Intensität der Berichterstattung über den italienischen Haushaltsstreit ist ein Indikator der Attributoren-Relevanz. Es soll also ermittelt werden, wie häufig über den italienischen Haushaltsstreit in den untersuchten Printmedien berichtet wurde. Dabei wird auch durch Vergleiche untersucht, ob die verschiedenen untersuchten Zeitungen und Magazine dem Thema die gleiche Relevanz beigemessen haben. Ein weiterer Indikator ist die Position eines Artikels zum italienischen Haushaltsstreit innerhalb einer Zeitungs- bzw. Magazinausgabe. Die Positionierung eines Artikels auf der Titelseite ist Ausdruck hoher Relevanz des Themas.

Akteursvielfalt

Um die Akteursvielfalt der Berichterstattung beurteilen zu können, soll untersucht werden, ob alle relevanten Akteure beachtet wurden. Dies soll hier wie folgt

operationalisiert werden: Es wird analysiert, ob verschiedene Akteure in den Zeitungs- bzw. Magazinartikeln den Anlass lieferten sowie welche Akteure in der Berichterstattung durch Zitate zu Wort kamen. Kamen verschiedene Akteure zu Wort, erlaubt dies eine Aussage darüber, ob Akteure dargestellt wurden, die für verschiedene Positionen stehen. In diesem Fall kann die Berichterstattung auf der Akteursebene als vielfältig betrachtet werden. Es geht hierbei also vor allem um die Zahl der verschiedenen Akteure innerhalb der Artikel und über die Artikel einer Zeitungs- bzw. Magazinausgabe hinweg, nicht um deren anteiliges Verhältnis. Letzteres steht für das Qualitätskriterium der Ausgewogenheit. Die Indikatoren der Akteursvielfalt sind also hier die Anzahl verschiedener Anlass- sowie Zitat-Geber*innen innerhalb eines Artikels. Kamen mehrere verschiedene Zitat-Geber*innen zu Wort, kann die Berichterstattung als vielfältig beurteilt werden.

Ausgewogenheit

Ausgewogenheit wurde als gleichgewichtige Verteilung von Positionen und Akteuren definiert. Von diesen beiden Ebenen ausgehend wird hier von Akteursausgewogenheit und Bewertungsausgewogenheit gesprochen.

Akteursausgewogenheit soll hier an drei Indikatoren festgestellt werden: der Häufigkeit der Nennung und Darstellung von Akteuren, der Darstellung von Akteuren als Adressaten und Sender von Aussagen und dem Umfang der Zitate von unterschiedlichen Akteuren.

Die Nennung bzw. Darstellung von Akteuren ist ein erster Indikator zur Feststellung der Akteursausgewogenheit. Um die gleichgewichtige Verteilung der Akteure in der Berichterstattung zu beurteilen, wird erfasst, wie häufig zentrale Akteure (italienische Regierung, EU-Kommission) genannt wurden. Der Indikator ist das Verhältnis der Häufigkeiten der Nennung von Akteuren. Eine ausgewogene Darstellung liegt vor, wenn alle zentralen Akteure in gleichem Verhältnis dargestellt werden. Ist beispielsweise das Verhältnis von italienischer Regierung und anderen Akteuren, wie EU-Kommission, gleichgewichtig, kann von einer ausgewogenen Darstellung von Akteuren gesprochen werden.

Das Verhältnis der Häufigkeit der Darstellung von Akteuren als Adressaten und Sender von Aussagen ist ein weiterer Indikator für die Akteursausgewogenheit in der Berichterstattung. Es geht hierbei um die Frage, welche Akteure wie häufig in Artikeln zum italienischen Haushaltsstreit Aussagen über andere Akteure trafen. Dabei gibt es

Sender von Aussagen und Adressaten (Empfänger) von Aussagen. Der Indikator ist das Verhältnis der Akteure hinsichtlich der Frage, wie oft sie Aussagen senden oder empfangen. Ausgewogenheit liegt vor, wenn relevante Akteure in ähnlichem Umfang Aussagen treffen und von Aussagen adressiert werden. Indikator ist also zum einen das Verhältnis der Akteure zueinander und zum anderen das Verhältnis von Empfang und Sendung von Aussagen eines Akteurs.

Ein dritter Indikator der Akteursausgewogenheit soll das Verhältnis des Umfangs der Zitate verschiedener Akteure sein. Zitate spielen eine zentrale Rolle in der Zeitungs- und Magazinberichterstattung. Als Zitate wird die direkte, wörtliche Rede als auch die indirekte Rede angesehen. Als Zitat-Geber*innen können die Akteure unmittelbar ihre Ansichten und Standpunkte zum Haushaltsstreit vertreten. Ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den zentralen Akteuren beim Umfang der Zitate wäre Ausdruck von Ausgewogenheit. Ist ein Akteur in den Zitaten unterrepräsentiert, so mangelt es an Ausgewogenheit.

Neben der Akteursausgewogenheit sollten auch die Positionen in der Berichterstattung ausgewogen sein. Dies fällt unter den Begriff der Bewertungsausgewogenheit. Auf der Ebene der Bewertungen sollen die Wertungen der italienischen Regierung im Vergleich mit den Wertungen der EU-Kommission, die Wertungen durch Journalist*innen, die Wertungen durch Akteure in Aussagen und explizit die Wertungen der Zitatgeber*innen als Indikatoren benannt werden.

Im Hinblick auf Wertungen durch Journalist*innen soll festgestellt werden, wie häufig die Journalist*innen die italienische Regierung bewerten und welche Ausprägung hierbei vorlag. Wie oben dargestellt, gibt es Darstellungsformen, in denen Journalist*innen Themen einordnen und Wertungen vornehmen können (z. B. in Kommentaren, Leitartikeln) und andere, in denen das nicht der Fall sein sollte (z. B. in Nachrichten und Berichten). Da den Journalist*innen als neutralen Beobachter*innen eine besondere Rolle zukommt, sollen ihre Bewertungen der italienischen Regierung separat ausgewiesen werden. Die Ausgewogenheit ist erfüllt, wenn positive und negative Bewertungen gleichermaßen vorhanden waren (vgl. Otto et al. 2016).

Die Ausgewogenheit der dargestellten Wertungen durch Akteure soll ebenfalls am Verhältnis der Häufigkeit der Wertung der italienischen Regierung im Vergleich zur EU-Kommission, der Bewertung der Akteure durch andere Akteure und im Verhältnis der Tonalitätsausprägungen der Bewertungen erkennbar werden. Als Wertungen

werden Adjektive, Substantive oder Verben angesehen, die andere Akteure beschreiben. Die Ausrichtung der Wertung ist für die Frage nach der Bewertungsausgewogenheit von hoher Relevanz.

Erfasst wird als erster Indikator, in welchem Verhältnis Wertungen der italienischen Regierung im Vergleich zu Wertungen der EU-Kommission auftraten. Daneben wird untersucht, inwiefern die verschiedenen Ausprägungen der Tonalitäten in den Wertungen der italienischen Regierung im Vergleich mit der EU-Kommission ausgeglichen sind. Für eine ausgewogene Berichterstattung sollten diese im Verhältnis gleichgewichtig verteilt sein.

Eine gleichgewichtige Verteilung von Positionen betrifft auch die dargestellten Positionen, die von Akteuren eingenommen werden. Dafür gilt es zu erfassen, welche Position in Aussagen von Akteuren eingenommen wird. Daher soll als zweiter Indikator zu diesem Merkmal das Verhältnis positiver, negativer und neutraler Bewertungen von Akteuren gemessen und zwischen den Akteuren verglichen werden. Ist das Verhältnis bei allen untersuchten Akteuren ähnlich, kann von einer ausgewogenen Berichterstattung gesprochen werden.

Spezifischer sollen zudem die Wertungen der italienischen Regierung erfasst werden, die in Zitaten erfolgten. Als Indikator der Bewertungsausgewogenheit soll hier gemessen werden, ob das Verhältnis der Positionen der Zitat-Geber*innen zur italienischen Regierung aus den Ausprägungen positiv, negativ, ausgeglichenes Verhältnis und keine Position gleichgewichtig ist. Auch hier wäre eine gleichgewichtige Verteilung positiver und negativer Wertungen innerhalb eines Artikels oder zumindest eine gleichgewichtige Verteilung positiver und negativer Wertungen über alle Artikel einer Zeitung bzw. eines Magazins Voraussetzung für eine ausgewogene Berichterstattung hinsichtlich der dargestellten Wertungen durch Akteure.

Neutralität

Neutralität kann ermittelt werden durch die Prüfung, ob in Nachrichten und Berichten auch Meinungen artikuliert werden. Hierbei geht es um die Trennung von Nachricht und Meinung. Dafür werden die Darstellungsformen (z. B. Nachricht, Bericht, Reportage) der Artikel erfasst. Wenn in Nachrichten oder Berichten Wertungen durch Journalist*innen erfolgen, entspricht dies nicht dem Qualitätsanspruch an Neutralität. Die Ausrichtung der Wertung ist für die Frage nach der Neutralität unerheblich. Sind Berichte und Nachrichten frei von Wertungen durch Journalist*innen, so kann von

einer neutralen Berichterstattung gesprochen werden. Das heißt, dass Nachricht und Meinung getrennt werden. Der Indikator für die Neutralität der Berichterstattung ist also der Anteil der Nachrichten und Berichte, in denen Wertungen durch Journalist*innen vorkommen. Ist dieser Anteil größer als null, so wurde das Gebot der Neutralität verletzt.

Analytische Qualität

Bei der Untersuchung der analytischen Qualität wird die Hintergrundberichterstattung zur italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik im Jahr 2018 genauer betrachtet. Es geht also um die Frage, wie hintergründig über das italienische Regierungsprogramm und die vorgeschlagenen Reformen und Politikfelder berichtet wurde. Im Fokus steht, in welchem Ausmaß die Politikfelder des italienischen Regierungsprogramms sowie einzelne Reformen thematisiert wurden.

Ein erster Indikator ist das Verhältnis der Häufigkeit der Befassung mit Politikfeldern des italienischen Regierungsprogramms. Es wird verglichen, wie häufig und in welchem Umfang diese Politikfelder in der Berichterstattung thematisiert wurden. Eine hohe analytische Qualität kann attestiert werden, wenn viele Politikfelder in der Berichterstattung thematisiert wurden.

Ein zweiter Indikator ist das Verhältnis der Häufigkeit der Befassung mit einzelnen Reformen des italienischen Regierungsprogramms. Es wird verglichen, wie häufig die einzelnen Reformen in der Berichterstattung thematisiert wurden. Eine hohe analytische Qualität kann attestiert werden, wenn viele Reformen in der Berichterstattung thematisiert wurden, eine geringe analytische Qualität wird attestiert, wenn die Mehrzahl der Reformen gar nicht thematisiert wurde. Interessant ist dabei natürlich auch, welche Politikfelder und Reformen bei der journalistischen Analyse im Mittelpunkt standen. Die Operationalisierung der analytischen Qualität erfolgt also durch die Messung der Häufigkeit, mit der sich die Artikel mit Politikfeldern und Reformen beschäftigten. Dies erlaubt eine Aussage über die Breite der Analyse. Der Berichterstattung wird dann eine hohe analytische Qualität zugesprochen, wenn sie möglichst viele Politikfelder und Reformvorschläge thematisierte. Andere Aspekte der journalistischen Analyse, wie z. B. der Artikelumfang, mit dem sich einer spezifischen Reform gewidmet wurde, werden somit bewusst ausgeschlossen. Um erfassen zu können, ob über einzelne Politikfelder und Reformen berichtet wurde, wurden 101 Reformen und 11 Politikfelder anhand des italienischen Regierungsprogramms

ausgewählt. Die zu untersuchenden Qualitätskriterien und ihre Operationalisierung im Kategoriensystem der Erhebung werden in Abbildung 2 zusammenfassend dargestellt.

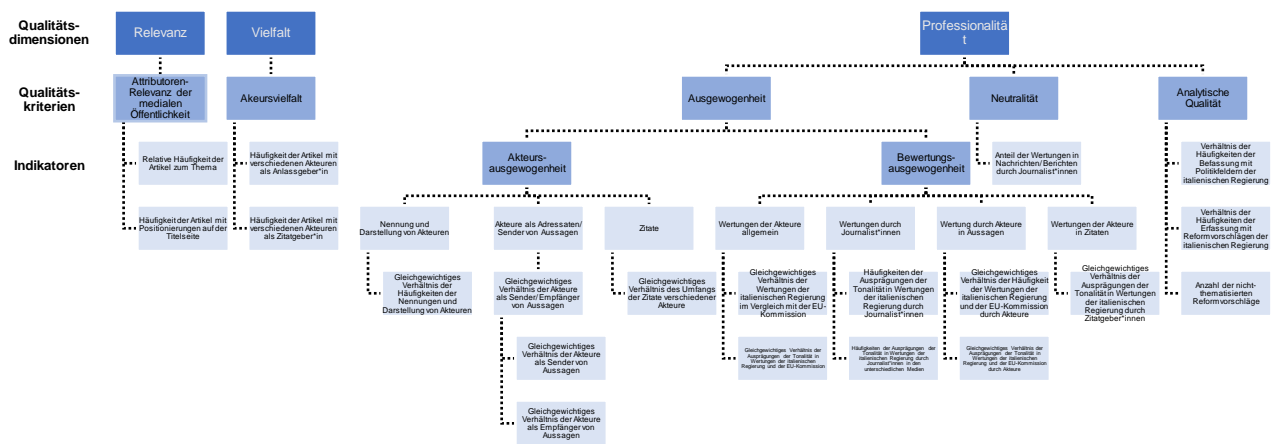


Abbildung 2: Operationalisierung der Qualitätsdimensionen und -kriterien
Quelle: eigene Darstellung.

4.4 Materialbasis

Der Untersuchungszeitraum reicht vom 18. Mai 2018 bis zum 31. Dezember 2018. Die Untersuchung zielt damit bewusst auf die Berichterstattung über die Regierung Giuseppe Conte und die Veröffentlichung ihres Regierungsprogramms, die zahlreichen Verhandlungen mit der EU-Kommission und die letztliche Einigung zwischen den beiden Akteuren bezüglich des geplanten italienischen Haushaltsdefizits für das Jahr 2019. Untersucht wurden die Artikel der überregionalen Tageszeitungen „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ („FAZ“), „Handelsblatt“, „Süddeutsche Zeitung“ („SZ“), „die Welt“, „die tageszeitung“ („taz“), die „BILD“ sowie das Magazin „Der Spiegel“.

Diese Tageszeitungen und das Magazin sind die auflagenstärksten Printmedien in Deutschland. Es wurden bewusst Zeitungen unterschiedlicher Gattungen gewählt, um die Unterschiede innerhalb der Medienlandschaft herauszuarbeiten. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, die „Welt“ und die „Süddeutsche Zeitung“ gelten als traditionelle Qualitätszeitungen mit hohem Ansehen und journalistischer Kompetenz, weshalb sie für die Untersuchung herangezogen wurden. Dabei kann die Ausrichtung der „FAZ“ als konservativliberal, der „Die Welt“ als bürgerlich-konservativ“ und der „SZ“ als linksliberal bezeichnet werden. Die „Tageszeitung“ gilt als eine Zeitung, die einen wirtschaftskritischen Journalismus betreibt (Arlt & Storz 2010) und eher dem linken Spektrum zugerechnet wird. Das „Handelsblatt“ widmet sich besonders dem Ressort Wirtschaft und spielt deshalb eine wichtige Rolle in Bezug auf die Analyse der Reformen. Der „Spiegel“ ist ein (Meinungs-)Nachrichtenmagazin und wird ebenfalls zu den Qualitätszeitungen gezählt. Die „BILD“ Zeitung ist der Sparte Unterhaltung zuzuordnen und wird demnach als Boulevardzeitung kategorisiert (Siebel 2007).

Zunächst wurde die Datenbank „ARD-Pressearchiv“ auf alle Artikel dieser Zeitungen durchsucht, welche das Suchwort „Italien“ beinhalteten. Für die Zeitungen „FAZ“, „SZ“ und „die Welt“ wurden ausschließlich Artikel aus den Ressorts „Politik“ und „Wirtschaft/Finanzen“ ausgewählt. Bei der „BILD“ wurden die Ressorts „Sport“, „Panorama“ und „Kultur“ aus der Analyse ausgeschlossen. Zudem wurden die Artikel aller Zeitungen aus Sonderheften oder Beilagen exkludiert.

Hierbei wurden 4.224 Artikel für den Untersuchungszeitraum gelistet, wovon 1.344 aus der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 393 Artikel aus „Die Welt“, 46 aus der „BILD“, 803 aus der „Süddeutschen Zeitung“ sowie 626 aus „die Tageszeitung“, 791 aus dem „Handelsblatt“ und 221 aus dem „Spiegel“ stammen. Es wurden alle Tageszeitungen und Magazine komplett erfasst hinsichtlich Länge und Anzahl der Artikel mit einem Bezug zum Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission. Die Artikel, die einen solchen Bezug aufweisen, wurden vertieft analysiert. Das sind insbesondere 245 aus der „FAZ“, 177 aus dem „Handelsblatt“, 150 aus der „SZ“, 46 aus „Die Welt“, 41 aus der „taz“, 17 aus „Der Spiegel“ und 8 aus der „BILD“. Die Artikel sind die Untersuchungseinheiten der Analyse. Die Analyseeinheit beschreibt die Elemente der Grundgesamtheit der verfügbaren Materialien, für die im Rahmen der Codierung eine Klassifizierung vorgenommen werden soll (Rössler 2017).

4.5 Durchführung

Nachdem in der Planungsphase die Problemstellung und Forschungsfragen generiert wurden, folgte die Phase der Kategorienentwicklung. Alle Untersuchungseinheiten wurden vor Beginn der Erhebung über eine Download-Funktion des ARD-Pressearchivs gesichert und den Codierer*innen digital zur Verfügung gestellt. Hier wurde ein deduktiv-induktives Vorgehen zur Erstellung des Kategoriensystem gewählt. Dabei wurden die Überkategorien theoriegeleitet und die einzelnen Variablen empiriegeleitet anhand von einer explorativen Vorstudie erstellt. In der Testphase wurden die Codierschulungen, zwei Pretests und Validitäts- und Reliabilitätstests, um die Anforderungen an die Kategorien zu erfüllen (Vollständigkeit, Widerspruchsfreiheit, Unabhängigkeit, Trennschärfe (vgl. Merten 1995)) und die Gültigkeit des Kategoriensystems zu gewährleisten, durchgeführt. Es folgte die Anwendungsphase. Die Auswertung anhand des Codebuchs erfolgte durch die geschulten Codierer*innen im Juli und August 2020. Alle 4.224 Artikel wurden komplett durchgelesen. Die formalen Kriterien der Artikel (Medium, Datum, Titel, Position, Quelle, Darstellungsform, Anlass(-variablen), Länge), inklusive der Variable „Artikel trifft das Thema“, wurden in einem ersten Teil des Codebogens erfasst. Die Artikel mit Bezug zum Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission wurden von den Codierer*innen bearbeitet. Während der Durchsicht wurden nach jeden 50 codierten Artikel eine Kontrollcodierung durch die Schulungsleiterin, um die Zuverlässigkeit und Gültigkeit der Codierung zu optimieren.

4.6 Reliabilität, Validität und Neutralität der Untersuchung

Reliabilität gibt an, ob bei Messwiederholungen durch gleiche Codierer*innen (Intracoder-Reliabilität) oder unterschiedliche Codierer*innen (Intercoder-Reliabilität) gleiche Messergebnisse ermittelt werden. Daran zeigt sich die Eindeutigkeit der Kategorien und Codiervorgaben (vgl. Brosius et al. 2009). Im Vorfeld der Erhebung erfolgte durch fünf Codierer*innen zwei Pretests anhand von je zehn Artikeln, um die Praktikabilität und Anwendbarkeit des Codebuchs zu überprüfen. Die Codierung erfolgte anschließend durch die 15 von der Projektleitung geschulte Codierer*innen. Die Verteilung der Artikel erfolgte systematisch auf alle Codierer*innen. Diese nahmen in den Codierschulungen eine parallele Codierung von Artikeln vor, so dass 19 Codierungen gegenübergestellt werden konnten. Auf dieser Grundlage erfolgte ein

Reliabilitätstest für jede einzelne Variable. Berechnet wurde ein Reliabilitätskoeffizient nach Holsti (1969) für alle Codierer*innen. Der Koeffizient misst die Übereinstimmung der Codierer*innen (Inter-Codierreliabilität). Da formale Variablen einfacher zu codieren sind als inhaltliche Variablen, wurde für die formalen Kriterien ein höherer Reliabilitätskoeffizient als für die inhaltlichen Variablen erwartet. Dieser betrug über alle Variablen hinweg $CR=0,80$. Dieser Wert kann als sehr gut bezeichnet werden (vgl. Brosius et al. 2009). Für die zu codierenden Reformen und Politikfelder zeigte sich ebenso wie für die Formalkategorien ein sehr guter Reliabilitätskoeffizient von $CR=0,87$, für die zu codierenden Akteure ergab sich ein Wert von $CR=0,84$; für die Variablen, bei denen Meinungen und Positionen einzuordnen waren, ergab sich ein Wert von $CR=0,67$. Durch gemeinsame Codier-Sitzungen der Codierer*innen mit der Projektleitung in den ersten Phasen der Erhebung und weitere Konkretisierungen der Codieranweisungen zu einzelnen Variablen mit geringen Übereinstimmungswerten konnten Zweifelsfälle ausgeräumt werden. Ein zweiter Reliabilitätstest im Anschluss zeigte eine Steigerung der Reliabilität auf einen Gesamtwert von $CR=0,88$; bei den formalen Kriterien ein Wert von $CR=0,87$, bei den Politikfeldern und Reformen sogar ein nahezu perfekter Reliabilitätskoeffizient von $CR=0,92$; bei der Einordnung von Meinungen und Positionen ergab sich ein Wert von $CR=0,71$ und für die Zuordnung von Akteuren ein Wert von $CR=0,88$. Zudem konnte durch mehrere Abgabezeiträume, in denen die Zwischenergebnisse geprüft wurden, die Sorgfältigkeit der Codierung sichergestellt werden (Intra-Codierreliabilität).

Mit Validität ist die Gültigkeit der Messinstrumente gemeint. Es handelt sich dabei um einen inhaltsanalytischen Qualitätsstandard, der angibt, ob das gemessen wurde, was gemessen werden sollte. Es geht dabei zum einen um die Frage, ob die erhobenen Daten dem zu Grunde gelegten theoretischen Konstrukt entsprechen. Es gibt verschiedene Aspekte von Validität. Inhaltsvalidität bezeichnet die Vollständigkeit des zu untersuchenden Konstrukts durch bisherige Forschungsarbeiten. Inhaltsvalidität des vorliegenden Messinstruments ist gegeben, da das Kategoriensystem alle Aspekte berücksichtigt, die in der Fragestellung enthalten sind. Die Beziehung zwischen den codierten Daten und den Forschungsfragen wurde begründbar und plausibel in der Operationalisierung des theoretischen Konstrukts Qualität dargestellt (siehe Kap. 4.3). Konstruktvalidität als weiterer Aspekt von Validität bezieht sich auf die Brauchbarkeit des Messinstruments. Wenn die Forschungsmethode erfolgreich

verwendet werden kann und zu validen Forschungsergebnissen führt, ist Konstruktvalidität gegeben (vgl. Brosius et al. 2009). Da die vorliegende Forschungsarbeit auf ein Messinstrument bereits veröffentlichter Studien (vgl. Otto et al. 2016; Otto et al. 2020) zurückgreift, kann von Konstruktvalidität gesprochen werden.

Die Neutralität einer Untersuchung wird durch Objektivität sichergestellt. Eine Messung gilt dann als objektiv, wenn sie unabhängig von der Person, die diese Messung vornimmt, zum selben Ergebnis führt. Durch die Anlage der Untersuchung und die Wahl der Methode kann Objektivität hergestellt werden. Bei der in dieser Studie gewählten Methode handelt es sich um eine Inhaltsanalyse mit einem stark standardisierten Kategoriensystem und Codebuch. Ein hohes Maß an Standardisierung (vorgegebene Kategorien zu möglichen Merkmalsausprägungen) und der Zugriff auf nichtreaktive Daten (Inhalte, die sich nicht während des Erhebungsverfahrens ändern) sichern Objektivität (vgl. Behnke et al. 2010). Objektivität wird zudem durch die statistische Auswertung der Daten sichergestellt. Offene Kategorien, die interpretiert werden, müssten, liegen in der vorgenommenen Untersuchung nicht vor. Die gewählte Methode unterstützt durch ihr hohes Maß an Standardisierung eine objektive und neutrale Untersuchung der Fragestellung.

5. Ergebnisse der Untersuchung

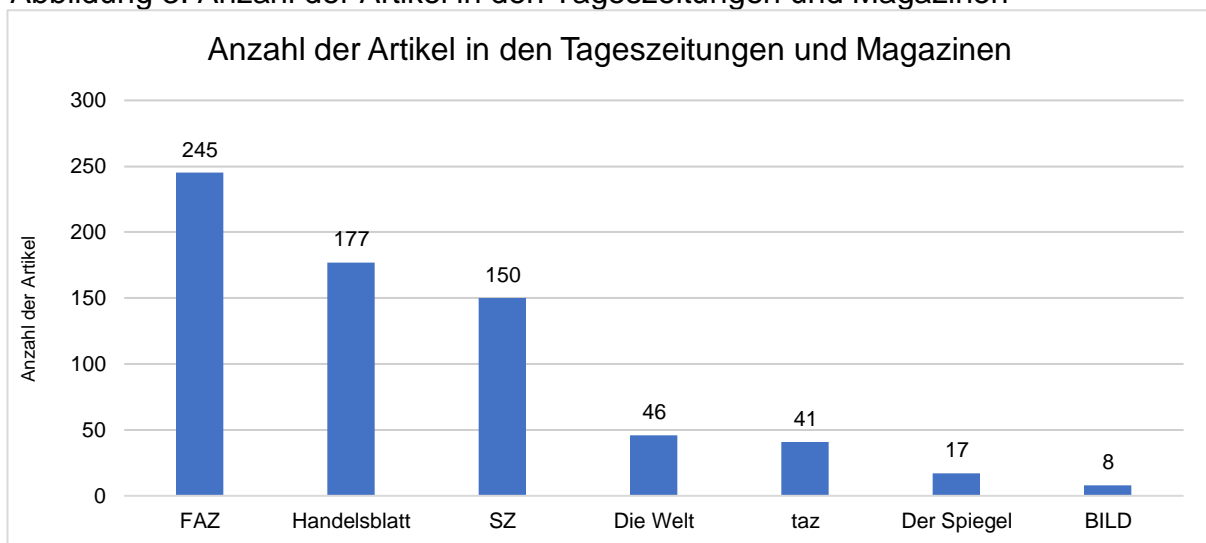
In den folgenden Abschnitten werden die Ergebnisse der Inhaltsanalyse hinsichtlich der Relevanz des Themas italienischer Haushaltsstreit, der Vielfalt der Akteure in der Berichterstattung, der Ausgewogenheit, der Neutralität und der analytischen Qualität der Berichterstattung dargestellt. Die Erkenntnisse werden jeweils am Ende eines Abschnitts zusammengefasst. Alle folgenden Darstellungen sind eigene Anfertigungen aus dem erhobenen empirischen Material.

5.1 Relevanz des Themas

Im Folgenden wird gezeigt, wie relevant das Thema der Wirtschafts- und Finanzpolitik der neuen italienischen Regierung in der deutschen Berichterstattung in sieben überregionalen Zeitungen war. Im Untersuchungszeitraum, vom 18. Mai 2018 bis zum 31. Dezember 2018, wurden 4224 Artikel analysiert. Darunter sind 1344 Artikel aus der „FAZ“, 791 Artikel aus dem „Handelsblatt“, 803 Artikel stammen aus der „SZ“, 393

Artikel aus „Die Welt“, 626 Artikel sind aus der „taz“, 221 Artikel aus dem Magazin „Der Spiegel“, sowie 46 Artikel aus der „BILD“. Bei „Der Spiegel“ handelt es sich um ein einmal wöchentlich erscheinendes Magazin bei den restlichen Medien handelt es sich um Tageszeitungen. Analysiert wurden hierfür die Artikel, die sich auf den Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission beziehen. Hieraus ergaben sich 684 Artikel, die diese Thematik aufgreifen. Dies entspricht 16,2 Prozent der Artikelgesamtheit.

Abbildung 3: Anzahl der Artikel in den Tageszeitungen und Magazinen



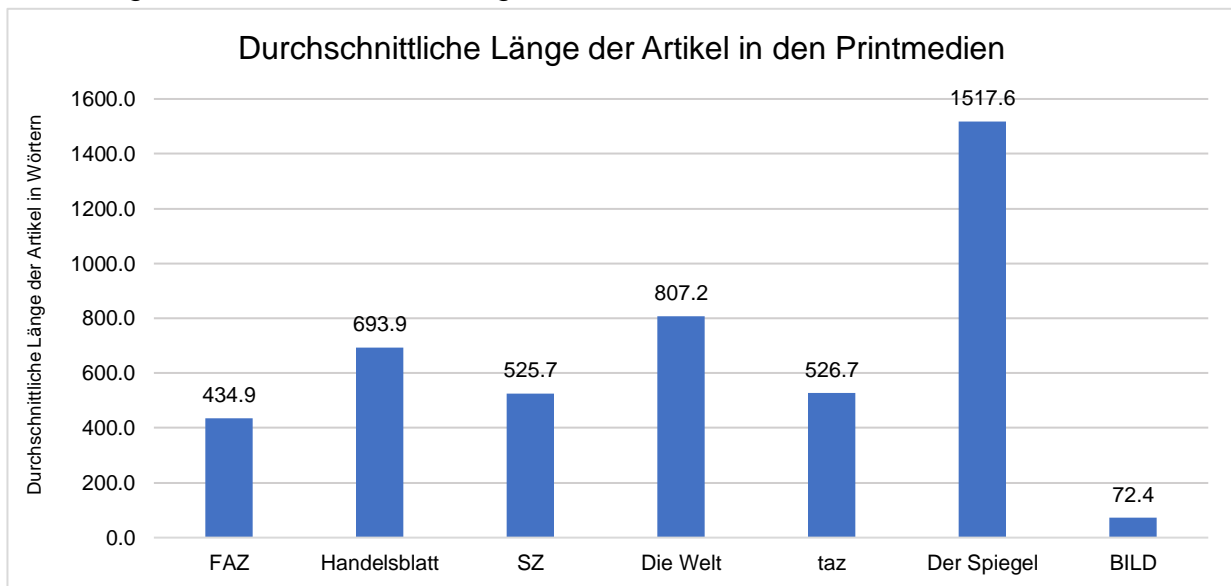
Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, 2018

Quelle: eigene Darstellung.

Mit 245 aus insgesamt 684 Artikeln verfasste die „FAZ“ in absoluten Zahlen die meisten Artikel zum Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission. Dies macht einen Anteil von 35,8 Prozent der Artikel aus. Anschließend folgt das „Handelsblatt“ mit 177 Artikeln aus 684 Artikeln über die Wirtschafts- und Finanzpolitik der neuen italienischen Regierung, was einem Anteil von 25,9 Prozent entspricht. Die „SZ“ zeigt, genau wie die beiden vorherigen Zeitungen, einen signifikanten Unterschied in ihrer Artikelanzahl zu allen weiteren Tageszeitungen und Magazinen. Somit machen die 150 Artikel der „SZ“ mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit mit der EU-Kommission 21,9 Prozent aus. Zusammengefasst machen die Artikel der „FAZ“, des „Handelsblatt“ und der „SZ“ 63,7 Prozent aus insgesamt 684 Artikeln aus. In „Die Welt“ sind es 46 Artikel, die sich auf den italienischen Haushaltsstreit bezogen. Dies entspricht 6,7 Prozent der Artikel. Minimal unterscheidet sich die Anzahl der Artikel bei der „taz“ im Vergleich der absoluten

Zahlen mit der vorherigen Zeitung. So berichtete die „taz“ in 41 Artikeln über den Haushaltsstreit der italienischen Regierung mit der EU-Kommission. Dies entspricht jedoch 6 Prozent. Das Magazin „Der Spiegel“ verfasste 17 Artikel mit Bezug zum Thema und liegt somit bei 2,5 Prozent der Artikel. In der Zeitung „BILD“ konnten acht Artikel zum italienischen Haushaltsstreit mit der EU-Kommission gezählt werden, was 1,2 Prozent aus insgesamt 684 Artikeln ausmacht (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 4: Durchschnittliche Länge der Artikel in den Printmedien

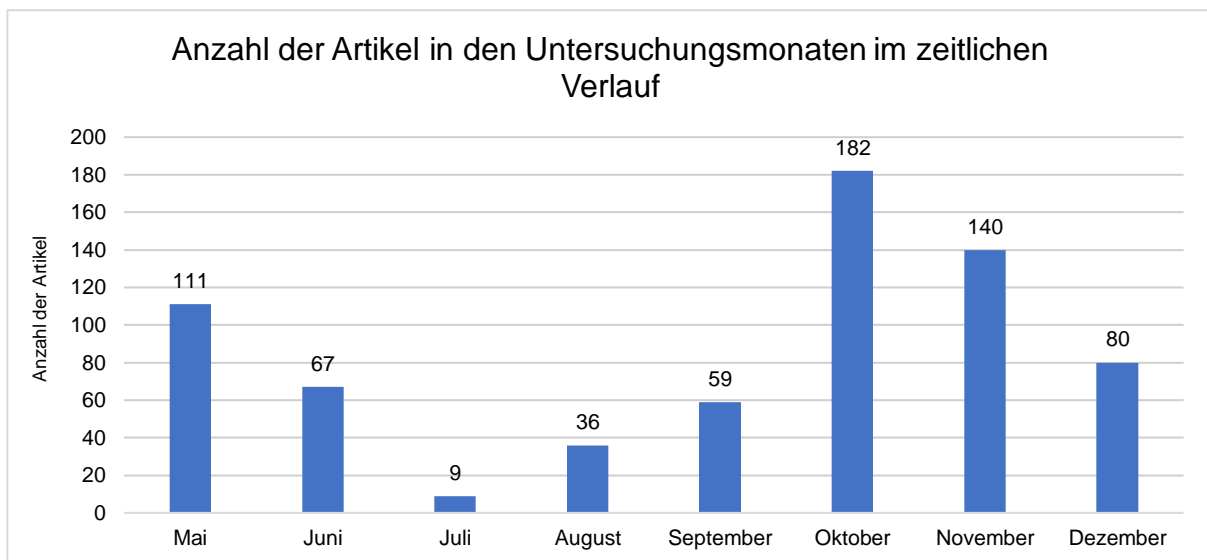


Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, 2018

Quelle: eigene Darstellung.

Die durchschnittliche Länge der Artikel beim Magazin „Der Spiegel“ weist mit 1517,6 Wörtern einen signifikanten Unterschied gegenüber den Tageszeitungen auf. So besteht der längste Artikel von „Der Spiegel“ aus 4947 Wörtern. Bei den Tageszeitungen liegt „Die Welt“ mit 807,2 Wörtern erkennbar vor dem „Handelsblatt“ mit 693,9 Wörtern und das obwohl das „Handelsblatt“ eine maximale Artikellänge von 4209 Wörtern aufweist. Hingegen ist die „Die Welt“ die einzige Zeitung deren kürzester Artikel über 100 Wörter aufweist, mit 103 Wörtern. Die durchschnittliche Länge der Artikel unterscheiden sich zwischen der „SZ“ und der „taz“ kaum. Die „SZ“ hat einen Mittelwert von 525,7 Wörtern und die „taz“ liegt minimal darüber mit 526,7 Wörtern. Die „FAZ“ hat eine durchschnittliche Länge von 434,9 Wörtern und die „BILD“ hat 72,4 Wörter. Der gesamte Mittelwert aller Tageszeitungen und Magazine liegt bei 575,1 Wörtern (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 5: Anzahl der Artikel in den Untersuchungsmonaten im zeitlichen Verlauf



Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, 2018
Quelle: eigene Darstellung.

Auch wenn dies kein Indikator zur Bewertung der Relevanz ist, soll hier untersucht werden, wie über die italienische Wirtschafts- und Finanzpolitik im zeitlichen Verlauf nach Anzahl der Artikel in den unterschiedlichen Tageszeitungen und Magazinen berichtet wird.

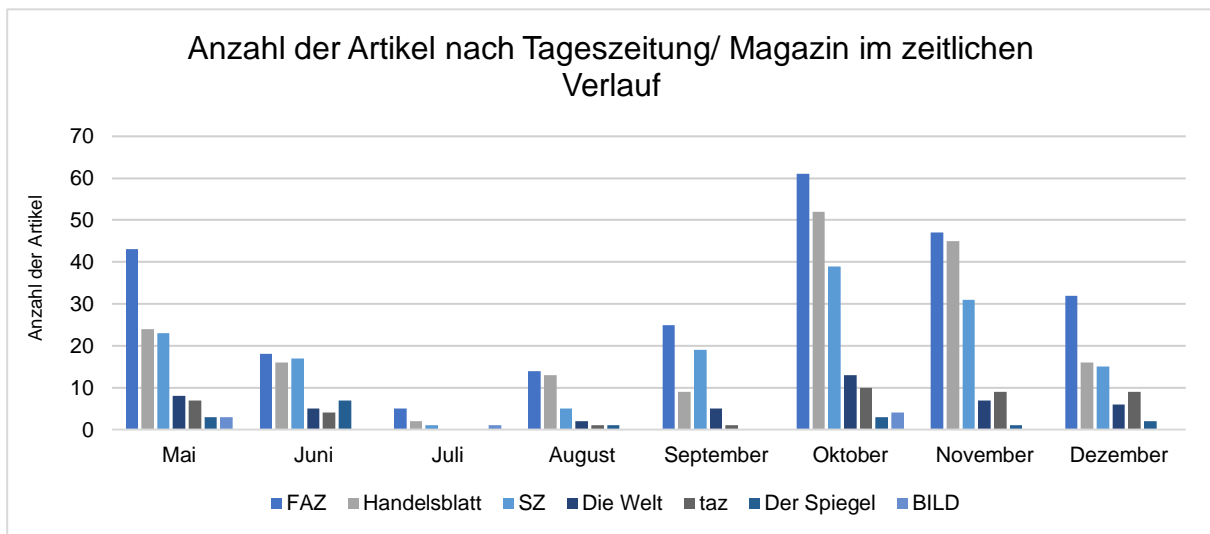
Die Verteilung unterscheidet sich stark, je nach Untersuchungsmonat. Im Verlauf ist erkennbar, dass die Anzahl der Artikel von 111 Artikeln im Mai auf 67 Artikeln im Juni sank. Im Juni spielte das Thema die geringste Rolle. Im Juli war der Tiefpunkt mit neun Artikel erreicht. In den folgenden zwei Monaten stieg die Artikelanzahl wieder an. Der Höhepunkt war im Oktober mit 182 Artikeln, was ca. 25 Prozent aller Artikel zum Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission ausmacht. Danach sank die Berichterstattung im November auf 140 Artikel erneut. Im Dezember mit 80 Artikeln sogar unter den Wert vom Anfangsmonat Mai. Dennoch machen diese beiden Monate 32,16 Prozent der gesamten Berichterstattung im Untersuchungszeitraum aus (vgl. Abbildung 5).

Diese Entwicklung und insbesondere die Steigerung der Artikelanzahl in einigen wenigen zeitlichen Abschnitten kann auf einzelne Ereignisse im Verlauf der Krise zurückgeführt werden: Im Mai ging nach der Wahl im März die Regierungsbildung vorstatten. Die beiden Parteien „Fünf-Sterne“ und „Lega Nord“ legten einen Koalitionsvertrag vor und schlugen Giuseppe Conte als künftigen Regierungschef vor. Am 01 Juni 2018 legte der italienische Präsident Giuseppe Conte seinen Amtseid ab.

Der Höhepunkt im Oktober lässt sich darauf zurückführen, dass Italien am 16. Oktober 2018 seine Haushaltsplanung für das Jahr 2019 bei der EU-Kommission eingereicht hat. Alle EU-Mitgliedsstaaten waren dazu verpflichtet, bis zum 15. Oktober 2018 ihre Haushaltsplanung für das Folgejahr vorzulegen (Europäische Kommission 2018a). Die Staatsverschuldung Italiens lag im Jahr 2018 mit 130 Prozent des BIPs deutlich über dem Maastricht-Kriterium, welches eine maximale Schuldenquote von 60 Prozent des BIPs vorsieht. Daher bestand die EU-Kommission darauf, dass die italienische Regierung das Kriterium der Drei-Prozent-Neuverschuldungskriterium des Stabilitäts- und Wachstumspakts einhält und die Vorgaben des Fiskalpakts erfüllt, indem eine Neuverschuldung gesenkt werden sollte, mit dem Ziel die Gesamtschuldenquote zu mindern. Die vorherige italienische Regierung hatte zugesagt die Neuverschuldung auf 0,8 Prozent im Jahr 2019 zu begrenzen und im Jahr 2020 ohne Neuverschuldung auszukommen. Hiervon wich der vorgelegte Haushaltsplan der neuen Regierung deutlich ab, mit 2,4 Prozent Neuverschuldung im Jahr 2019 und 2,1 Prozent im Jahr 2020. Die EU-Kommission sah darin eine Verletzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Dies machte die EU-Kommission mit einem Brief an den italienischen Finanzminister Tria zwei Tage später deutlich. Dieser argumentierte in seiner Antwort vom 22. Oktober 2018, damit dass es durch die Finanz- und Wirtschaftskrise zu anhaltenden ökonomischen und sozialen Verwerfungen komme und der Schuldenstand Italiens nicht durch Verringerung der Neuverschuldung abgebaut werden könne, sondern durch eine Wachstumssimulation.

Die geringe Berichterstattung in den Sommermonaten lässt sich auf zwei wesentliche Aspekte zurückführen: die Zuspitzung der seit 2015 anhaltende Flüchtlingskrise und der Einsturz der Morandi-Brücke in Genua Mitte August.

Abbildung 6: Anzahl der Artikel nach Tageszeitung/ Magazin im zeitlichen Verlauf



Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, 2018

Quelle: eigene Darstellung.

Die Berichterstattungsintensität zum Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission ist in den untersuchten Tageszeitungen und Magazinen im zeitlichen Verlauf weitestgehend ähnlich mit einigen Ausnahmen. So berichtete die „FAZ“ am Anfang des Untersuchungszeitraums im Mai in 43 Artikeln über den italienischen Haushaltsstreit. Dies macht 38,74 Prozent aller Artikel in diesem Monat aus. Mit 24 Artikeln und 23 Artikeln vom „Handelsblatt“ und der „SZ“ ist ein Unterschied zwischen der „FAZ“ und den anderen Tageszeitungen und Magazinen erkennbar. In den Folgemonaten nahm die Berichterstattungsintensität ab und erlebte ihren Tiefpunkt im Juli. Die hohe Berichtsintensität im Oktober zeigt sich mit 61 Artikeln von der „FAZ“. Darauf folgen das „Handelsblatt“ mit 52 Artikeln und die „SZ“ mit 39 Artikeln. Darüber hinaus fällt auf, dass die „BILD“ lediglich in drei Monaten zur Berichterstattung beitrug. Hierbei bildet der Oktober mit vier Artikeln den Höhepunkt und somit veröffentlichte die „BILD“ einen Artikel mehr als „Der Spiegel“ in diesem Monat.

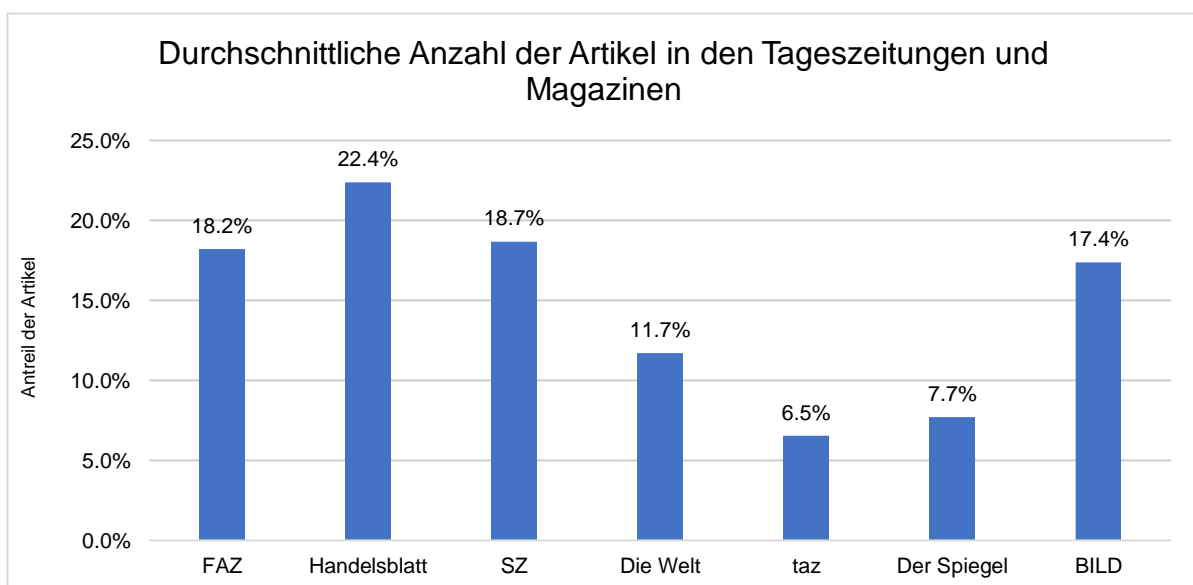
Im November lagen die „FAZ“ und das „Handelsblatt“ mit 47 Artikeln und 45 Artikeln nah beieinander. Die „SZ“ veröffentlichte 37 Artikel und alle weiteren Tageszeitungen und Magazine weniger als 10 Artikel. Im darauffolgenden Monat veröffentlichte die „FAZ“ wieder mehr Artikel als alle anderen Tageszeitungen und Magazine. So berichtete die „FAZ“ in 32 Artikeln über den italienischen Haushaltsstreit mit der EU-Kommission, was genau 40 Prozent der insgesamt 80 veröffentlichten Artikel im Dezember entspricht. Das „Handelsblatt“ und die „SZ“ folgen mit kaum einem

Unterschied mit 16 Artikeln und 15 Artikeln. Darüber hinaus fällt auf, dass die „taz“ im November und Dezember jeweils neun Artikel veröffentlichte und somit im Gegensatz zum restlichen Untersuchungszeitraum mehr berichtete als „Die Welt“ (vgl. Abbildung 6).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die „FAZ“, das „Handelsblatt“ und die „SZ“ die Tageszeitungen sind, welche durchgängig zur italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik berichteten.

- Im gesamten Untersuchungszeitraum nahm die „FAZ“ monatlich den größten Anteil zur Anzahl der Veröffentlichungen ein. Ausschließlich in den Monaten Mai und Oktober wurde von allen Tageszeitungen und Magazinen mindestens ein Artikel veröffentlicht.
- In den anderen Monaten des Untersuchungszeitraums gab es mindestens eine Zeitung, die nicht über das Thema berichtete. Hierbei ist die „BILD“ am häufigsten vertreten.

Abbildung 7: Durchschnittliche Anzahl der Artikel in den Tageszeitungen und Magazinen



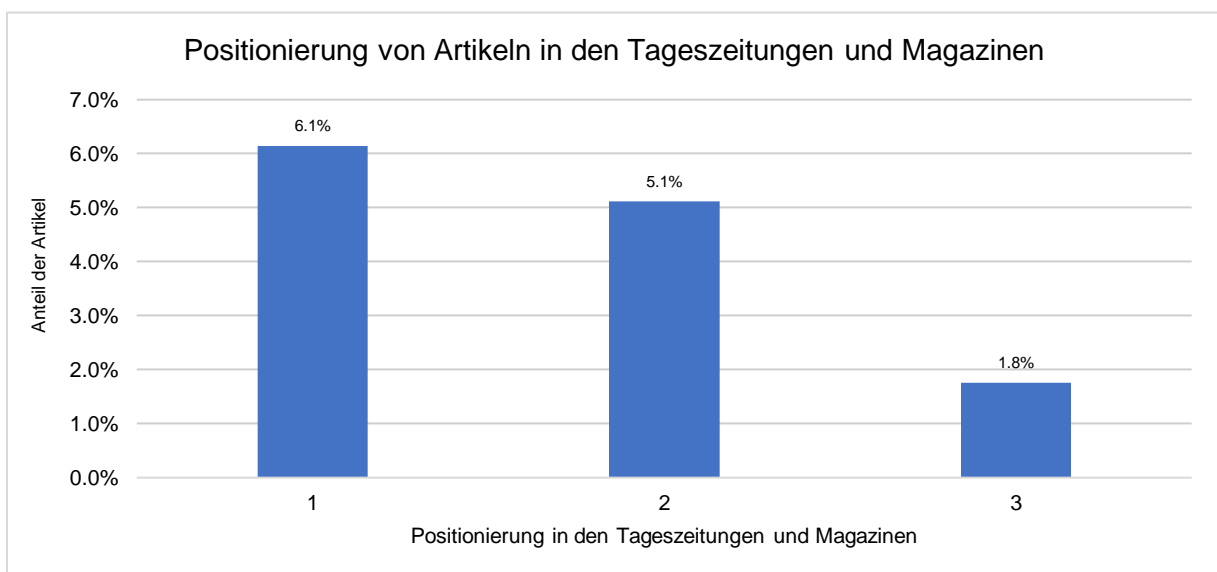
Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=4224, 2018

Quelle: eigene Darstellung.

In den Zeitungen „Handelsblatt“ und „SZ“ wurde mehr als in der „FAZ“ über den Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission berichtet, auch wenn die „FAZ“ in absoluten Zahlen die meisten Artikel mit Bezug zum Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission veröffentlichte. Das „Handelsblatt“ berichtete mit 22,4 Prozent und die „SZ“ mit 18,7

Prozent verhältnismäßig häufiger über den Haushaltsstreit der italienischen Regierung mit der EU-Kommission. Am dritthäufigsten berichtete die „FAZ“ anteilig mit 18,2 Prozent über die Wirtschafts- und Finanzpolitik der neuen italienischen Regierung. Danach folgt die „BILD“ mit 17,4 Prozent. Dies entspricht acht Artikeln dieser Tageszeitung bezüglich des Haushaltsstreits zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission. Auch wenn sich die absolute Artikelanzahl bei „Die Welt“ und „taz“ nur minimal unterscheiden, macht dies verhältnismäßig einen Unterschied. Durchschnittlich berichtete „Die Welt“ in 11,7 Prozent ihrer Artikel über die italienische Wirtschafts- und Finanzpolitik, hingegen die „taz“ nur in 6,5 Prozent ihrer Artikel. Somit berichtete die „taz“ am seltensten über die italienische Haushaltsstreit mit der EU-Kommission. Das Magazin „Der Spiegel“ liegt mit durchschnittlich 7,7 Prozent mit Bezug zum Thema nur geringfügig darüber (vgl. Abbildung 7). Insgesamt macht dies 16,2 Prozent mit Bezug zum Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission aus, was der Gesamtheit von 684 Artikel entspricht.

Abbildung 8: Positionierung von Artikeln in den Tageszeitungen und Magazinen

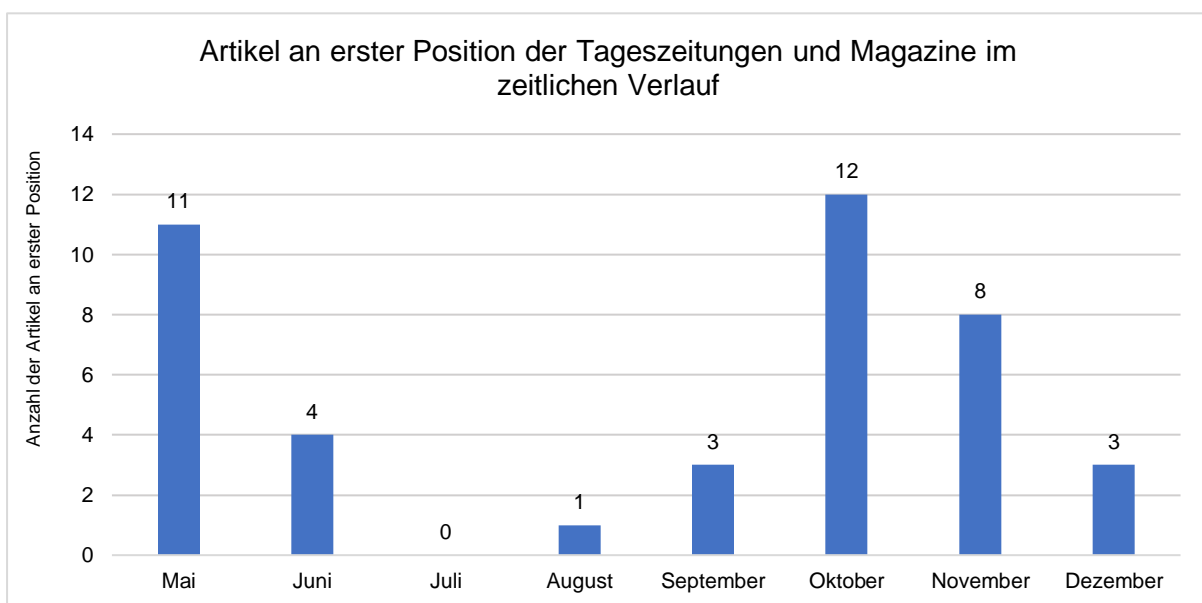


Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, 2018
 Quelle: eigene Darstellung.

Der Haushaltsstreit der italienischen Regierung mit der EU-Kommission war im Jahr 2018 ein zentrales Thema der Tageszeitungs- und Magazinberichtserstattung. Jedoch finden sich die Artikel zum Thema gleichmäßig verteilt auf den unterschiedlichen Positionierungen der Tageszeitungen und Magazine.

6,1 Prozent der Artikel wurden auf der Titelseite veröffentlicht. Häufig handelt es sich hierbei um Leitartikel, welchen eine besondere Bedeutung beigemessen wird und von den Redakteur*innen werden hierfür oftmals die kompetentesten Journalist*innen für das Thema ausgesucht. Hierbei spiegeln die Leitartikel oftmals die politische Haltung der Zeitung wider. Die Positionierung ist Ausdruck der Relevanz eines Themas. Je bedeutsamer ein Thema den Journalist*innen erscheint, desto weiter vorne wird der Artikel in den Tageszeitungen und Magazinen platziert. 5,1 Prozent aller Artikel befanden sich an zweiter und lediglich 1,8 Prozent an dritter Stelle (vgl. Abbildung 8).

Abbildung 9: Artikel an erster Position der Tageszeitungen und Magazine im zeitlichen Verlauf



Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, 2018

Quelle: eigene Darstellung.

Diese Relevanz zeigte sich bereits zu Beginn des Untersuchungszeitraums im Mai mit 11 Artikeln an erster Position. Im Juni sank die Anzahl auf vier Artikel. Der Tiefpunkt war im Juli erreicht. Hier wurde kein Artikel bezüglich des italienischen Haushaltsstreits mit der EU-Kommission auf der ersten Position veröffentlicht. Im August und September ist das Thema weniger relevant. Ihren Höhepunkt hatte die Relevanz des Themas im Oktober mit 12 Artikeln erreicht. Im November wurden acht Artikel zum italienischen Haushaltsstreit auf der Titelseite veröffentlicht. Im Dezember wurden drei Artikel mit der ersten Position dem Thema gewidmet. Insgesamt wurden 42 Artikel an erster Position über die Finanz- und Wirtschaftspolitik der neuen italienischen Regierung veröffentlicht (vgl. Abbildung 9).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Tageszeitungen und Magazine dem Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission unterschiedlich hohe Relevanz zugeschrieben haben:

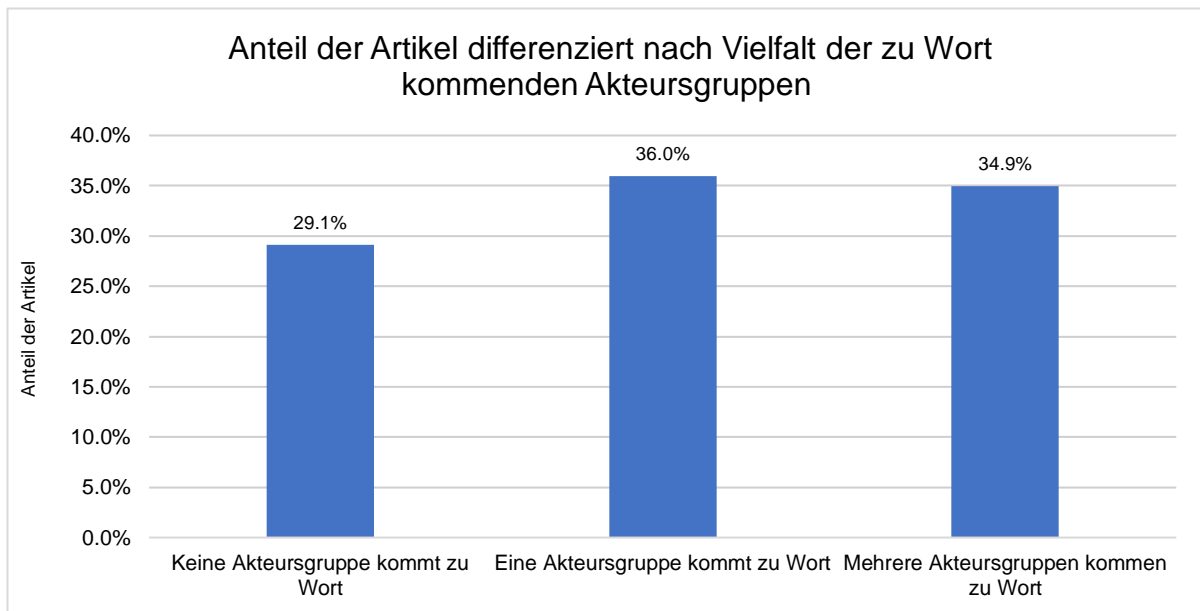
- „FAZ“, das „Handelsblatt“ und die „SZ“ maßen dem italienischen Haushaltsstreit mit der EU-Kommission eine hohe Relevanz bei. So haben sie zusammen in 572 Artikeln die Thematik aufgegriffen, was bei 684 Artikeln insgesamt 83,6 Prozent ausmacht. „Die Welt“, „taz“, das Magazin „Der Spiegel“ und „BILD“ veröffentlichten deutlich weniger Artikel zum Haushaltsstreit.
- Ein Großteil der Berichterstattung fand in den Monaten Mai, Oktober, November und Dezember 2018 statt.
- Auch hier lässt sich anhand der Unterscheidung nach dem jeweiligen Printmedium im Zeitverlauf ein deutlicher Abstand von „FAZ“, „Handelsblatt“ und „SZ“ erkennen. Die Relevanz der Finanz- und Wirtschaftspolitik der italienischen Regierung bezüglich des Haushaltsstreits mit der EU-Kommission lässt sich zudem an der Anzahl der Artikel an erster Position belegen.

5.2 Vielfalt der Akteure in der Berichterstattung

Die Vielfalt als Qualitätsmerkmal wurde auch auf der Akteursebene operationalisiert. Zu untersuchen war, ob alle relevanten politischen Akteure beachtet und ihre Positionen wiedergegeben wurden. Dafür wurde untersucht, welche politischen Akteure in Zitaten zu Wort kamen. Dies erlaubt eine Aussage darüber, ob politische Akteure dargestellt wurden, die für verschiedene Positionen stehen.

Die Anzahl der Akteure, die in einem Artikel direkt zu Wort kommen, sagt etwas über die Akteursvielfalt der Artikel aus. Hierfür wurden die Zitate der Artikel betrachtet. Es wurde untersucht, wie viele unterschiedliche Akteure zu Wort gekommen sind und ihre Aussagen direkt senden konnten.

Abbildung 10: Anteil der Artikel differenziert nach Vielfalt der zu Wort kommenden Akteursgruppen

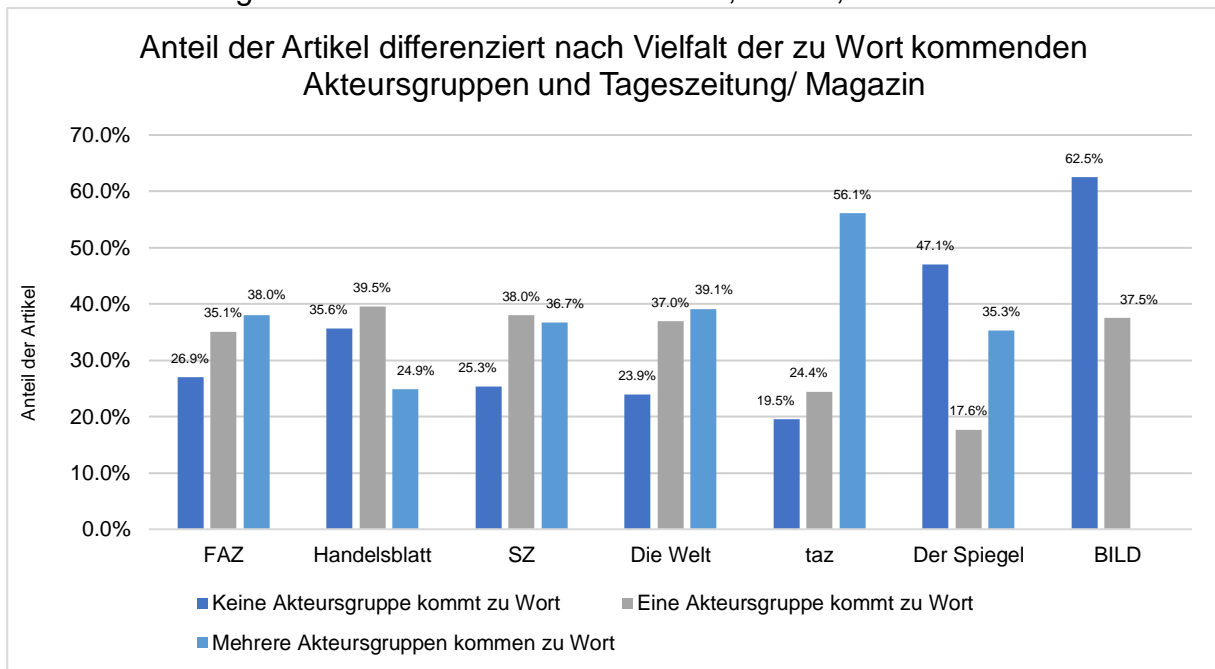


Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, 2018
Quelle: eigene Darstellung.

Dabei wurden kollektive Akteure, wie die italienische Regierung, die EU-Kommission, die EZB und andere Akteure jeweils kollektiv als ein Akteur gezählt, da sie in der Regel für eine Position stehen. Für die folgende Analyse wurde zusammengezählt, wie viele dieser Akteursgruppen in Zitaten in den Artikeln auftraten. Daran ist feststellbar, wie vielfältig die Positionen in Zitaten sein können.

Es zeigt sich, dass in den meisten Artikeln, in denen Akteursgruppen zu Wort kamen, eine Akteursgruppe dargestellt wurde. Eine Akteursgruppe fand sich in 36 Prozent der Artikel. So wurden beispielsweise innerhalb eines Artikels nur Vertreter*innen der EU in Zitaten dargestellt und andere Vertreter*innen nicht. Mehr als eine Akteursgruppe fand sich hingegen in 34,9 Prozent der Artikel. Hier wurden vielfältige Akteure durch Zitate erwähnt. In 29,1 Prozent aller untersuchten Artikel ist kein Akteur zu Wort gekommen. Dies entspricht einer absoluten Artikelanzahl von 199 (vgl. Abbildung 10).

Abbildung 11: Anteil der Artikel differenziert nach Vielfalt der zu Wort kommenden Akteursgruppen und Tageszeitung/ Magazin
 Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, 2018



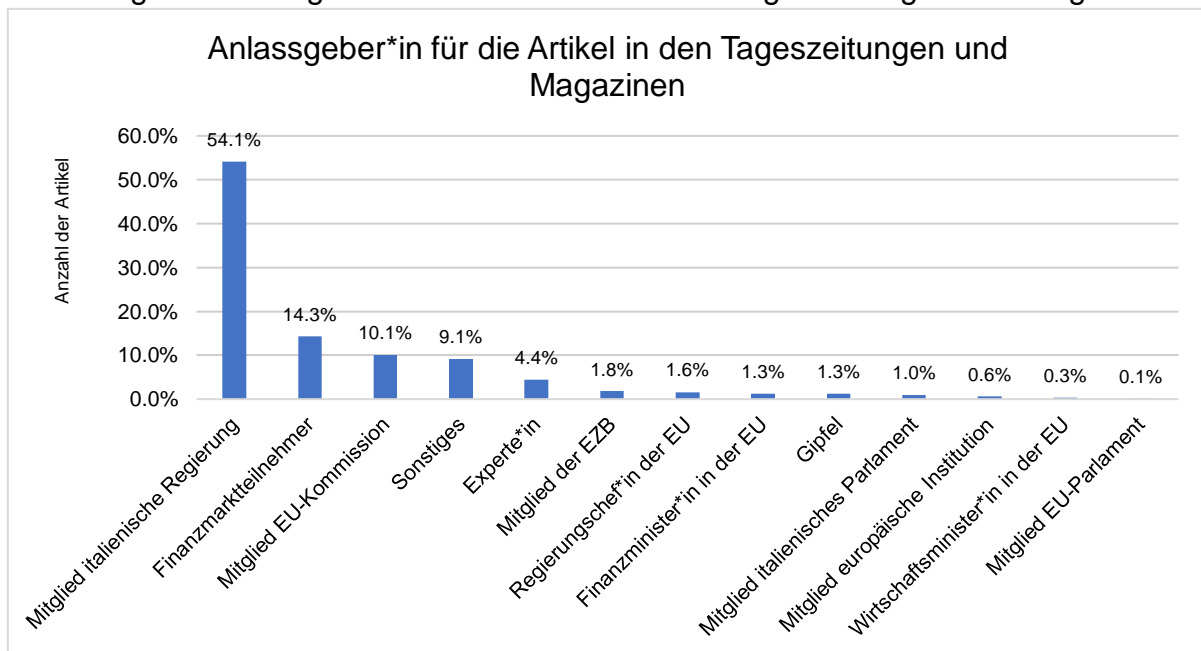
Quelle: eigene Darstellung.

Im Folgenden sollen diese Ergebnisse zwischen den untersuchten Zeitungen vergleichend dargestellt werden.

In der „FAZ“ kamen am häufigsten mehrere Akteursgruppen zu Wort. Das entspricht 38 Prozent aller „FAZ“-Artikel. Dies spricht für Akteursvielfalt bei Zitaten in dieser Zeitung. In „Handelsblatt“ und „SZ“ kam jeweils in der Mehrheit der Artikel eine Akteursgruppe zu Wort. Dies war bei „Handelsblatt“ in 39,5 Prozent, bei „SZ“ in 38 Prozent der Fall. Keine Akteursgruppe fand sich in allen drei Tageszeitungen ähnlich selten: in „FAZ“ in 26,9 Prozent, in „Handelsblatt“ in 35,6 Prozent und in „SZ“ in 25,3 Prozent. In der „taz“ kamen deutlich häufiger mehrere Akteursgruppen zu Wort: In über 50 Prozent der Artikel in „taz“ kamen mehrere Akteursgruppen zu Wort. Dies spricht für Akteursvielfalt in diesen Zeitungen. In „Der Spiegel“ sowie in der „BILD“ war es erheblich häufiger der Fall, dass keine Akteursgruppe zu Wort kam. Dies entspricht 47,1 Prozent in „Der Spiegel“ und 62 Prozent der Artikel in der „BILD“. In keinem der untersuchten Artikel der Boulevardzeitung „BILD“ kamen mehrere Akteursgruppen zu Wort (vgl. Abbildung 11). Dies spricht für geringere Akteursvielfalt in dieser Zeitung. Insgesamt sind fast 80 Prozent der Artikel, in denen mehrere Akteursgruppen zu Wort kamen, „FAZ“, „Handelsblatt“ und „SZ“ zuzuordnen. Über 85 Prozent der Artikel, in denen eine Akteursgruppe zu Wort kam, sind ebenfalls in diesen Zeitungen zu finden.

Dass in dieser Tageszeitung „FAZ“ in der Mehrzahl der Artikel mehrere Akteure zu Wort kamen, lässt auf deren Rezipienten schließen. Diese sind überdurchschnittlich gebildet und demnach an Hintergrundinformationen und vielfältigen Positionen interessiert. „BILD“ gehört zu den Boulevardmedien, bei denen der Anteil an Bildern und plakativen Schlagzeilen überwiegt. Dass in keinem der „BILD“-Artikel mehrere Akteure zu Wort gekommen sind, überrascht nicht, weil deren Rezipienten mit geringerem Bildungsstand einfache Sprache und Informationen mit geringerer Detailtiefe bevorzugen. Als Zwischenfazit kann festgehalten werden, dass die Berichterstattung der Qualitätsmedien von Akteursvielfalt geprägt ist. Ein Vergleich mit den übrigen Tageszeitungen und Magazinen ist aufgrund des großen Unterschieds in der Zahl der untersuchten Artikel nur eingeschränkt möglich: „FAZ“ (245), „BILD“ (8).

Abbildung 12: Anlassgeber*in für die Artikel in den Tageszeitungen und Magazinen



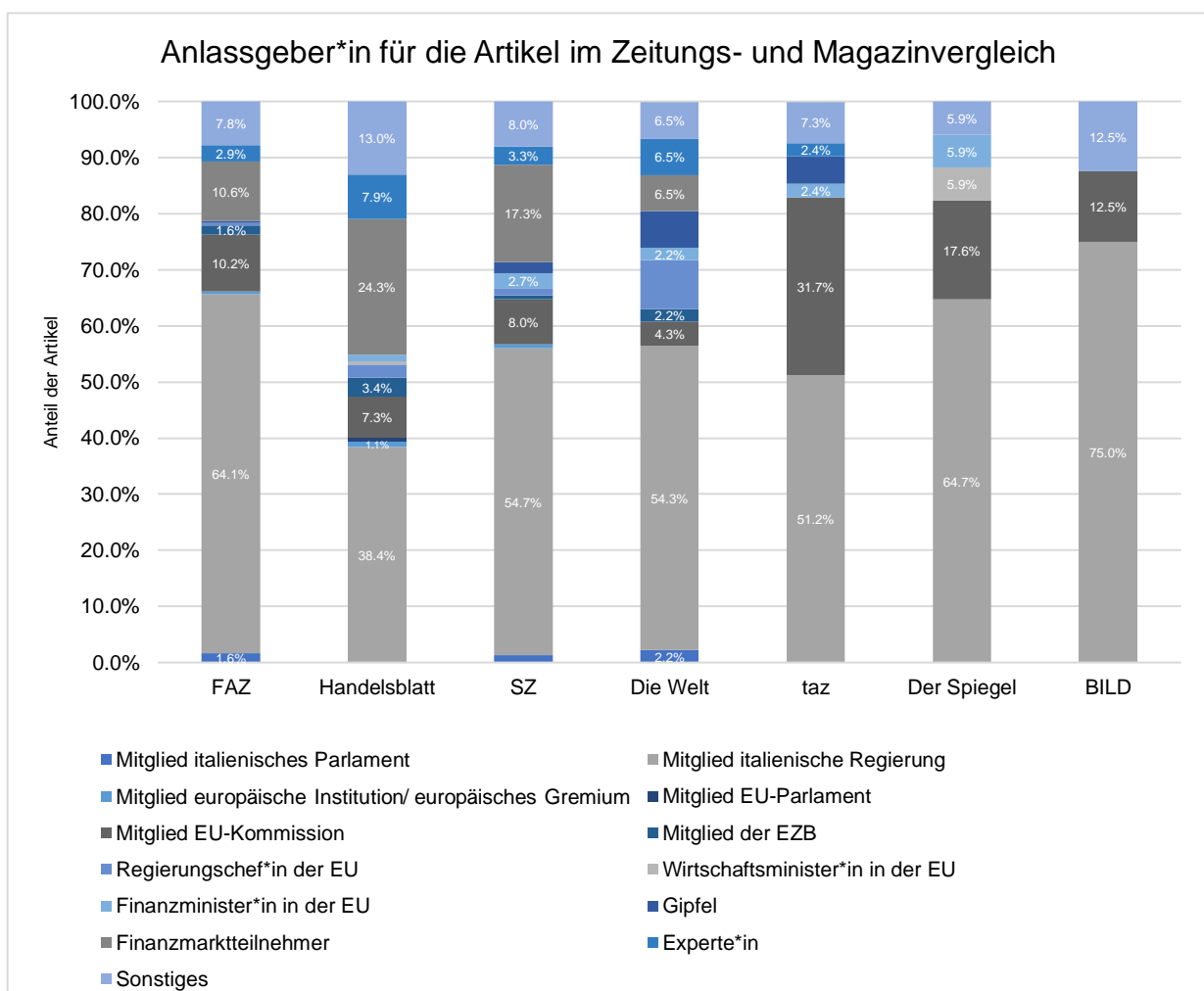
Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, 2018

Quelle: eigene Darstellung.

Diese Abbildung zeigt, wie häufig verschiedene Akteure den Anlass für die untersuchten Artikel über die Wirtschafts- und Finanzpolitik der neuen italienischen Regierung in 2018 in den Tageszeitungen und Magazinen geliefert haben. In den insgesamt 684 Artikeln gibt es 13 verschiedene Anlassgeber*innen. Auffällig ist, dass Mitglieder der italienischen Regierung in 54,1 Prozent aller untersuchten Artikel am häufigsten den Anlass geliefert haben. Dies entspricht einer absoluten Artikelanzahl von 360. Die folgenden drei Akteure sind mit deutlichem Abstand zu Mitgliedern der italienischen Regierung zu Wort gekommen: Finanzmarktteilnehmer*innen in 14,3

Prozent aller Artikel, Mitglieder der EU-Kommission in 10,1 Prozent aller Artikel und Sonstiges in 9,1 Prozent aller Artikel. Die Experten kamen auf 4,4 Prozent. Die restlichen Akteure von Mitgliedern der EU, Regierungschef*innen in der EU, Finanzminister*innen in der EU, dem Gipfel und Mitgliedern des italienischen Parlaments bis hin zu Mitgliedern einer europäischen Institution, Wirtschaftsminister*innen in der EU und Mitgliedern des EU-Parlaments lieferten seltener den Anlass (vgl. Abbildung 12). Dass die italienische Regierung häufiger Anlassgeber*in war, verwundert nicht, weil sie im Mittelpunkt der Diskussion um die Wirtschaftspolitik stand.

Abbildung 13: Anlassgeber*in für die Artikel im Zeitungs- und Magazinvergleich



Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, 2018
Quelle: eigene Darstellung.

Die vorstehende Grafik stellt dar, wie häufig verschiedene Akteure den Anlass für die untersuchten Artikel über die italienische Wirtschafts- und Finanzpolitik in 2018 gegeben haben.

In der „FAZ“ haben Mitglieder der italienischen Regierung mit 64,1 Prozent am häufigsten den Anlass geliefert. Im „Handelsblatt“ betrug deren Anteil 38,4 Prozent. Finanzmarktteilnehmer*innen lieferten dort nach der italienischen Regierung in 24,3 Prozent am häufigsten den Anlass. Mit 54,7 Prozent haben Mitglieder der italienischen Regierung in den meisten Artikeln von „SZ“ den Anlass gegeben.

Im Vergleich zwischen den untersuchten Zeitungen fällt auf, dass die italienische Regierung in jeder Zeitung am häufigsten Anlassgeber war. „Handelsblatt“ ist die einzige Zeitung, bei der die italienische Regierung als Anlassgeber*in mit 38,4 Prozent deutlich unter 50 Prozent lag. Die EU-Kommission lieferte bei allen Zeitungen deutlich seltener den Anlass. Auch verglichen mit den restlichen Zeitungen „Die Welt“, „taz“, „Der Spiegel“ und „BILD“ war die italienische Regierung am häufigsten Anlassgeber*in (vgl. Abbildung 13).

Besondere Beachtung gilt „BILD“, „Der Spiegel“ und „taz“:

In „BILD“ gab es drei verschiedene Anlassgeber*innen, in „Der Spiegel“ fünf und in „taz“ sechs. Im Vergleich dazu ließen sich in „FAZ“, „Handelsblatt“, „Süddeutscher Zeitung“ und „Die Welt“ häufiger jeweils mindestens zehn unterschiedliche Anlassgeber*innen finden (vgl. Abbildung 13). Wenige Anlassgeber*innen und damit auch weniger verschiedene Positionen können dem Rezipienten die eigenständige Meinungsbildung erschweren, da andere Sichtweisen und Standpunkte außer Acht gelassen werden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die italienische Regierung in jeder Zeitung bzw. Magazin am häufigsten den Anlass geliefert hat.

- In „Handelsblatt“ gaben im Vergleich zu den anderen Zeitungen überproportional viele Finanzmarktteilnehmer*innen den Anlass. In „BILD“, in „Der Spiegel“ und „taz“ haben im Vergleich zu „FAZ“, „Handelsblatt“, „Süddeutsche Zeitung“ und „Die Welt“ eher die gleichen Akteure den Anlass geliefert.
- Insgesamt zeigt sich, dass über alle Artikel hinweg die italienische Regierung der mit Abstand prägendste Anlassgeber für die Berichterstattung war. Über alle Zeitungen hinweg lieferte die italienische Regierung in mehr als der Hälfte der Artikel den Artikelanlass.

5.3 Ausgewogenheit in der Berichterstattung

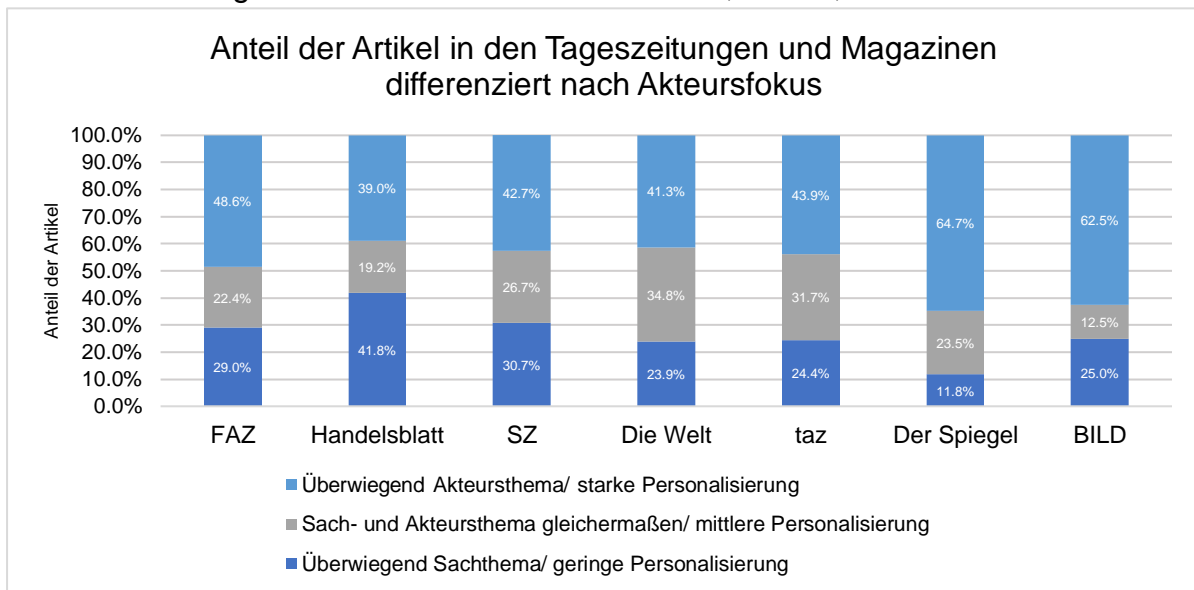
Im Folgenden soll die Ausgewogenheit der Berichterstattung zur Wirtschafts- und Finanzpolitik der italienischen Regierung 2018 in den Zeitungen und Magazinen untersucht werden. Anhand des Auftretens der politischen Akteure kann eine Aussage über die Ausgewogenheit der Zeitungs- und Magazinberichterstattung getroffen werden. Eine ausgewogene Berichterstattung liegt dann vor, wenn alle in der öffentlichen Diskussion vorgetragenen Argumente und Standpunkte berücksichtigt werden und die jeweiligen politischen Akteure, die diese Standpunkte repräsentieren, gleichgewichtig zu Wort kommen. Daher wurde erfasst, wie häufig die italienische Regierung und andere politische Akteure auftraten. Zusätzlich soll anhand der Bewertungsausgewogenheit gezeigt werden, ob Bewertungen dieser Akteure in der Berichterstattung ausgewogen waren. Akteursausgewogenheit und Bewertungsausgewogenheit der Berichterstattung zur Wirtschafts- und Finanzpolitik der italienischen Regierung 2018 werden in den folgenden Abschnitten analysiert.

5.3.1 Akteursausgewogenheit

In den folgenden Abschnitten geht es darum festzustellen, ob die zentralen Akteure in einem gleichgewichtigen Verhältnis in der Berichterstattung zum Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission dargestellt wurden, ob sie in gleichem Verhältnis Aussagen senden konnten und empfangen haben und ob sie in gleichem Umfang durch Zitate zu Wort gekommen sind.

Akteursfokus in der Berichterstattung

Abbildung 14: Anteil der Artikel in den Tageszeitungen und Magazinen differenziert nach Akteursfokus
 Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, 2018



Quelle: eigene Darstellung.

Es wurde erfasst, ob ein Artikel einen Akteur oder ein Sachthema in den Fokus nimmt. In Bezug auf die Personalisierung zeigen sich im Vergleich der Tageszeitungen und Magazine teilweise erhebliche Unterschiede. Der Anteil der starken Personalisierung liegt bei „BILD“ bei 62,5 Prozent und bei „Der Spiegel“ sogar bei 64,7 Prozent. Alle anderen Tageszeitungen liegen mit Prozenten zwischen 39,0 Prozent und 48,6 Prozent nahe beieinander und damit auf ähnlichem Niveau. Eine mittlere Personalisierung erfolgte bei „taz“ mit 31,7 Prozent, bei „Die Welt“ mit 34,8 Prozent und bei „SZ“ mit 26,7 Prozent auf einem in etwa gleichem Niveau. Die „BILD“ liegt mit 12,5 Prozent bei der mittleren Personalisierung am niedrigsten. Werte zwischen 19,2 Prozent und 23,5 Prozent sind bei „Handelsblatt“, „FAZ“ und „Der Spiegel“ zu finden. Eine geringe Personalisierung und damit Konzentration auf das Sachthema mit 41,8 Prozent ist bei „Handelsblatt“ vorzufinden. Bei „Der Spiegel“ lässt sich der niedrigste Wert bei der geringen Personalisierung mit 11,8 Prozent feststellen. Im mittleren Feld der geringen Personalisierung liegen „FAZ“, „SZ“, „taz“, „Die Welt“ und „BILD“ mit Werten zwischen 23,9 Prozent und 30,7 Prozent (vgl. Abbildung 14).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass bei den meisten untersuchten Artikeln eine starke oder mittlere Personalisierung vorzufinden ist.

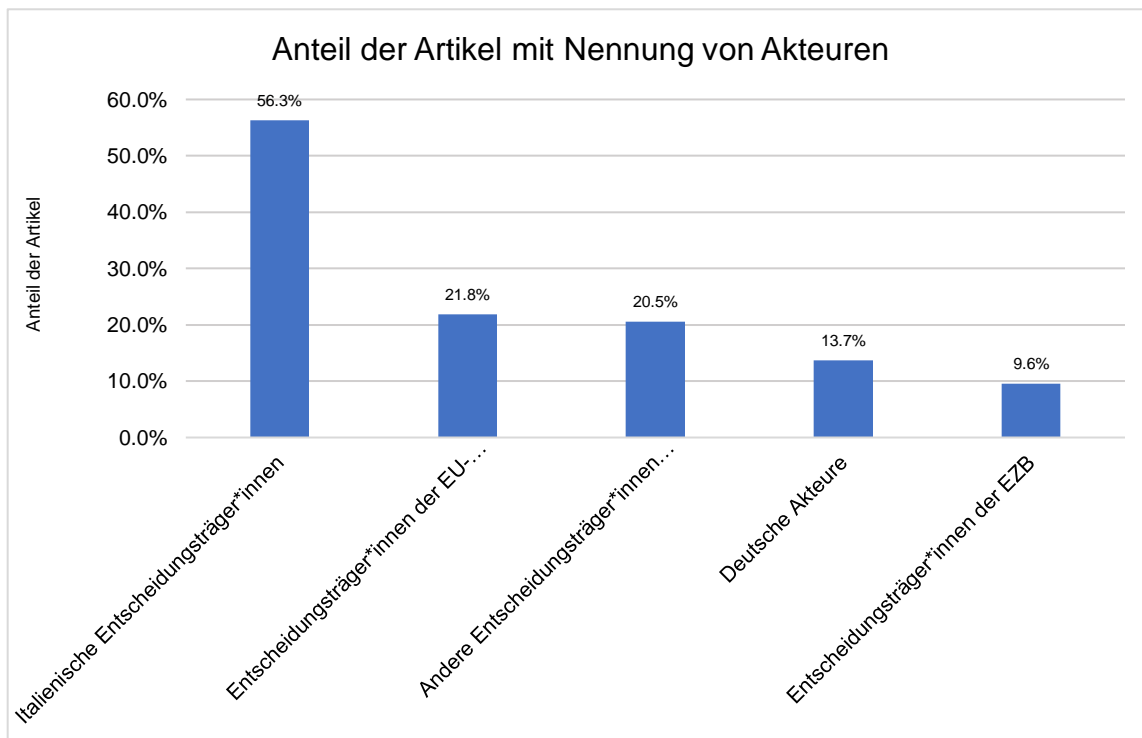
- Wie zu erwarten fand sich besonders bei der Boulevardzeitung „BILD“ eine starke Personalisierung. Bei „Der Spiegel“ fand eine noch häufigere starke Personalisierung, mit dem Fokus auf dem Akteur, statt. Der Anteil der Artikel mit

starker Personalisierung in den restlichen Tageszeitungen war geringer als bei „BILD“ und „Der Spiegel“. Insgesamt fand bei den wenigsten Artikel eine geringe Personalisierung statt.

Ausgewogenheit der Nennung und Darstellung von Akteuren

Im Folgenden soll nun dargestellt werden, wie hoch der Anteil der Artikel mit einer Darstellung von Akteuren – gemessen an der Gesamtzahl der Artikel – ist, um im weiteren Verlauf aufzuzeigen, wie häufig politische Akteure in den Artikeln namentlich genannt und wie häufig sie zitiert wurden. Die Analyse soll Aufschluss über die Ausgewogenheit der Berichterstattung zum Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission.

Abbildung 15: Anteil der Artikel mit Nennung von Akteuren

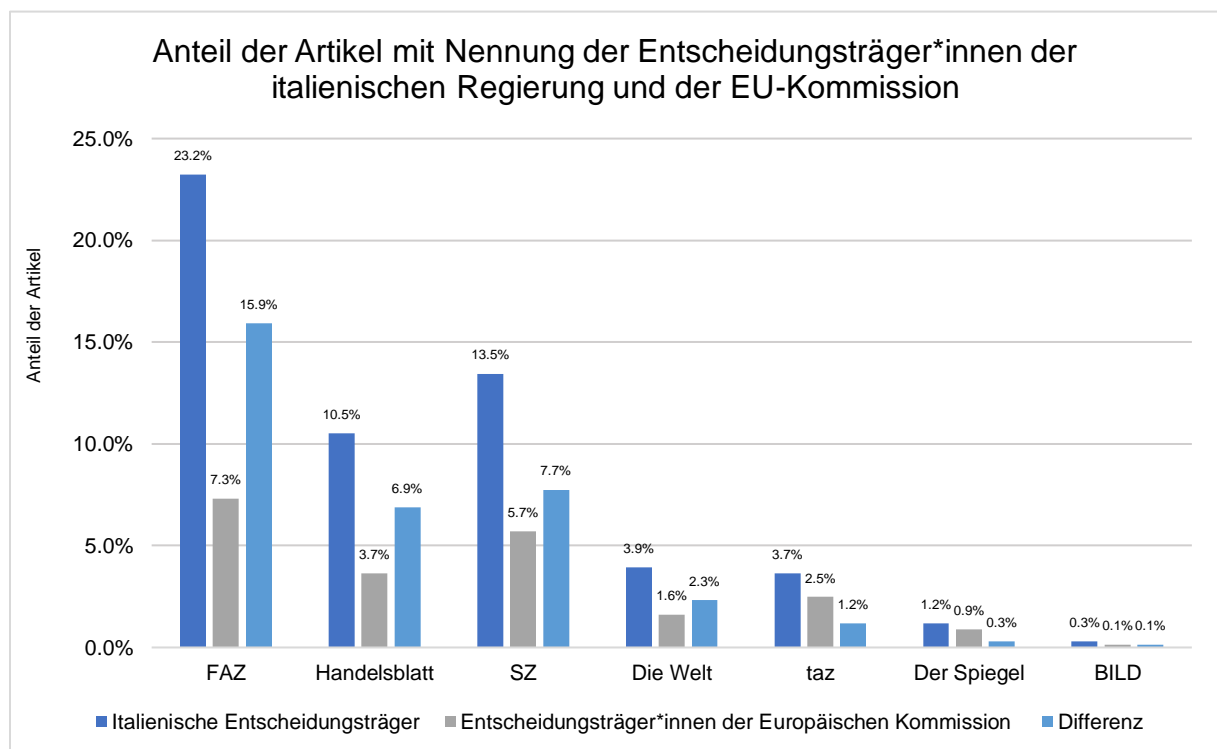


Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, 2018
Quelle: eigene Darstellung.

Akteure der italienischen Regierung und der Europäischen Kommission wurden in den untersuchten Artikeln am häufigsten genannt. Es liegen aber deutliche Unterschiede hinsichtlich der Häufigkeit vor. Über alle Artikel hinweg wurde die italienische Regierung mit Ministerpräsident Giuseppe Conte, Wirtschafts- und Finanzminister Giovanni Tria, Lega-Nord-Parteichef Matteo Salvini und Parteichef der Fünf-Sterne-

Bewegung Luigi Di Maio in insgesamt 56,3 Prozent aller Artikel genannt. Demgegenüber war die Europäische Kommission mit Präsident Jean-Claude Juncker und EU-Kommissar für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten Pierre Moscovici mit 21,8 Prozent deutlich seltener in der Berichterstattung vertreten. Dahinter folgen mit 20,5 Prozent der Artikel andere Entscheidungsträger (ohne Deutsche) und mit 13,7 Prozent deutsche Akteure. Die Entscheidungsträger der EZB wurden mit 9,6 Prozent in der Berichterstattung am seltensten benannt (vgl. Abbildung 15).

Abbildung 16: Anteil der Artikel mit Nennung der Entscheidungsträger*innen der italienischen Regierung und der EU-Kommission



Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, 2018

Quelle: eigene Darstellung.

Hinsichtlich einer Differenzierung nach dem Medium lässt sich feststellen, dass die „FAZ“ italienische Entscheidungsträger*innen mit 23,2 Prozent aller Artikel am häufigsten benannte, während „Handelsblatt“ bei 10,5 Prozent und „SZ“ bei 13,5 Prozent lagen. Bei „Die Welt“ lag der Anteil bei 3,9 Prozent in etwa gleich mit „taz“ mit 3,7 Prozent. Sehr viel niedriger liegen die Werte beim Magazin „Der Spiegel“ mit 1,2 Prozent und der Boulevardzeitung „BILD“ mit 0,3 Prozent. Entscheidungsträger*innen der Europäischen Kommission wurden in allen untersuchten Artikeln seltener als die italienische Regierung genannt. So wurden Entscheidungsträger*innen der Europäischen Kommission bei „FAZ“ nur in 7,3 Prozent, bei „Handelsblatt“ nur in 3,7

Prozent und bei „SZ“ nur in 5,7 Prozent aller Artikel genannt. Erneut auf den letzten Plätzen liegen „Die Welt“ mit 1,6 Prozent, „taz“ mit 2,5 Prozent, „Der Spiegel“ mit 0,9 Prozent und „BILD“ mit 0,1 Prozent (vgl. Abbildung 16).

Dies verdeutlicht, dass die italienischen Entscheidungsträger*innen in allen untersuchten Tageszeitungen und Magazinen häufiger in deren Artikeln benannt wurden. Die Differenz hingegen ist bei allen Tageszeitungen und Magazinen unterschiedlich hoch. Die größte Differenz weist „FAZ“ mit 15,9 Prozent auf. Die geringste Differenz weisen „Der Spiegel“ mit 0,3 Prozent und „BILD“ mit 0,1 Prozent auf.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Entscheidungsträger*innen der italienischen Regierung häufiger Gegenstand der Berichterstattung waren als andere Akteure.

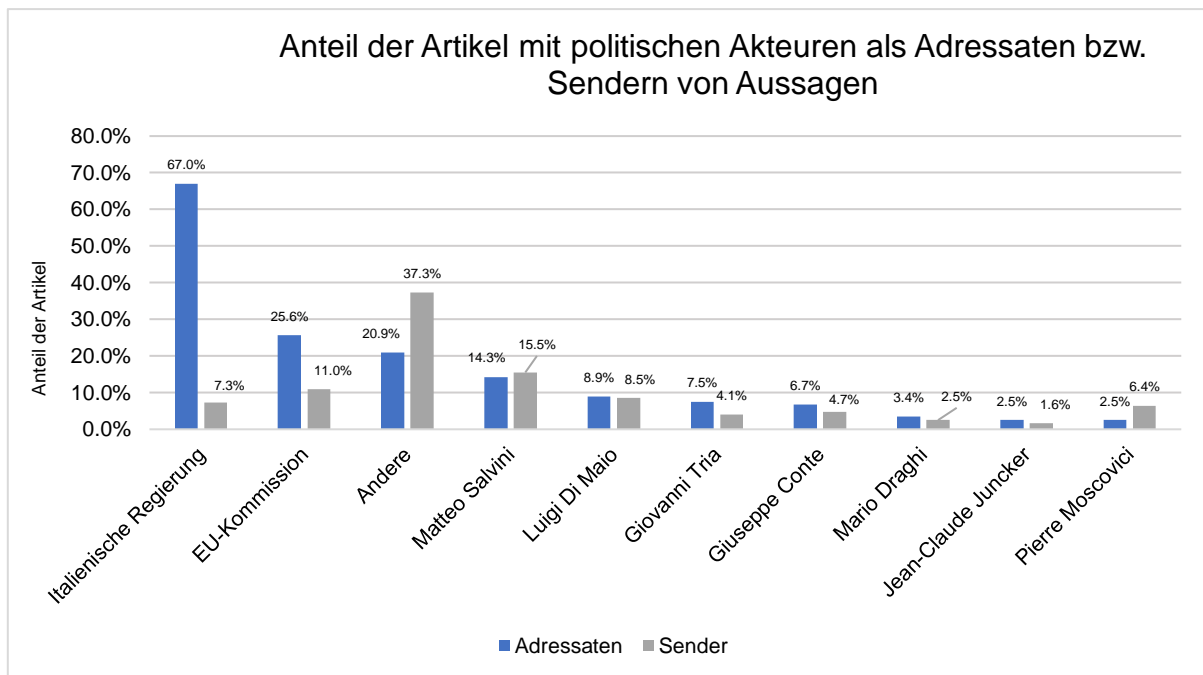
- Über die Entscheidungsträger*innen der Europäischen Kommission wurde demzufolge insgesamt weniger in den Artikeln berichtet. Auffällig ist hierbei, dass die Differenz bei „FAZ“ deutlich größer ist als bei „Handelsblatt“ oder „SZ“.

Ausgewogenheit der Akteure als Adressaten und Sender von Aussagen

Innerhalb der untersuchten Artikel werden aber auch Aussagen über kollektive und individuelle Akteure getroffen, welche im Folgenden Attribuierungen genannt werden. Gemeint sind hier Aussagen von Akteuren über Akteure, wie z. B. Zuschreibungen von Ursachen und Wirkungen oder Wertungen von politischen Akteuren. Im Folgenden wird gefragt, ob diese Adressierungen ausgewogen in der Berichterstattung zum Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission waren.

Erfasst wurden in der vorliegenden Forschungsarbeit Attribuierungen, die durch Direkt-Zitate, aber auch durch indirekte Zitate erfolgten. Dies geschah für die italienische Regierung und die Europäische Kommission im Allgemeinen als auch im Speziellen, sowie für den ehemaligen EZB-Chef Mario Draghi. Das heißt, die Artikel wurden auch hinsichtlich Attribuierungen einzelner politischer Akteure untersucht. Darüber hinaus wurden diese Attribuierungen auch für andere politische Akteure analysiert, worunter u. a. Vertreter*innen der Eurogruppe, der Europäischen Zentralbank, des Internationalen Währungsfonds und Vertreter*innen von Parlamenten fallen. Die gewonnenen Daten sollen im Folgenden dargestellt werden.

Abbildung 17: Anteil der Artikel mit politischen Akteuren als Adressaten bzw. Sendern von Aussagen



Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, 2018

Quelle: eigene Darstellung.

Die italienische Regierung war mit Abstand häufigster Attribuierungsadressat. Bei 67 Prozent der Artikel wurden von anderen Akteuren Aussagen über sie getroffen, welche sich aber vielfach auf sie im Allgemeinen beschränkten. In 14,3 Prozent der Artikel wurden auch Aussagen über Innenminister und Stellvertreter des Präsidenten des Ministerrats Matteo Salvini getroffen und in 8,9 Prozent der Artikel beinhalteten Attribuierungen von Minister und Stellvertreter des Präsidenten des Ministerrats Luigi Di Maio. Am wenigsten ließen sich Attribuierungen des italienischen Ministerpräsidenten Giuseppe Conte finden.

Attribuierungen der Europäischen Kommission ließen sich gegenüber solchen der italienischen Regierung erheblich seltener finden. Nur 25,6 Prozent der Artikel beinhalteten Aussagen von Akteuren über die europäische Kommission. Personenbezogen wurde EU-Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker in 2,5 Prozent der Artikel attribuiert, Kommissar für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten Pierre Moscovici mit ebenfalls 2,5 Prozent gleich oft.

Betrachtet man dem gegenübergestellt, wer in den untersuchten Artikeln Aussagen über andere Akteure traf, fällt auf, dass die italienische Regierung nur in 7,5 Prozent der Artikel als Sender von Attributionen auftrat. Während in 67 Prozent der Artikel über

die italienische Regierung Aussagen getroffen wurden, trat sie erheblich seltener als Sender auf.

Hier zeigt sich ein Ungleichgewicht. Bei der EU-Kommission findet sich ein solch extremes Ungleichgewicht nicht: Sie trat in 11 Prozent der Artikel als Sender auf, während sie in 25,6 Prozent der Artikel adressiert wurde. Die Diskrepanz ist erheblich geringer.

Bei den individuellen Akteuren trat Matteo Salvini am häufigsten als Sender auf, nämlich in 15,5 Prozent der Artikel. Am zweithäufigsten, in 8,5 Prozent der Artikel, wurden Attributionen von Luigi Di Maio in den Artikeln genannt. Er war somit gleich oft Sender sowie Adressat. Giovanni Tria sendete in 4,1 Prozent und Giuseppe Conte in 4,7 Prozent der Artikel Attributionen aus. Andere Akteure waren in 37,3 Prozent der Artikel Sender von Aussagen (vgl. Abbildung 17). Diese Gruppe wurde nicht näher erfasst. Hierzu zählen beispielsweise alle anderen europäischen Akteure, Oppositionspolitiker*innen und Vertreter*innen der deutschen Regierung.

Tabelle 3: Anteile der Beiträge mit Attribuierungen von politischen Akteuren

		Attributionssender									
		Italienische Regierung	Matteo Salvini	Luigi Di Maio	Giuseppe Conte	Giovanni Tria	EU-Kommission	Jean-Claude Juncker	Pierre Moscovici	Mario Draghi	Ander e
Attributionsadressaten	Italienische Regierung	6,4%	12,0%	6,4%	3,7%	3,5%	10,8%	1,6%	6,3%	2,3%	34,6%
	Matteo Salvini	1,9%	6,6%	3,2%	1,8%	1,0%	1,3%	0,3%	1,2%	0,4%	7,3%
	Luigi Di Maio	1,8%	4,1%	3,4%	1,2%	0,9%	1,0%	0,6%	1,0%	0,6%	4,2%
	Giuseppe Conte	1,0%	2,5%	1,5%	1,8%	0,3%	1,2%	0,4%	0,6%	0,1%	3,1%
	Giovanni Tria	1,0%	2,8%	2,5%	0,9%	1,8%	1,2%	0,3%	1,2%	0,4%	3,5%
	EU-Kommission	5,0%	10,4%	5,4%	3,4%	2,2%	5,0%	0,7%	3,4%	0,9%	11,8%
	Jean-Claude Juncker	0,3%	1,9%	0,3%	0,3%	0,0%	0,4%	0,3%	0,0%	0,0%	1,2%

Pierre Moscovici	0,6%	1,5%	0,7%	0,1%	0,3%	0,6%	0,0%	0,3%	0,0%	0,7%
Mario Draghi	0,6%	1,2%	1,0%	0,3%	0,3%	0,4%	0,1%	0,4%	1,6%	2,2%
Andere	3,1%	6,3%	3,2%	2,0%	1,8%	1,5%	0,3%	1,5%	0,6%	13,2%

Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, Mehrfachantworten, 2018
Quelle: eigene Darstellung

Beim Blick darauf, wessen Attributionssendungen und -adressierungen zusammenfallen, fällt auf, dass die italienische Regierung häufig Aussagen empfing, wenn sie auch sendete. Dies ist in 6,4 Prozent der Artikel der Fall. Am häufigsten unter den näher bestimmten Akteuren – in 12 Prozent der Artikel – trafen der Innenminister Matteo Salvini als Sender und die italienische Regierung als Adressat zusammen. Die Gruppe der anderen Akteure trat, mit Ausnahme von Jean-Claude Juncker und Pierre Moscovici, bei allen Adressaten am häufigsten als Sender auf. Während die italienische Regierung am häufigsten als Sender und als Adressat gleichzeitig auftrat, was auch für Matteo Salvini und den Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Arbeits- und Sozialpolitik Luigi Di Maio in Bezug auf die italienische Regierung gilt, trat die europäische Kommission dann am häufigsten als Sender auf, wenn die italienische Regierung adressiert wurde. Dieses Phänomen ist auch bei EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und EU-Wirtschafts- und Finanzkommissar Pierre Moscovici als Sender feststellbar (vgl. Tabelle 3).

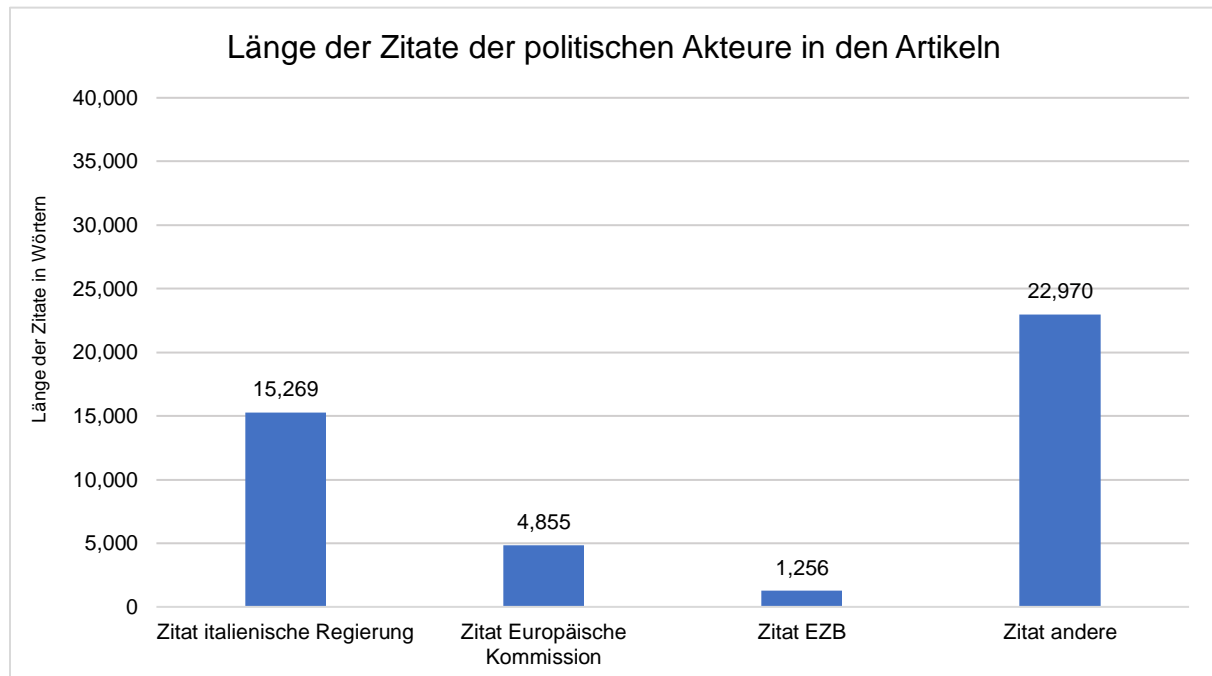
Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Berichterstattung hinsichtlich der Akteure als Adressaten und Sender von Aussagen nicht ausgewogen war.

- Die italienische Regierung wurde häufig durch Aussagen anderer Akteure adressiert. Aber deutlich seltener wurden Aussagen der italienischen Regierung in den untersuchten Artikeln gesendet.
- Eine Diskrepanz fand sich bei der Europäischen Kommission zwar ebenfalls, allerdings in einem nicht so ausgeprägten Maß: Aussagen über sie wurden in etwa doppeltem Umfang gesendet wie Aussagen von ihr. Dies spricht für eine fehlende Ausgewogenheit der Berichterstattung in der Berichterstattung zum Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission.

Ausgewogenheit des Umfangs der Zitate von Akteuren

Im folgenden Abschnitt geht es darum festzustellen, ob die zentralen Akteure in gleichem Umfang in Zitaten in der Berichterstattung zur Wirtschafts- und Finanzpolitik der italienischen Regierung 2018 zu Wort gekommen sind.

Abbildung 18: Länge der Zitate der politischen Akteure in den Artikeln



Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=485, 2018

Quelle: eigene Darstellung.

Politische Akteure sendeten Aussagen zur italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik in den Artikeln der untersuchten Zeitungen auch durch Zitate in Form von direkter und indirekter Rede. Die Frage ist, ob die unterschiedlichen Akteure in einem ausgewogenen Verhältnis in der Berichterstattung zur Wirtschafts- und Finanzpolitik der italienischen Regierung 2018 zu Wort kamen.

Insgesamt kamen in 485 Artikeln einzelne Akteure durch Zitate hinsichtlich der italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik zu Wort. Das entspricht 70,9 Prozent aller Artikel. Insgesamt wurde im Untersuchungszeitraum eine Zitatlänge von 44.350 Wörtern gezählt.

Die Aufteilung dieser Zitatlängen auf die einzelnen politischen Akteure war jedoch sehr unterschiedlich: Die italienische Regierung kam mit 15.269 Wörtern zu Wort, während die EU-Kommission mit nur 4.855 Wörtern in den untersuchten Zeitungen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik der italienischen Regierung 2018 zitiert wurde. Zur italienischen Regierung gehörten beispielsweise der italienische Ministerpräsident Giuseppe Conte und der Parteichef der Lega Nord Matteo Salvini sowie der Parteichef

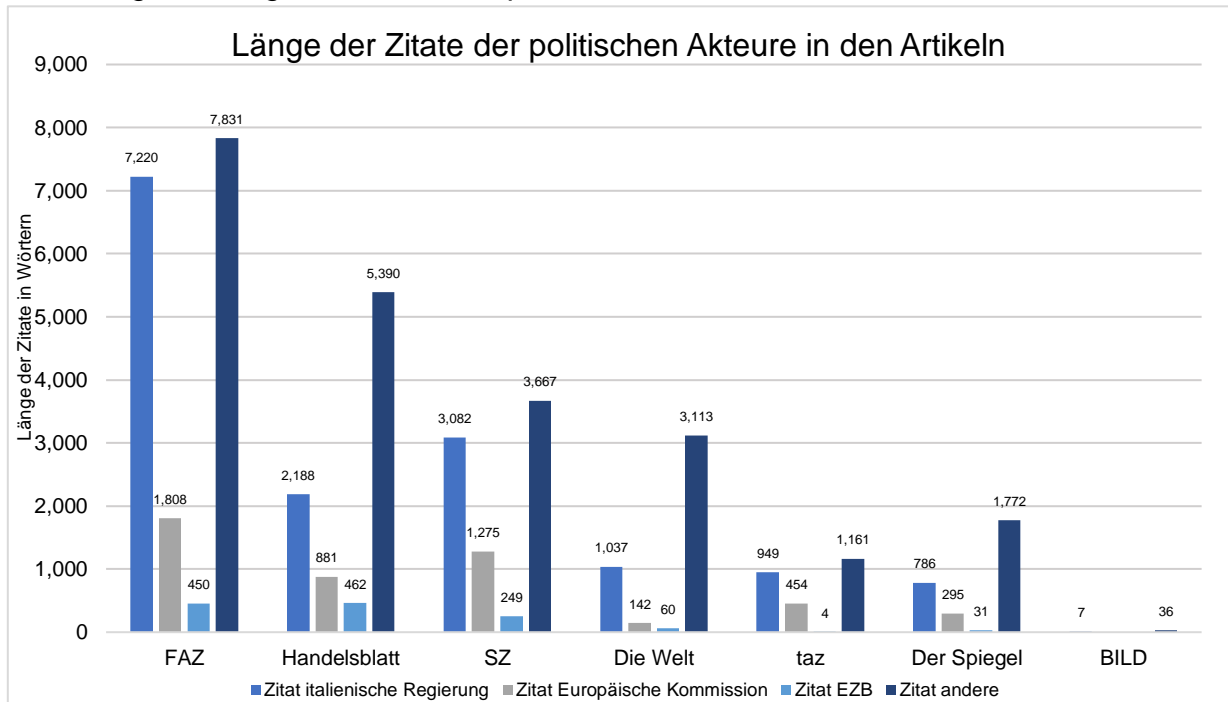
der Fünf-Sterne-Bewegung Luigi Di Maio. Mitglieder der EU-Kommission waren zum Beispiel der ehemalige Präsident Jean-Claude Juncker oder Franz Timmermans, der exekutive Vizepräsident. Vertreter*innen der EZB, darunter der ehemalige EZB-Präsident Mario Draghi, der EZB-Vizepräsident Luis Guindos und der EZB-Rat gezählt wurden, kamen mit einer Zitatlänge von 1.256 Wörtern zu Wort. Alle anderen Akteure, z. B. Finanzmarktteilnehmer*innen und Expert*innen, wurden zusammengezählt mit 22.970 Wörtern zitiert (siehe Abbildung 18).

Es zeigt sich, dass die Zitate anderer Akteure, z. B. der deutsche Finanzminister Olaf Scholz, die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Staatspräsident Emmanuel Macron sowie die Opposition in Italien, mit Abstand mehr Raum einnahmen. So wurden beispielsweise innerhalb der Artikel andere Akteure mit mehr Wörtern zitiert als Mitglieder der italienischen Regierung. Der Anteil der Zitate anderer Akteure macht 51,8 Prozent des Gesamtumfangs aus. Zitate von Europäischer Kommission und EZB waren im Vergleich im Umfang am geringsten.

Der Anteil der italienischen Regierung am Gesamtzitatumfang lag bei 34,4 Prozent, der der EU-Kommission bei gerade einmal 10,9 Prozent. Die untersuchten Zeitungen räumten demnach in ihrer Berichterstattung Zitaten der italienischen Regierung erheblich mehr Raum ein als der EU-Kommission (vgl. Abbildung 18 und Anhang 2). Dies liegt möglicherweise an den oft provokativen Äußerungen der italienischen Regierung gegenüber der EU-Kommission: So zum Beispiel der italienische Innenminister Matteo Salvini zu seinem Haushaltsentwurf: „Da ist ein Brief aus Brüssel gekommen? Na gut, wir warten auf Post vom Weihnachtsmann.“ Die Kommission in Brüssel bestehe halt aus ‚Schreibwütigen, die ihre Zeit damit verbringen, Briefchen zu schreiben, die sie allerdings nicht schrieben, als die Staatshaushalte Schaden im Land anrichteten“ (Braun 2018: 9). Die Auswahl der Zitat-Geber*innen war demnach weitestgehend vielfältig über die Artikel hinweg, in ihrem Umfang jedoch nicht ausgewogen.

Dies zeigt sich auch in der durchschnittlichen Länge der Zitate der verschiedenen politischen Akteure. Im Durchschnitt kam die italienische Regierung pro Zeitung, in der sie mit Zitaten vertreten war, mit etwa 50 Wörtern zu Wort, die EU-Kommission mit etwa 37 Wörtern. Auch Vertreter*innen der EZB (EZB-Präsident Mario Draghi, EZB-Vizepräsident Luis Guindos, EZB- Rat) und andere politische Akteure durften im Durchschnitt länger sprechen. Vertreter*innen der EZB mit etwa 36 Wörtern, andere Akteure sogar mit etwa 72 Wörtern (vgl. Anhang 2).

Abbildung 19: Länge der Zitate der politischen Akteure in den Artikeln



Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=485, 2018

Quelle: eigene Darstellung.

Im Vergleich zwischen den untersuchten Tageszeitungen und Magazinen zeigen sich Unterschiede. Einzeln wurden die vier Akteursgruppen in 246 Artikeln hinsichtlich der italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik zitiert.

Es wird deutlich, dass in „FAZ“ die italienische Regierung und andere Akteure am längsten zitiert werden. Dies ist bei der italienischen Regierung mit 7.220 Wörtern der Fall, bei anderen Akteuren mit 7.831 Wörtern. In „Handelsblatt“ ist es erheblich häufiger der Fall, dass andere Akteure mit einer Länge von 5.290 Wörtern am längsten zu Wort kommen. In „SZ“ sind Zitate anderer Akteure ebenfalls am längsten. Dies ist in 3.667 Wörtern der Fall.

Im Vergleich zwischen den untersuchten Zeitungen fällt auf, dass in „FAZ“ die italienische Regierung mit 7.220 Wörtern länger zu Wort gekommen ist als in „Handelsblatt“ und „SZ“. In „Handelsblatt“ wurden für Zitate der italienischen Regierung 2.188 Wörter gezählt, in „SZ“ 3.082 Wörter. „FAZ“, „Handelsblatt“ und „SZ“ haben die EU-Kommission erheblich länger zu Wort kommen lassen als „Die Welt“, „taz“, „Der Spiegel“ und „BILD“. „FAZ“ und „SZ“ unterscheiden sich im Ungleichgewicht der Zitatlängen zwischen italienischer Regierung und EU-Kommission demnach kaum.

Generell ist in allen untersuchten Zeitungen bei den ermittelten Zitatlängen ein einheitliches Muster festzustellen: Den größten Zitatumfang hatten andere Akteure, gefolgt von der italienischen Regierung und dann der EU-Kommission. Den geringsten Umfang hatte die EZB. Im „Handelsblatt“ kommt die EZB mit einer Länge von 462 Wörtern am längsten zu Wort, gefolgt von der „FAZ“ mit 450 Wörtern. Dies verwundert nicht, da „Handelsblatt“ als Wirtschafts- und Finanzzeitung häufiger die EZB zitierte (vgl. Abbildung 19 und Anhang 3).

Größere Unterschiede zeigten sich bei „BILD“. Die italienische Regierung, die im Mittelpunkt der Diskussion um die Wirtschafts- und Finanzpolitik stand, kam mit insgesamt sieben Wörtern im Vergleich zu allen anderen Zeitungen sehr kurz zu Wort. Die Europäische Kommission wurde in „BILD“ nicht zitiert (vgl. Abbildung 19 und Anhang 3). Das verwundert nicht, da von „BILD“ lediglich drei Artikel mit Zitaten in die Untersuchung eingingen.

Das gleiche Bild zeigte sich auch an den durchschnittlichen Längen der Zitate. Zwischen „FAZ“, „Handelsblatt“ und „SZ“ unterschieden sich die durchschnittlichen Zitatlängen kaum: Während die italienische Regierung in „FAZ“ im Durchschnitt mit etwa 54 Wörtern zu Wort kam, sind es in „Handelsblatt“ etwa 45, in „SZ“ etwa 43. Während die EU-Kommission in der „FAZ“ im Durchschnitt 43 Wörter sprechen konnte, sind es in „SZ“ 38 Wörter. Auch bei den restlichen Zeitungen setzt sich das Verhältnis der durchschnittlichen Zitatlängen zwischen italienischer Regierung und EU-Kommission ähnlich fort. Bei Vertreter*innen der EZB und bei anderen Akteuren wurden zwischen den Zeitungen, mit Ausnahme von „Handelsblatt“, wenige Unterschiede beim Zitat-Einsatz von Akteuren gemacht. Die durchschnittliche Länge der Zitate der EZB lag bei allen Zeitungen bei bis zu 24 Wörtern. „Handelsblatt“ lässt die EZB mit einer durchschnittlichen Länge von etwa 58 Wörtern zu Wort kommen und hebt sich somit von den anderen Zeitungen ab. Auch „Der Spiegel“ unterscheidet sich vom Rest: Andere Akteure wurden in „Der Spiegel“ im Durchschnitt mit etwa 197 Wörtern zitiert. „Der Spiegel“ ließ andere Akteure also wesentlich länger zu Wort kommen als die italienische Regierung oder die EU-Kommission (vgl. Anhang 3).

Zusammenfassend kann nach der Analyse der Zitate der Akteure festgehalten werden, dass die Anteile der zentralen Akteure an Zitaten in Artikeln zur italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik unausgewogen waren.

- Die EU-Kommission kam im Vergleich zu anderen Akteuren in „FAZ“, „Handelsblatt“ und „SZ“ seltener zu Wort.

- Die italienische Regierung war in allen Zeitungen erheblich präsenter. Mehr als ein Drittel aller Zitate lassen sich der italienischen Regierung zuordnen. Dies liegt möglicherweise an den häufig zitierten provokanten Aussagen der italienischen Regierung.
- Andere Akteure wurden hinsichtlich der italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik am häufigsten zitiert. In der Hälfte aller Zitate äußerten sich andere Akteure wie die deutsche Regierung am häufigsten zur italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik.
- Dies spricht für ein fehlendes Gleichgewicht bei der Behandlung von zentralen Akteuren und für eine Unausgewogenheit bei den Zitatlängen.

5.3.2 Bewertungsausgewogenheit

In den folgenden Abschnitten soll dargestellt werden, wie das Verhältnis der Bewertung der italienischen Regierung und der EU-Kommission hinsichtlich der Häufigkeit von Bewertungen und deren Tonalität in der Berichterstattung zur italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik war. Untersucht wurden Wertungen allgemein, durch Journalist*innen, durch Aussagen von Akteuren und durch Zitate.

Ausgewogenheit der Wertungen in den Zeitungen und Magazinen

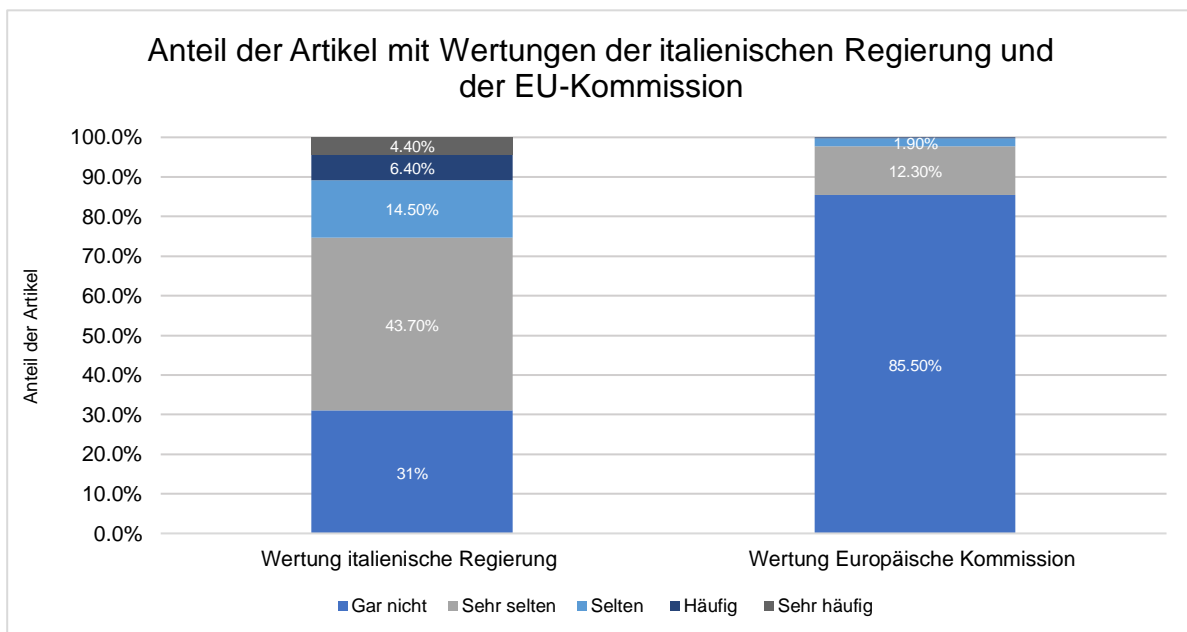
In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse hinsichtlich der Wertungen, die in den untersuchten Artikel zum Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission vorgenommen wurden, präsentiert. Dabei geht es um die Frage, wie oft und mit welcher Ausprägung die italienische Regierung und die EU-Kommission sowie deren Entscheidungsträger*innen mit wertenden Adjektiven, Verben und Substantiven belegt wurden.

Ein ausgeglichenes Verhältnis bezüglich der Häufigkeit der Bewertung der italienischen Regierung sowie der EU-Kommission und hinsichtlich der Tonalität der Bewertungen wird als Voraussetzung für eine ausgewogene Berichterstattung angesehen. Damit von einer ausgewogenen Berichterstattung gesprochen werden kann, muss also ein ausgeglichenes Verhältnis von positiven und negativen Wertungen vorliegen. Auch sollten sich Pro- und Contra-Wertungen über alle Artikel hinweg die Waage halten, sodass Wertungen als ausgewogen betrachtet werden können. Beide Aspekte sollen hier berücksichtigt werden. Sie sollten zudem die

italienische Regierung und die EU-Kommission in gleichem Umfang betreffen, also beide Akteure in gleichgewichtigem Umfang bewerten.

Insgesamt wurden in 69,9 Prozent aller Artikel, was absolut einer Artikelanzahl von 478 entspricht, zur italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik über alle Darstellungsformen hinweg Wertungen der italienischen Regierung und/ oder der EU-Kommission vorgenommen. In 98,7 Prozent dieser Artikel wurde die italienische Regierung bewertet, während die EU-Kommission in nur 20,7 Prozent der Fälle bewertet wurde. Insgesamt wurde die italienische Regierung also in 69 Prozent der 684 Artikel bewertet, die EU-Kommission in lediglich 14,5 Prozent aller Artikel (vgl. Anhang 4).

Abbildung 20: Anteil der Artikel mit Wertungen der italienischen Regierung und der EU-Kommission



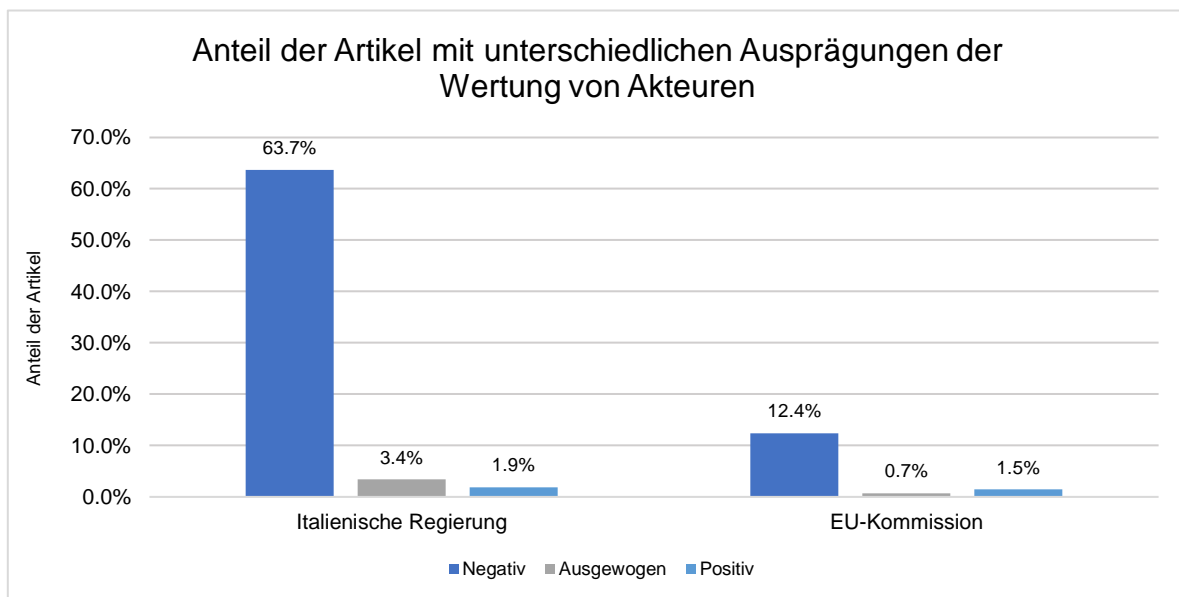
Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, 2018

Quelle: eigene Darstellung.

Die im folgenden Abschnitt dargestellten Ergebnisse zeigen, dass die italienische Regierung und die EU-Kommission sowie deren Entscheidungsträger*innen innerhalb der untersuchten Artikel in unterschiedlicher Intensität mit wertenden Attributen belegt wurden. Um das Ausmaß der Wertungen verdeutlichen zu können, wurde eine Skala errichtet, die sich von 1 (gar nicht) über 2 (sehr selten), 3 (selten), 4 (häufig) bis 5 (sehr häufig) ausdehnt. So lässt sich feststellen, dass der Anteil der Artikel, die Wertungen in Bezug auf die italienische Regierung aufweisen, höher als der Anteil der Artikel mit Wertungen ist, die die EU-Kommission betreffen.

Über alle Darstellungsformen hinweg wurde die italienische Regierung in 31 Prozent der untersuchten Artikel gar nicht, in 43,6 Prozent sehr selten, in 14,6 Prozent selten, in 6,4 Prozent häufig und in 4,4 Prozent sehr häufig bewertet. Im Gegensatz dazu wurde die EU-Kommission in 85,4 Prozent der Fälle gar nicht, in 12,4 Prozent sehr selten und in 1,9 Prozent selten bewertet. Demnach wurde die italienische Regierung in den Tageszeitungen und Magazinen öfters bewertet als die EU-Kommission (vgl. Abbildung 20).

Abbildung 21: Anteil der Artikel mit unterschiedlichen Ausprägungen der Wertung von Akteuren

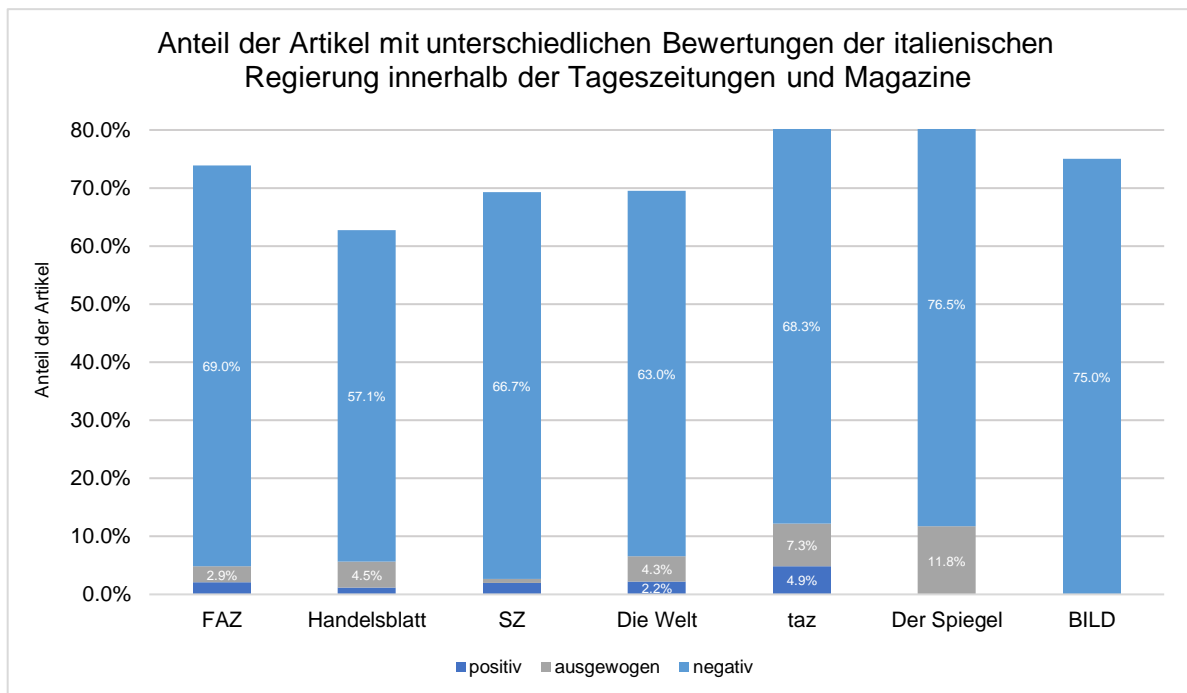


Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, 2018

Quelle: eigene Darstellung.

Des Weiteren ist zu erkennen, dass die italienische Regierung und die EU-Kommission sowie deren Entscheidungsträger*innen innerhalb aller Artikel deutlich häufiger negativ als positiv bewertet wurden. So wurde die italienische Regierung in 63,7 Prozent der Artikel negativ, in 3,4 Prozent ausgewogen und in 1,9 Prozent positiv bewertet. Die Wertungen zur EU-Kommission waren in 12,4 Prozent der Fälle negativ, in 0,7 Prozent ausgewogen und ähnlich wie bei der italienischen Regierung in 1,5 Prozent positiv. Damit wurde die italienische Regierung innerhalb aller Tageszeitungen und Magazinen deutlich häufiger mit negativen Attributen belegt als die EU-Kommission (vgl. Abbildung 21).

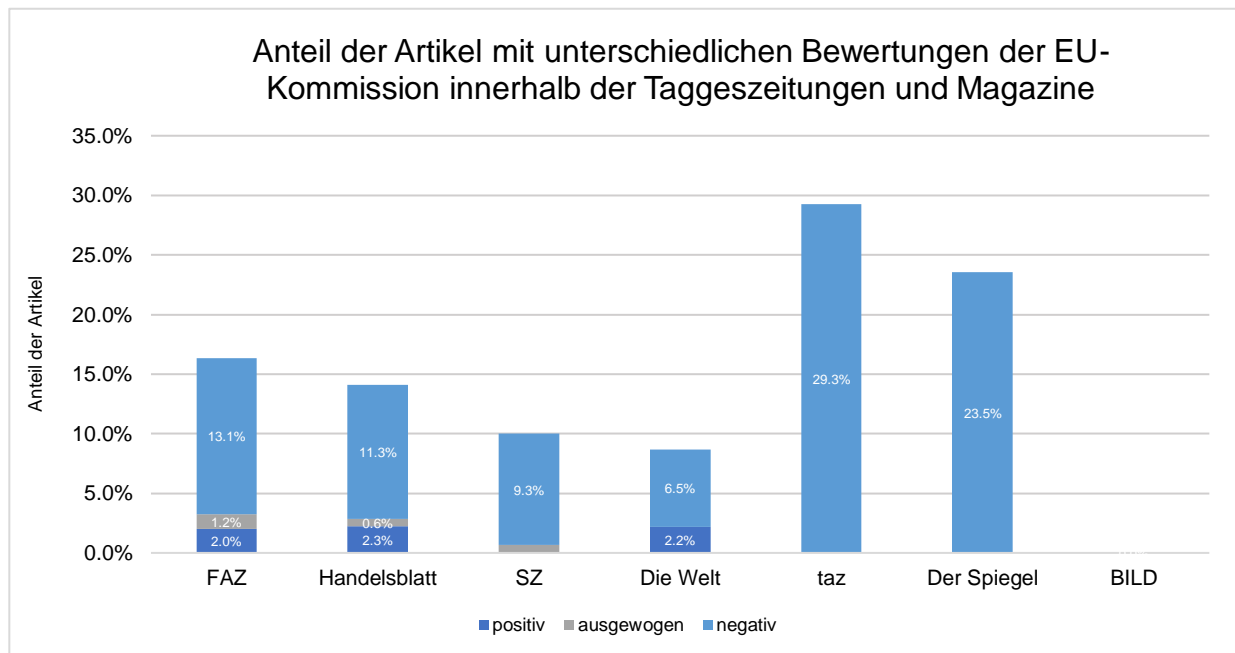
Abbildung 22: Anteil der Artikel mit unterschiedlichen Bewertungen der italienischen Regierung innerhalb der Tageszeitungen und Magazine



Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, 2018
 Quelle: eigene Darstellung.

Auch innerhalb der einzelnen Tageszeitungen und Magazinen wurde die italienische Regierung überwiegend mit negativen Wertungen attribuiert. So beinhalten 69 Prozent der „FAZ“-Artikel, 57,1 Prozent der Artikel im „Handelsblatt“, 66,7 Prozent der „SZ“-Artikel, 63 Prozent der Artikel in „Die Welt“, 68,3 Prozent der „taz“-Artikel, 76,5 Prozent der Artikel im Magazin „Der Spiegel“ und 75 Prozent der „BILD“-Artikel Negative Wertungen zur italienischen Regierung. Außerdem fällt auf, dass in „Der Spiegel“ und „BILD“ keine positiven Wertungen zur italienischen Regierung vorgenommen wurden (vgl. Abbildung 22).

Abbildung 23: Anteil der Artikel mit unterschiedlichen Bewertungen der EU-Kommission innerhalb der Tageszeitungen und Magazine



Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, 2018

Quelle: eigene Darstellung.

Im Gegensatz zur italienischen Regierung wurde die EU-Kommission innerhalb der untersuchten Tageszeitungen und Magazine in unterschiedlicher Intensität mit negativen Attributen belegt. 13,1 Prozent der „FAZ“-Artikel, 11,3 Prozent der Artikel im „Handelsblatt“, 9,3 Prozent der „SZ“-Artikel und 6,5 Prozent der Artikel der Zeitung „Die Welt“ wiesen Negativ-Wertungen zur EU-Kommission auf. Wohingegen die Negativ-Wertungen der „taz“ mit einem Anteil von 29,3 Prozent und des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ mit 23,5 Prozent innerhalb aller Tageszeitungen und Magazinen dominieren. In der „taz“ und in „Der Spiegel“ sowie in der „SZ“ wurden keine positiven Wertungen zur EU-Kommission vorgenommen. Darüber hinaus wies die Tageszeitung „BILD“ weder positive noch negative Wertungen der EU-Kommission auf. Insgesamt lässt sich folglich festhalten, dass die EU-Kommission seltener negativ bewertet wurde als die italienische Regierung (vgl. Abbildung 23). Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Wirtschaftsberichterstattung grundsätzlich zur negativen Darstellung tendiert.

- In den einzelnen Tageszeitungen und Magazinen wurde größtenteils negativ über die italienische Regierung berichtet, während sich für die EU-Kommission seltener eine negative Berichterstattung finden lässt.

- Zudem wurden beide Akteure lediglich in einzelnen Fällen mit positiven Attributen beschrieben, sodass kein Gleichgewicht zwischen Pro- und Contra-Wertungen vorliegt. Diese Aspekte sprechen dafür, dass die Berichterstattung in den untersuchten Tageszeitungen und Magazinen hinsichtlich der vorgenommenen Wertungen der italienischen Regierung und der EU-Kommission nicht durchgängig ausgewogen war.

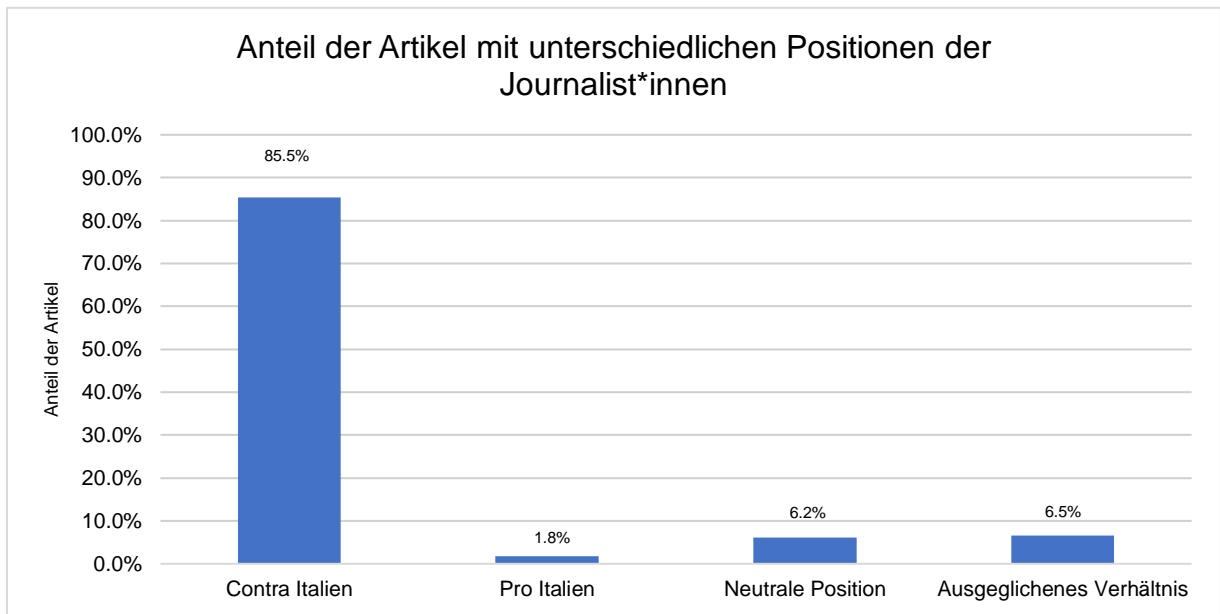
*Ausgewogenheit der Wertungen durch Journalist*innen in Artikeln*

In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse hinsichtlich der Wertungen, die durch Journalist*innen in den Artikeln zur Wirtschafts- und Finanzpolitik der neuen italienischen Regierung 2018 vorgenommen wurden, dargestellt. Dabei geht es um die Frage, welche Position Journalist*innen in den untersuchten Tageszeitungen und Magazinen gegenüber der italienischen Regierung einnahmen.

Den Journalist*innen kommt als neutralen Beobachter*innen eine besondere Rolle zu. Ein ausgeglichenes Verhältnis hinsichtlich der Tonalität der Bewertungen wird als Voraussetzung für eine ausgewogene Berichterstattung angesehen. Das heißt: Innerhalb der Artikel spricht ein ausgeglichenes Verhältnis von positiven und negativen Wertungen für Ausgewogenheit.

Insgesamt nahmen Journalist*innen in 40,4 Prozent aller Artikel zur italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik Wertungen der italienischen Regierung vor. Damit ist der Anteil der Artikel, die keine Wertung in Bezug auf die italienische Regierung aufweisen, höher als der Anteil der Artikel mit Wertungen der Journalist*innen. Das entspricht 59,6 Prozent aller Artikel.

Abbildung 24: Anteil der Artikel mit unterschiedlichen Positionen der Journalist*innen



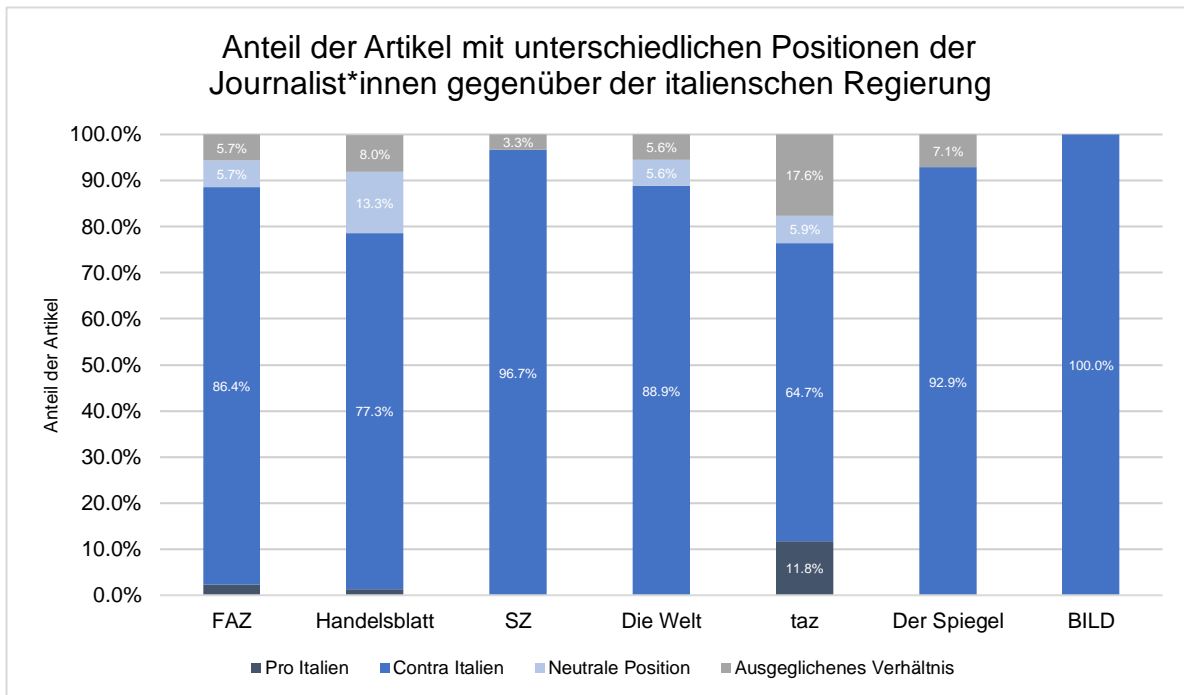
Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=276, 2018

Quelle: eigene Darstellung.

Die italienische Regierung wurde in 85,5 Prozent der Artikel durch Journalist*innen negativ bewertet, nur in 1,8 Prozent positiv und in 6,2 Prozent neutral. Ein ausgeglichenes Verhältnis positiver und negativer Wertungen war lediglich in 6,5 Prozent der Artikel der Fall. Hinsichtlich der Position die von Journalist*innen gegenüber der italienischen Regierung in der Berichterstattung eingenommen wurde, kann festgehalten werden, dass diese generell negativ war (vgl. Abbildung 24).

*Wertungen durch Journalist*innen in den Zeitungen und Magazinen*

Abbildung 25: Anteil der Artikel mit unterschiedlichen Positionen der Journalist*innen gegenüber der italienischen Regierung



Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=276, 2018
Quelle: eigene Darstellung.

Die im folgenden Abschnitt dargestellten Ergebnisse zeigen, dass die italienische Regierung innerhalb der untersuchten Tageszeitungen und Magazinen in unterschiedlicher Intensität mit wertenden Attributen von Journalist*innen belegt wurde.

So beinhalten 86,4 Prozent aller Artikel der „FAZ“, 77,3 Prozent der Artikel im „Handelsblatt“, 96,7 Prozent der „SZ“-Artikel, 88,9 Prozent der Artikel der Zeitung „Die Welt“, 64,7 Prozent aller „taz“-Artikel und 92,9 Prozent der Artikel in „Der Spiegel“ Negativ-Attribuierungen der italienischen Regierung. In der „BILD“ wurden in allen Artikeln die italienische Regierung durch Journalist*innen negativ bewertet. Demnach wurde die italienische Regierung in „BILD“ deutlich häufiger kritisch bewertet als in den anderen Tageszeitungen und Magazinen (vgl. Abbildung 25).

Die Ergebnisse im Hinblick auf die Wertungen von Journalist*innen in den untersuchten Artikel lassen sich abschließend folgendermaßen zusammenfassen:

- Insgesamt zeigt sich, dass Wertungen von Journalist*innen in mehr als 40 Prozent aller Artikel vorgenommen wurden.
- Die hier ermittelten Bewertungen sind hinsichtlich ihrer Ausrichtungen nicht ausgewogen, da sich die Journalist*innen überwiegend negativ über die

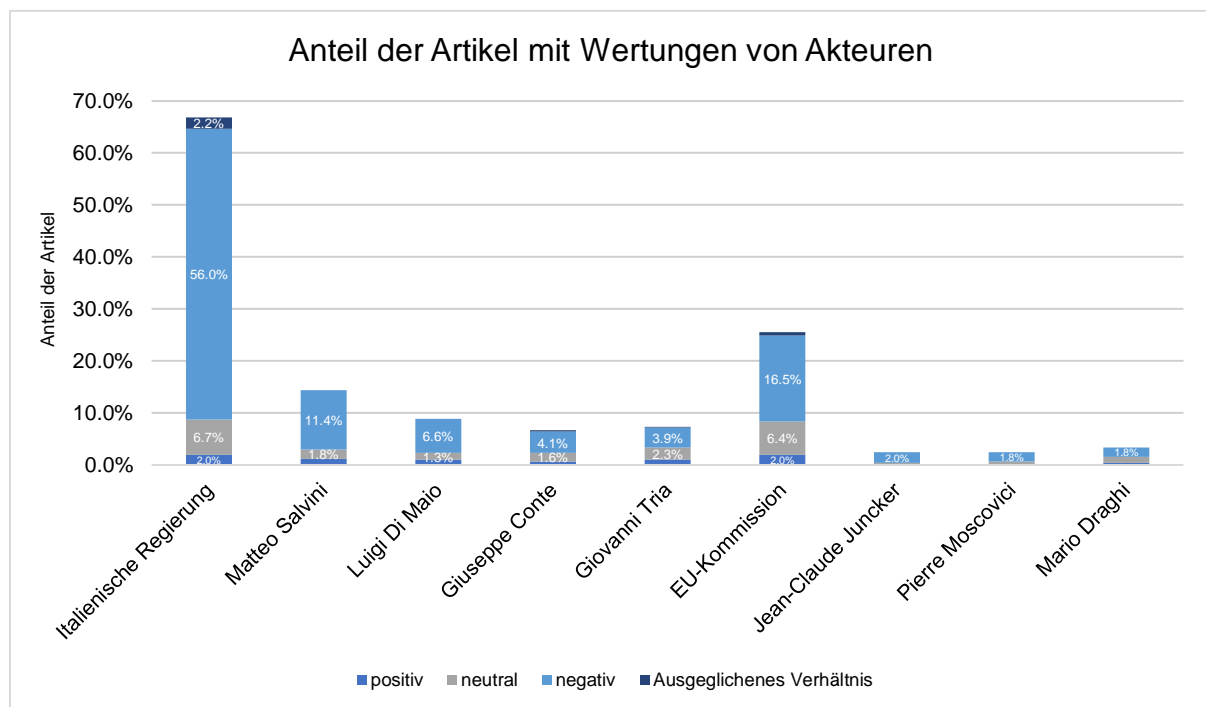
italienische Regierung äußerten. Lediglich in 6,5 Prozent der Artikel war ein ausgeglichenes Verhältnis der Pro- und Contra-Wertungen zu beobachten. Hierin zeigt sich eine fehlende Ausgewogenheit der Berichterstattung.

Ausgewogenheit der Wertungen in Akteursaussagen

Journalistische Artikel beinhalten aber nicht nur Attribuierungen, die von Journalist*innen vorgenommen werden. In den Artikeln wird in der Regel der Konflikt und die unterschiedlichen Auffassungen der Akteure dargestellt. Aussagen, die von Akteuren über andere Akteure getroffen werden, können somit die Tonalität und Wertung eines Artikels determinieren. Um die Ausgewogenheit in der Berichterstattung zur italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik daraufhin zu untersuchen, werden im folgenden Abschnitt die von Akteuren getroffenen und in die Berichterstattung aufgenommenen Aussagen hinsichtlich ihrer Positionierung analysiert. Dies erfolgt zum einen auf der Ebene der indirekten Aussagen im Text und zum anderen auf der Ebene der direkten Aussagen durch Zitate.

In 67 Prozent aller Artikel trafen Akteure wertende Aussagen über die italienische Regierung. Im Unterschied dazu wurde die EU-Kommission in nur 25,5 Prozent aller Artikel mit Aussagen von Akteuren attribuiert. Daneben wurden aber auch der ehemalige EZB-Präsident Mario Draghi mit 3,4 Prozent aller Artikel sowie andere Akteure mit Attributen belegt. Unter „andere Akteure“ werden im Folgenden jene verstanden, die nicht zur italienischen Regierung und der EU-Kommission gehören. Dies können Akteure auf EU-Ebene, wie z. B. die ehemalige IWF-Chefin Christine Lagarde, Regierungen anderer Länder wie die deutsche oder die französische Regierung, Expert*innen, aber auch Bürger*innen der EU sein.

Abbildung 26: Anteil der Artikel mit Wertungen von Akteuren



Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, 2018
Quelle: eigene Darstellung.

56 Prozent der Artikel beinhalten negative Wertungen der italienischen Regierung. Positiv wird diese in nur 2 Prozent aller untersuchten Artikel von Akteuren attribuiert. In 6,7 Prozent der Artikel sind die Bewertungen neutral und in 2,2 Prozent der Artikel ausgewogen (vgl. Abbildung 26).

Hinsichtlich einzelner Personen ist festzustellen, dass Italiens Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident Matteo Salvini von allen hier untersuchten politischen Akteuren mit 14,4 Prozent aller Artikel am häufigsten durch Akteure bewertet wurde. Über seinen Koalitionspartner Luigi Di Maio hingegen lassen sich in 8,9 Prozent der Artikel Wertungen finden, während der italienischer Ministerpräsident Giuseppe Conte in 6,7 Prozent der Artikel und Italiens Finanzminister Giovanni Tria in 7,3 Prozent der Artikel mit Aussagen attribuiert wurden. Sie alle wurden allerdings primär mit kritischen Wertungen belegt. Dies ist für Matteo Salvini in 11,4 Prozent der Artikel so, für Luigi Di Maio in 6,6 Prozent der Artikel, für Giuseppe Conte in 4,1 Prozent der Artikel und schließlich für Giovanni Tria in 3,9 Prozent der untersuchten Artikel. (vgl. Abbildung 26).

Positive Bewertungen von Innenminister Salvini konnten lediglich in 1,2 Prozent der Artikel gefunden werden und für Luigi Di Maio in nur einem Prozent aller Artikel. Auch wurden Conte und Tria in ganz seltenen Fällen durch Akteure positiv bewertet. So

beträgt der Anteil der positiven Bewertungen für den Ministerpräsidenten Conte 0,7 Prozent der Artikel und für den Finanzminister Tria ein Prozent aller Artikel. Neutrale Attribuierungen betrafen Salvini in 1,8 Prozent, Di Maio in 1,3 Prozent und Conte in 1,6 Prozent aller untersuchten Artikel. Auffällig ist allerdings, dass der Finanzminister Giovanni Tria in 2,3 Prozent der Artikel neutral bewertet wurde. In den untersuchten Artikel konnten keine ausgewogenen Bewertungen von Salvini und Di Maio gefunden werden. Wohingegen die Wertungen von Conte in 0,3 Prozent und von Tria in 0,1 Prozent der Artikel in einem ausgeglichenen Verhältnis standen (vgl. Abbildung 26). Hinsichtlich der EU-Kommission lassen sich in den Artikel, in denen sie durch Akteure bewertet wurde, ebenfalls mehr negative als positive Äußerungen finden. 16,5 Prozent aller Artikel wiesen eine kritische Bewertung der EU-Kommission auf, 6,4 Prozent waren neutral und 0,6 Prozent ausgewogen. Mit zwei Prozent positiven Artikel wurde sie genauso oft positiv attribuiert wie die italienische Regierung. Bezogen auf die einzelnen Akteure der EU-Kommission wurden der Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und EU-Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici etwa in gleichem Umfang mit wertenden Aussagen belegt. Beide Akteure wurden in Summe häufiger mit negativen Aussagen durch andere Akteure attribuiert. So wurde Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in zwei Prozent der Artikel negativ bewertet, in 0,1 Prozent positiv und in 0,3 Prozent neutral. In 1,8 Prozent der Artikel wurde Moscovici negativ von Akteuren bewertet und in 0,7 Prozent neutral. Es fällt auf, dass Moscovici in keinem der untersuchten Artikel mit positiven Aussagen attribuiert wurde. Für die beiden politischen Akteure waren keine ausgewogenen Bewertungen zu finden (vgl. Abbildung 26).

Auch der ehemalige EZB-Präsident Mario Draghi wurde häufiger kritisch betrachtet, als dass ihm Positiv-Wertungen zugeschrieben wurden. In 1,8 Prozent aller Artikel wurde er negativ bewertet, in 0,4 Prozent positiv und in 1,2 Prozent neutral. Über Draghi wurden keine ausgewogenen Aussagen getroffen (vgl. Abbildung 26).

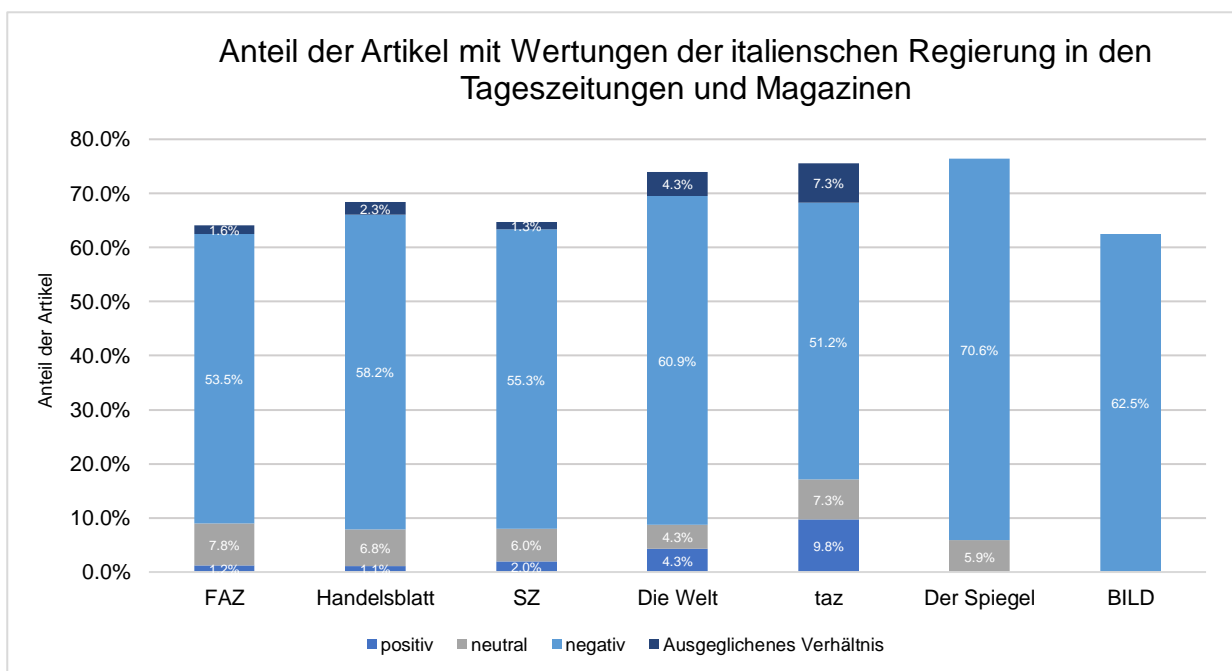
Zusammengefasst zeigen die Ergebnisse, dass die italienische Regierung deutlich häufiger negativ bewertet wurde als die EU-Kommission. Es wurden dreimal so häufig negative Akteursaussagen über die italienische Regierung gesendet wie über die EU-Kommission. Positive Wertungen durch Akteure fanden sich in der gesamten Berichterstattung für beide Akteure kaum.

Im Folgenden soll nun für die untersuchten Tageszeitungen und Magazine gezeigt werden, wie häufig Wertungen der italienischen Regierung in den Artikeln auftreten und welche Ausrichtung diese annehmen.

Allgemein betrachtet kann für die untersuchten Tageszeitungen und Magazine festgestellt werden, dass das Verhältnis der durch Akteure vorgebrachten Wertungen der italienischen Regierung bei allen Zeitungen nahezu gleich ist.

So wurde in 64,1 Prozent der „FAZ“-Artikel, in 68,4 Prozent der Artikel im „Handelsblatt“, in 64,7 Prozent der „SZ“-Artikel, in 73,9 Prozent der Artikel in „Die Welt“, in 75,6 Prozent der „taz“-Artikel, in 76,5 Prozent der Artikel im Magazin „Der Spiegel“ und in 62,5 Prozent der „BILD“-Artikel die italienische Regierung von Akteuren bewertet.

Abbildung 27: Anteil der Artikel mit Wertungen der italienschen Regierung in den Tageszeitungen und Magazinen



Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, 2018
Quelle: eigene Darstellung.

In den einzelnen Zeitungen und Magazinen dominierte eine negative Tonalität hinsichtlich der Attribuierungen. 53,5 Prozent der „FAZ“-Artikel, 58,2 Prozent der Artikel im „Handelsblatt“, 55,3 Prozent der „SZ“-Artikel, 60,9 Prozent der Artikel in „Die Welt“, 51,2 Prozent der „taz“-Artikel und 70,6 Prozent der Artikel in „Der Spiegel“ wiesen kritische Bewertungen der italienischen Regierung durch Akteure auf. In „BILD“ haben die Akteure die italienische Regierung mit einem Anteil von 62,5 Prozent

der „BILD“-Artikel ausschließlich negativ bewertet. Somit ist der Anteil der Artikel mit Negativ-Bewertungen der italienischen Regierung an der Gesamtzahl der Artikel in dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ höher als in den anderen Zeitungen. Eine positive Bewertung der italienischen Regierung findet sich in 1,2 Prozent der „FAZ“-Artikel, in 1,1 Prozent der Artikel im „Handelsblatt“, in 2 Prozent der „SZ“-Artikel, in 4,3 Prozent der Artikel in „Die Welt“ und in 9,8 Prozent der „taz“-Artikel. In dem Magazin „Der Spiegel“ fand sich keine positive Wertung gegenüber der italienischen Regierung. Damit überwiegt die Zahl der Positiv-Wertungen in der Zeitung „taz“ innerhalb aller Tageszeitungen und Magazinen. Im Vergleich dazu wurde die italienische Regierung in 7,8 Prozent der „FAZ“-Artikel, in 6,8 Prozent der Artikel im „Handelsblatt“, in 6 Prozent der „SZ“-Artikel, in 4,3 Prozent der Artikel in „Die Welt“, in 7,3 Prozent der „taz“-Artikel und in 5,9 Prozent der Artikel in „Der Spiegel“ mit neutralen Wertungen belegt. Bei den neutralen Bewertungen dominierte damit die „FAZ“ (vgl. Abbildung 27). Eine detailliertere Verteilung der Wertungspositionen auf verschiedene Akteure kann dem Anhang 5 entnommen werden.

Abschließend betrachtet zeigt sich, dass in den untersuchten Tageszeitungen und Magazinen Bewertungen, die Akteure in den Artikel über die italienische Regierung und über die EU-Kommission vornahmen, mehrheitlich die italienische Regierung betrafen. In den meisten Fällen wurde die italienische Regierung negativ bewertet.

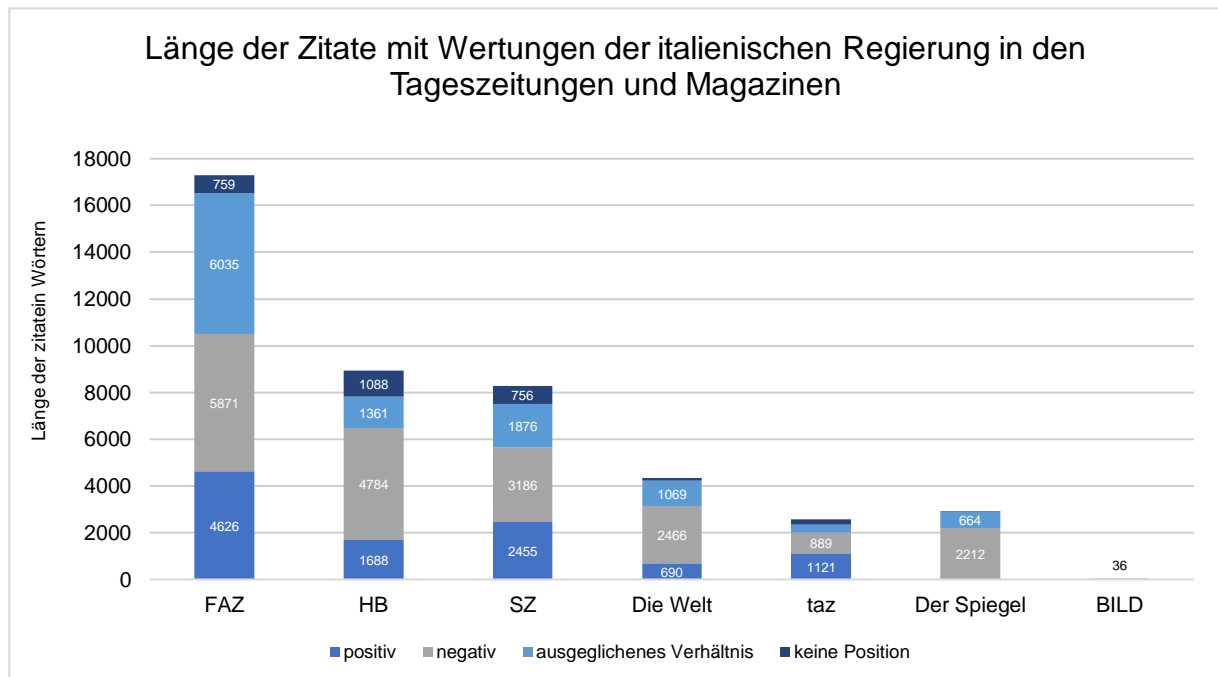
Ausgewogenheit der Wertungen in Zitaten

Im Folgenden soll nun die Bewertung der italienischen Regierung in Zitaten von Akteuren untersucht werden. Hierbei wird aufgezeigt, inwiefern eine positive oder negative Wertung innerhalb dieser Zitate vorzufinden war. Es wurde auch erfasst, ob in den Zitaten sowohl kritische als auch unkritische Aussagen vorgenommen wurden. In diesen Fällen wird von einem „ausgeglichenen“ Verhältnis gesprochen. Sind die Zitate innerhalb der Artikel nicht ausgeglichen, so sollten sie über alle Artikel hinweg zumindest in gleichem Umfang positive wie negative Bewertungen der italienischen Regierung enthalten.

In insgesamt 70,9 Prozent aller Artikel kamen Akteure in Zitaten zu Wort. Hierbei wurde in 88 Prozent der Artikel die italienische Regierung bewertet, wobei die Artikel überwiegend Negativ-Wertungen aufwiesen. Dies war in 36,9 Prozent aller Artikel der Fall. In 30,7 Prozent der Artikel äußerten sich die Zitatgeber*innen positiv über die italienische Regierung, während sie in 12 Prozent der Artikel keine Position zu der

italienischen Regierung einnahmen. In 20,4 Prozent der Artikel wiesen die Artikel ein ausgeglichenes Verhältnis hinsichtlich der Wertung der italienischen Regierung auf (vgl. für eine detailliertere Verteilung der Wertungspositionen auf verschiedenen Akteure Anhang 6).

Abbildung 28: Länge der Zitate mit Wertungen der italienischen Regierung in den Tageszeitungen und Magazinen



Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, 2018

Quelle: eigene Darstellung.

Die Länge der Zitate mit Bewertungen der italienischen Regierung in den Artikel der untersuchten Tageszeitungen und Magazine macht deutlich, dass auch hier erkennbar mehr Negativ-Bewertungen der italienischen Regierung vorliegen, als positive Wertungen vorkamen. Das ist im Verhältnis betrachtet insbesondere bei den Tageszeitungen „FAZ“, „Handelsblatt“, „SZ“, „Die Welt“, dem Magazin „Der Spiegel“ und „BILD“ der Fall. So wiesen in der „FAZ“ die Zitate mit negativen Wertungen eine Länge von 5.871 Wörtern, im „Handelsblatt“ 4.784 Wörtern, in der „SZ“ 3.186 Wörtern, in der Zeitung „Die Welt“ 2.466 Wörtern, in der „taz“ 889 Wörtern, im Magazin „Der Spiegel“ 2.212 Wörtern und in der „BILD“ 36 Wörtern. Die Zitatgeber*innen äußerten sich im Vergleich aller Tageszeitungen und Magazine mit 5.871 Wörtern am längsten in der „FAZ“ kritisch gegenüber der italienischen Regierung. Zugleich ist die „FAZ“ auch die einzige Tageszeitung, in der ein ausgeglichenes Verhältnis der Positionen

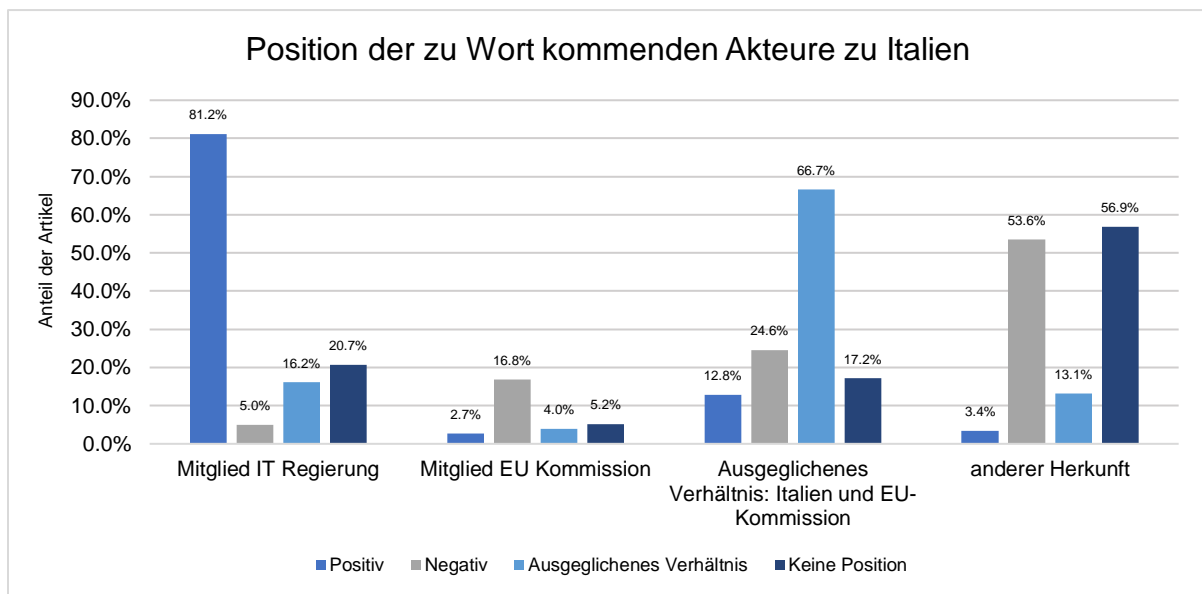
der Zitatgeber*innen zur italienischen Regierung dominiert. Mit einer Länge von 6.035 Wörtern in der „FAZ“ wiesen die Zitate ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen positiven, negativen oder neutralen Wertungen der italienischen Regierung auf. Die Zitate der „taz“ hingegen wurden überwiegend positiv bewertet. Dies ist bei einer Zitatlänge von 1.121 Wörtern der Fall (vgl. Abbildung 28).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich die Tageszeitungen und Magazine hinsichtlich der vorgefundenen Wertungen in Zitaten deutlich unterscheiden:

- In allen Tageszeitungen bis auf die „taz“ dominierte der Anteil an Negativwertungen in Zitaten, in „Der Spiegel“ äußerten sich die Zitatgeber*innen gar nicht positiv zu der italienischen Regierung. In der „taz“ haben die Akteure die italienische Regierung zwar mehrheitlich positiv bewertet, dennoch war kein ausgeglichenes Verhältnis der Pro- und Contra-Zitate zu erkennen.
- Die einzelnen Zeitungen, bis auf „FAZ“, nahmen damit Zitate nicht in einem ausgeglichenen Verhältnis in die Berichterstattung auf. In der Zeitung „FAZ“ überwogen ausgewogene Zitate, allerdings haben die Zitatgeber*innen die italienische Regierung häufiger negativ bewertet als positiv. Jedoch hat sich die Zeitung um ein ausgeglichenes Verhältnis positiver und negativer Wertungen bemüht.

Im Folgenden soll daher dargestellt werden, welche Akteure in den untersuchten Zeitungen und Magazinen zu Wort kamen und wie sie sich gegenüber der italienischen Regierung positioniert haben.

Abbildung 29: Position der zu Wort kommenden Akteure zu Italien



Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, 2018
Quelle: eigene Darstellung.

Mitglieder*innen der italienischen Regierung äußerten sich überwiegend positiv zu Italien. Dies war in 81,2 Prozent aller Positiv-Wertungen der Fall. Während Vertreter*innen der EU-Kommission mehrheitlich kritische Stellung gegenüber der italienischen Regierung einnahmen, was 16,8 Prozent der Negativ-Wertungen entspricht. In den Artikel, in denen Akteure der italienischen Regierung und der EU-Kommission gleichermaßen zu Wort kamen, ist ein ausgeglichenes Verhältnis positiver und negativer Wertungen zu beobachten. Das entspricht 66,7 Prozent der Artikel mit ausgewogener Bewertung. Akteure anderer Herkunft äußerten sich ebenfalls negativ zu Italien, was 53,6 Prozent der Negativ-Wertungen ausmacht (vgl. Abbildung 29).

In diesem Kapitel stand die Ausgewogenheit der Berichterstattung im Mittelpunkt. Untersucht wurde, ob die Darstellung von Akteuren und die dargestellten Wertungen und Meinungen von Akteuren, Journalist*innen und Zitatgeber*innen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinanderstanden. Die zentralen Ergebnisse der Analyse im Hinblick auf die Wertungen durch Akteure in den untersuchten Artikeln lassen sich folgendermaßen zusammenfassen. Zunächst sollen die Ergebnisse hinsichtlich der Akteursausgewogenheit dargestellt werden:

- Entscheidungsträger*innen der italienischen Regierung oder die italienische Regierung als Ganze wurden in mehr als der Hälfte aller Artikel und deutlich

häufiger genannt als andere Akteure, vor allem als der andere zentrale Akteur: die EU-Kommission.

- Die italienische Regierung trat aber nur selten als Sender von Aussagen auf, in der Mehrheit der Artikel wurden Aussagen über sie getroffen.
- Fehlende Ausgewogenheit lässt sich auch bei den zu Wort kommenden Akteuren feststellen. Die Zitate der italienischen Regierung hinsichtlich der italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik waren knapp dreimal so lang wie die Zitate der Europäischen Kommission. Das Verhältnis der Zitate zwischen beiden Akteuren ist nicht ausgewogen. Zudem äußerten sich andere Akteure, wie z. B. die deutsche oder französische Regierung, am häufigsten zur italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik.
- Im Vergleich der Tageszeitungen und dem Magazin hinsichtlich des ermittelten Zitatumfangs ist ein einheitliches Muster feststellbar: Den größten Zitatumfang hatten andere Akteure, gefolgt von der italienischen Regierung und der EU-Kommission. Den geringsten Umfang hatte die EZB.
- Es wurde demnach erkennbar häufiger über die italienische Regierung gesprochen, als dass diese in der Presseberichterstattung selbst mit Aussagen vertreten war. Dies spricht für ein fehlendes Gleichgewicht bei der Behandlung von Akteuren und für eine Unausgewogenheit bei den Zitaten.

Die Ergebnisse der Untersuchung der Bewertungsausgewogenheit zeigen ebenfalls Defizite auf:

- Die italienische Regierung wurde sehr häufig durch Journalist*innen und Akteure innerhalb der untersuchten Artikel bewertet – erkennbar häufiger als andere Akteure. In der Mehrheit aller Artikel zur italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik wurden Wertungen der italienischen Regierung und/oder der EU-Kommission vorgenommen. In nahezu allen dieser Artikel betrafen diese Wertungen die italienische Regierung. Deutlich seltener wurde die EU-Kommission bewertet. Durch die Möglichkeit der Mehrfachnennungen wurden in bestimmten Artikeln auch beide Akteursgruppen bewertet.
- Journalist*innen hingegen traten in knapp weniger als der Hälfte der Artikel als Attributionssender auf. Das Verhältnis ist allerdings nicht ausgeglichen, die italienische Regierung wurde häufiger bewertet als andere Akteure. Dies spricht für fehlende Ausgewogenheit der Bewertungen.

- In Zitaten in der hier untersuchten Berichterstattung zur italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik zeigten sich in hohem Maße Meinungen und Bewertungen. In fast mehr als vier von fünf Artikel, in denen ein Zitat enthalten war, wurde die italienische Regierung bewertet. Auch bei berichteten Akteursaussagen zeigte sich dieses Missverhältnis, die italienische Regierung wurde häufiger bewertet als andere. In mehr als zwei Drittel aller Artikel trafen Akteure wertende Aussagen über die italienische Regierung. Über die EU-Kommission wurden deutlich seltener wertende Aussagen von Akteuren getroffen. Dies spricht auch hier für fehlende Ausgewogenheit der Bewertungen.
- Wenn Journalist*innen Wertungen vornehmen, positionierten sie sich mehrheitlich kritisch gegenüber der italienischen Regierung. Ein Mangel an Ausgewogenheit in der Bewertung durch Journalist*innen zeigt sich im Vergleich: Positive Aspekte wurden bei der italienischen Regierung kaum herausgestellt. Die vorgefundenen Wertungen sind demnach nicht ausgewogen.
- Die italienische Regierung wurde in berichteten Akteursaussagen häufiger negativ bewertet als positiv. Jedoch wurden über alle Akteure, die bewertet wurden, mehrheitlich negative bzw. kritische Aussagen getroffen.
- Die Bewertungen der italienischen Regierung durch zu Wort kommende Akteure waren auch in den untersuchten Tageszeitungen und Magazinen überwiegend negativ. Am häufigsten äußerten sich Zitatgeber*innen kritisch gegenüber der italienischen Regierung. Allerdings fanden sich auch häufig positive Wertungen sowie ein ausgeglichenes Verhältnis der Positionen zu der italienischen Regierung. So ist zu erkennen, dass sich die Journalist*innen bei der Zusammenstellung der Zitate um eine ausgewogene Bewertung der italienischen Regierung bemühten. Dennoch tendierte die Mehrheit der Zitate in den untersuchten Zeitungen und Magazinen zu einer kritischen Position gegenüber der italienischen Regierung.
- Zudem fällt auf, dass die italienische Regierung überwiegend durch Akteure italienischer Herkunft positiv bewertet wurde. Mitglieder*innen der EU-Kommission und andere Akteure äußerten sich dagegen mehrheitlich negativ gegenüber Italien. In den Artikel, in denen Akteure der italienischen Regierung und der EU-Kommission in einem ausgeglichenen Verhältnis zu Wort kamen, waren zwei Drittel der Bewertungen ausgewogen. Demnach sind in diesen Zitaten eine ausgewogene Berichterstattung zu beobachten.

5.4 Neutralität in der Berichterstattung

Im Journalismus ist die Trennung von Nachricht und Meinung ein zentraler Aspekt der Unparteilichkeit. Daher soll im folgenden Abschnitt dargestellt werden, in welchem Ausmaß und in welcher Ausrichtung Wertungen durch Journalist*innen in den deutschen Zeitungen und Magazinen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik der italienischen Regierung vorgenommen wurden. Es geht insbesondere um die Frage, ob Journalist*innen in den untersuchten Tageszeitungen und Magazinen eine Position einnahmen. Hieraus können Rückschlüsse gezogen werden, inwiefern die Berichterstattung dem Kriterium der Neutralität entspricht. Wertungen durch Journalist*innen sollten dem Qualitätskriterium der Neutralität entsprechend nicht in Nachrichten oder Berichten stattfinden. Innerhalb von Kommentaren und Leitartikeln sind Wertungen hingegen möglich, da bei beiden für den Rezipienten erkennbar ist, dass es sich um eine Meinung des*der Journalist*innen handelt.

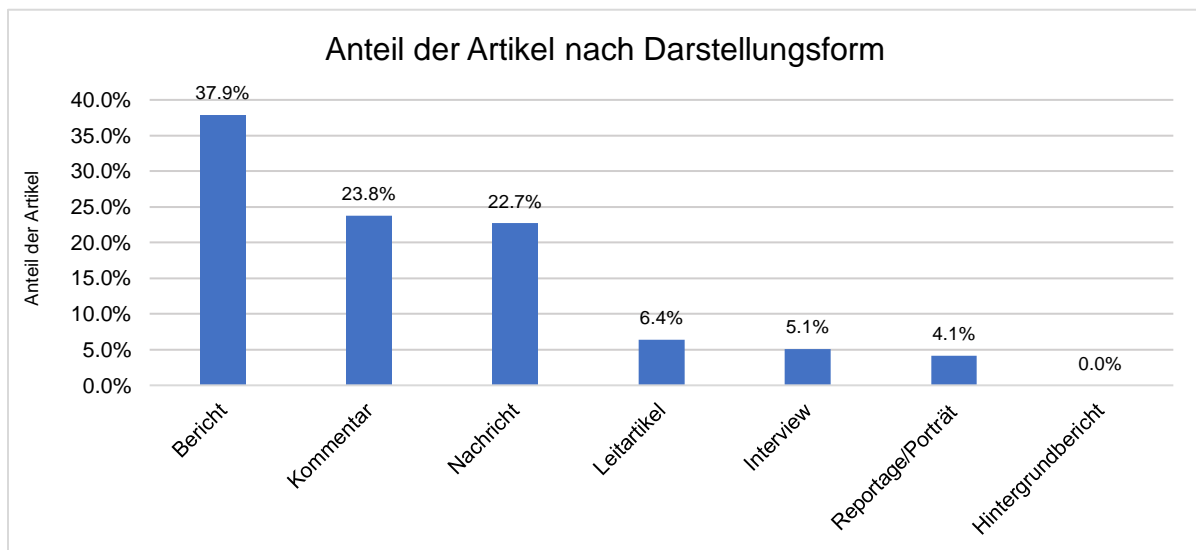
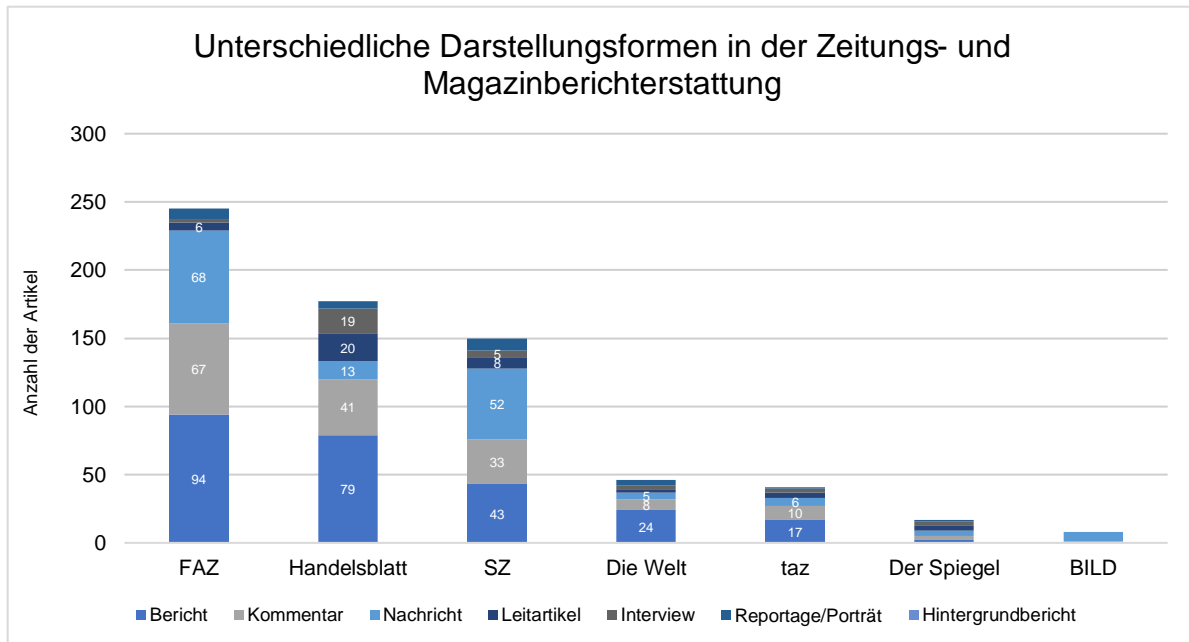


Abbildung 30: Anteil der Artikel nach Darstellungsform
Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, 2018
Quelle: eigene Darstellung.

Die häufigste Darstellungsform waren mit 37,9 Prozent die Berichte. Bei 23,8 Prozent der Artikel handelte es sich um Kommentare. An dritter Stelle standen Nachrichten mit 22,7 Prozent aller Artikel. Zudem wurden 6,4 Prozent der Artikel als Leitartikel identifiziert. Bei 5,1 Prozent handelte es sich um Interviews und bei 4,1 Prozent um

Reportagen oder Porträts. Die Darstellungsform Hintergrundbericht war bei der Berichterstattung nicht vertreten (vgl. Abbildung 30).

Abbildung 31: Unterschiedliche Darstellungsformen in der Zeitungs- und Magazinberichterstattung



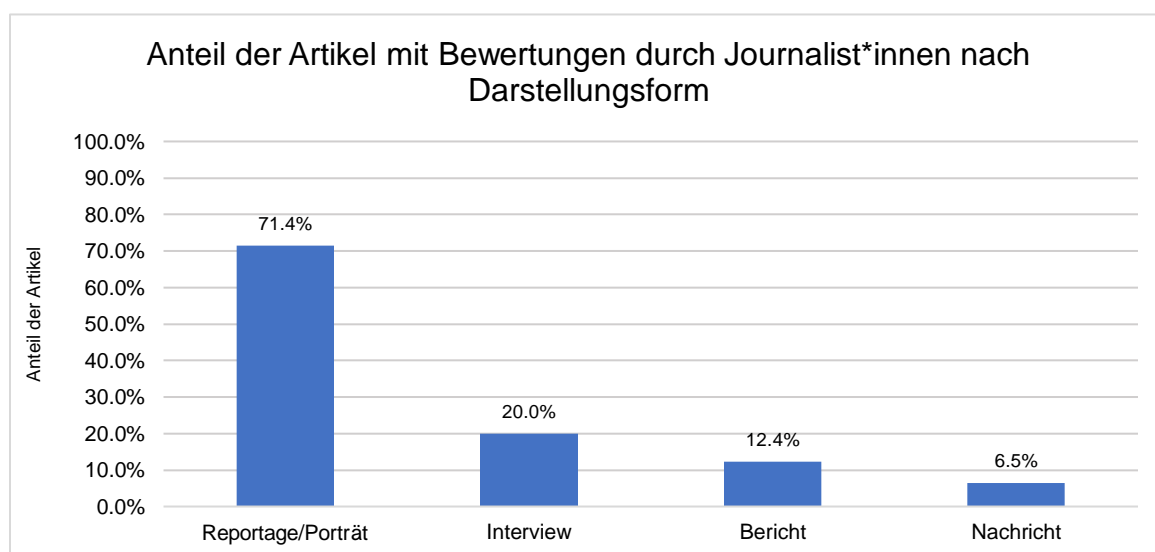
Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, 2018

Quelle: eigene Darstellung.

Die vorstehende Grafik sagt aus, in welchen Tageszeitungen unterschiedliche Darstellungsformen vertreten waren. Daraus ergibt sich, dass die „FAZ“ die höchste Anzahl an Berichten hatte mit 94 Artikeln. Nahezu die gleiche Anzahl von den Darstellungsformen Kommentar und Nachricht mit jeweils 67 und 68 Artikeln fanden sich in der „FAZ“. Die „FAZ“ greift mit 8 Reportagen/Porträts, 6 Leitartikeln und 2 Interviews kaum auf die Darstellungsformen zurück. Beim „Handelsblatt“ war mit einer Anzahl von 79 die häufigste Darstellungsform ebenfalls der Bericht. Mit 19 Interviews und 20 Leitartikeln ist das „Handelsblatt“ die Tageszeitung mit der höchsten Anzahl bei diesen Darstellungsformen. „SZ“ greift am meisten mit 52 Nachrichten auf die Darstellungsform Nachricht zurück. Nach der „FAZ“ hat die „SZ“ dabei die meisten Nachrichten zur italienischen Regierung verfasst. In den anderen Zeitungen „Die Welt“, „taz“, im Magazin „Der Spiegel“ und „BILD“ ließen sich insgesamt unter 50 Artikel zur Wirtschafts- und Finanzpolitik finden. Die Darstellungsform Bericht war am häufigsten in den Zeitungen und Magazinen mit 24 in „Die Welt“, 17 in der „taz“ und 2 im „Spiegel“ vertreten.

„Der Spiegel“ in seiner Funktion als Meinungsmagazin veröffentlicht überwiegend Leitartikel. Vier Leitartikel, drei Kommentare, drei Interviews und eine Reportage wurden von „Der Spiegel“ über den italienischen Haushaltsstreit veröffentlicht. Zudem wurde auch in den beiden neutralen Darstellungsformen das Thema aufgegriffen (zwei Berichte und vier Nachrichten). Die „BILD“-Zeitung zeichnet sich dadurch aus, dass sie lediglich in Form von Nachrichten über die italienische Regierung berichtete und dabei auch nur in 8 Artikeln den Haushaltsstreit erwähnte (vgl. Abbildung 31).

Abbildung 32: Anteil der Artikel mit Bewertungen durch Journalist*innen nach Darstellungsform



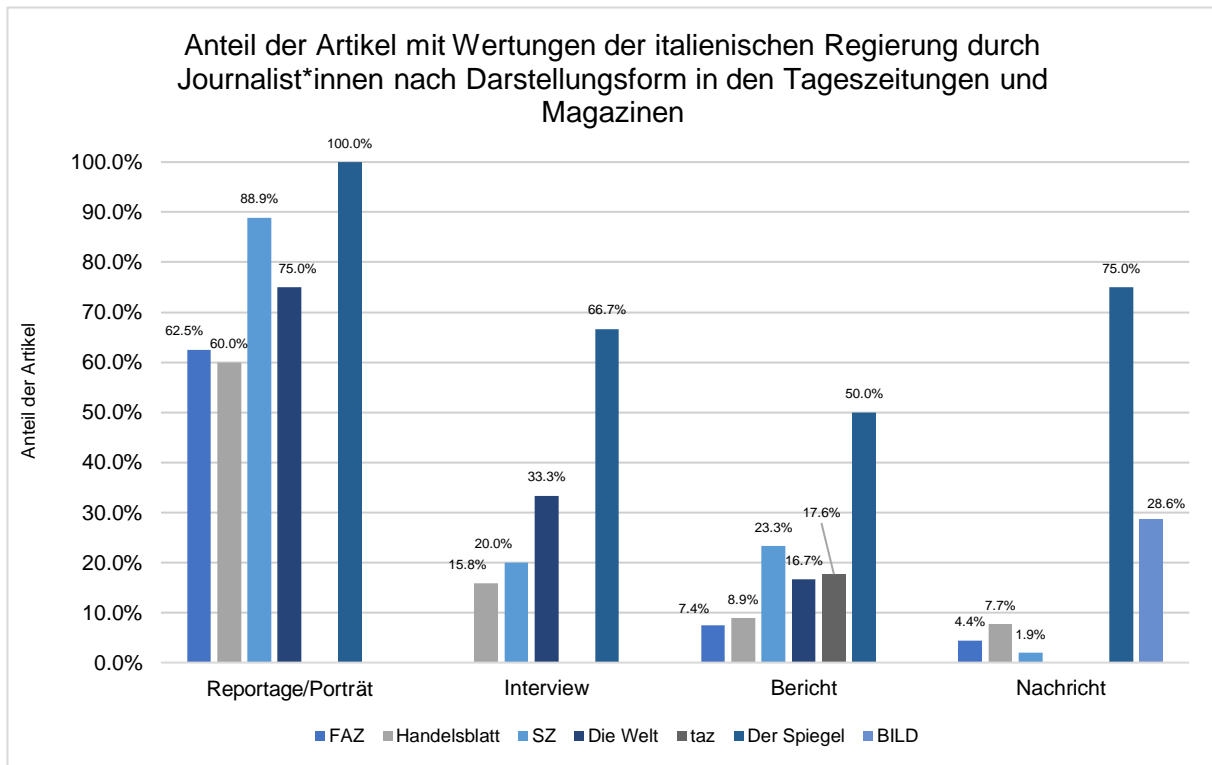
Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=276, 2018
Quelle: eigene Darstellung.

Wird zwischen den verwendeten Darstellungsformen unterschieden, ist feststellbar, dass die Journalist*innen selbst in Nachrichten Bewertungen vornahmen: In 6,5 Prozent der Artikel fanden sich Wertungen über die Wirtschafts- und Finanzpolitik der italienischen Regierung durch Journalist*innen. In Bezug auf die Darstellungsform des Berichtes war dieser Anteil noch höher: 12,4 Prozent der hier untersuchten Berichte wiesen Wertungen durch Journalist*innen auf. Es wurde also die Trennung von Nachricht und Meinung deutlich missachtet und somit das Postulat der Neutralität verletzt.

In den für Kommentierungen vorgesehenen Berichterstattungsbereichen fanden sich im Gegensatz zu Nachrichten und Berichten deutlich häufiger Bewertungen durch Journalist*innen. So wiesen 71,4 Prozent aller Reportagen und Porträts Wertungen über die Finanz- und Wirtschaftspolitik der italienischen Regierung auf. Bei der

Darstellungsform des Interviews war dies nur in 20 Prozent aller Fälle so (vgl. Abbildung 32).

Abbildung 33: Anteil der Artikel mit Wertungen der italienischen Regierung durch Journalist*innen nach Darstellungsform in den Tageszeitungen und Magazinen



Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=245, 2018
Quelle: eigene Darstellung.

Im folgenden Abschnitt findet eine weitergehende Differenzierung der Ergebnisse statt. So soll dargestellt werden, inwieweit Wertungen der italienischen Regierung in den untersuchten Tageszeitungen und Magazinen zu finden waren. Im Weiteren sollen nun die Ergebnisse hinsichtlich der Wertungen mit Bezug zu den unterschiedlichen Darstellungsformen differenziert werden.

In der Darstellungsform Nachricht ist ein deutlicher Unterschied zwischen den Tageszeitungen und dem Magazin zu erkennen. Bei 75 Prozent aller Nachrichten des Spiegels waren Wertungen durch Journalist*innen aufzufinden. Bemerkenswert ist zudem der Anteil der Wertungen der italienischen Regierung durch Journalist*innen in Nachrichten in der Zeitung „BILD“. Hier waren es 28,6 Prozent, die eine Wertung der italienische Regierung beinhalteten. Die restlichen Tageszeitungen wiesen sehr viel weniger Wertungen in Nachrichten durch Journalist*innen auf. 1,9 Prozent der Nachrichten in der „SZ“, 4,4 Prozent der Nachrichten in der „FAZ“ und 7,7 Prozent der

Nachrichten im „Handelsblatt“, was einem Artikel entspricht, enthielten Wertungen der italienischen Regierung durch Journalist*innen. „Die Welt“ und „taz“ haben das Gebot der Neutralität für Nachrichten eingehalten (vgl. Abbildung 33).

Ebenfalls für Wertungen genutzt wurde auch die Darstellungsform Bericht. Auffällig war hier erneut der Anteil der Artikel des Magazins „Der Spiegel“. Dabei wiesen 50 Prozent der Artikel Wertungen durch Journalist*innen auf. Die „SZ“ wies einen Anteil von 23,3 Prozent der Artikel mit Wertungen durch Journalist*innen auf, „Die Welt“ und die „taz“ folgten mit jeweils 16,7 Prozent und 17,6 Prozent. Die Zeitungen „Handelsblatt“ und „FAZ“ wiesen im Vergleich zu den anderen Tageszeitungen und Magazinen einen geringeren Anteil von 8,9 Prozent und 7,4 Prozent auf. Dennoch ist dieser Wert für die neutrale Darstellungsform Bericht immer noch sehr hoch (vgl. Abbildung 31).

Die Darstellungsform Reportage/Porträt beinhaltete die meisten Wertungen von Journalist*innen. Hier ließen sich bei allen Artikeln von „Der Spiegel“ Meinungen von Journalist*innen finden; wohingegen bei der „SZ“ mit 88,9 Prozent diese Berichterstattungsform etwas weniger für Wertungen genutzt wurde. Bei der Zeitung „Die Welt“ lag der Wert bei 75 Prozent und bei „FAZ“ und „Handelsblatt“ um die 60 Prozent. Das Interview wurde deutlich weniger für Wertungen durch Journalist*innen genutzt als eine Reportage oder ein Porträt. 66,7 Prozent der Artikel des Magazins „Der Spiegel“ beinhalteten eine Wertung durch Journalist*innen. Deutlich niedriger war der Anteil bei den anderen Tageszeitungen: „Die Welt“ hatte einen Anteil von 33,3 Prozent, die „SZ“ einen Anteil von 22 Prozent und das „Handelsblatt“ einen Anteil von 15,8 Prozent (vgl. Abbildung 33).

Zusammenfassend ist die Neutralität der Berichterstattung, also die Trennung von Nachricht und Meinung, ein zentrales Kriterium journalistischer Professionalität. Dieses wichtige Qualitätskriterium wurde in der Berichterstattung zur neuen italienischen Regierung nicht durchgängig eingehalten:

- In klassischen Nachrichten nahmen Journalist*innen Wertungen vor: In einzelnen Nachrichten fanden sich positive oder negative Wertungen der italienischen Regierung durch Journalist*innen. In Berichten war der Anteil von Artikeln, in denen Journalist*innen positive oder negative Bewertungen der italienischen Regierung vornahmen, sogar noch höher. Damit wurde das Gebot der Neutralität sowohl in Nachrichten als auch in Berichten verletzt.

- Drei von vier Nachrichten und die Hälfte der Berichte des Magazins „Der Spiegel“ enthielten Wertungen der italienischen Regierung durch Journalist*innen. In der „BILD“ war der Anteil der Nachrichten mit Wertungen durch Journalist*innen zwar geringer als in „Der Spiegel“, lag aber dennoch auf einem hohen Niveau. Die „SZ“, das „Handelsblatt“ und die „FAZ“ wiesen einen geringeren Anteil von Wertungen in Nachrichten auf. Die Ausnahmen bilden „Die Welt“ und „taz“: Hier fanden sich in Nachrichten keine Wertungen der italienischen Regierung durch Journalist*innen. In fast einem Viertel der Berichte der „SZ“ wurden Bewertungen durch Journalist*innen vorgenommen. Bei der Zeitung „Die Welt“, „taz“, „Handelsblatt“ und „FAZ“ war der Anteil an Berichten mit Wertungen geringer. Damit wurde in allen Tageszeitungen und Magazinen das Gebot der Neutralität von Nachrichten und Berichten in Einzelfällen verletzt.

5.5 Analytische Qualität der Darstellung der italienischen Reformagenda in der Berichterstattung

In diesem Abschnitt steht die Frage im Mittelpunkt, wie viel Hintergrundberichterstattung zum italienischen Haushaltsstreit die Tageszeitungen und Magazine lieferten. Damit kann die analytische Qualität der Tageszeitungen beurteilt werden. Dazu wurde erhoben, ob die Berichterstattung sachorientiert war, über welche Politikfelder der italienischen Reformpolitik und über welche konkreten Reformen berichtet wurde.

Um erfassen zu können, über welche Politikfelder und Reformen berichtet wurde, wurden zuvor 101 konkrete Reformen und elf Politikfelder aus dem italienischen Regierungsprogramm ausgewählt. Darüber hinaus wurden weitere Diskussionen, die am Rande der Reformpolitik und des Haushaltsstreits der italienischen Regierung und der EU-Kommission auftauchten, ebenfalls erfasst, wie beispielsweise die Diskussion über einen italienischen Euro-Austritt, einen Schuldenerlass Italiens oder die Einleitung eines Defizitverfahrens.

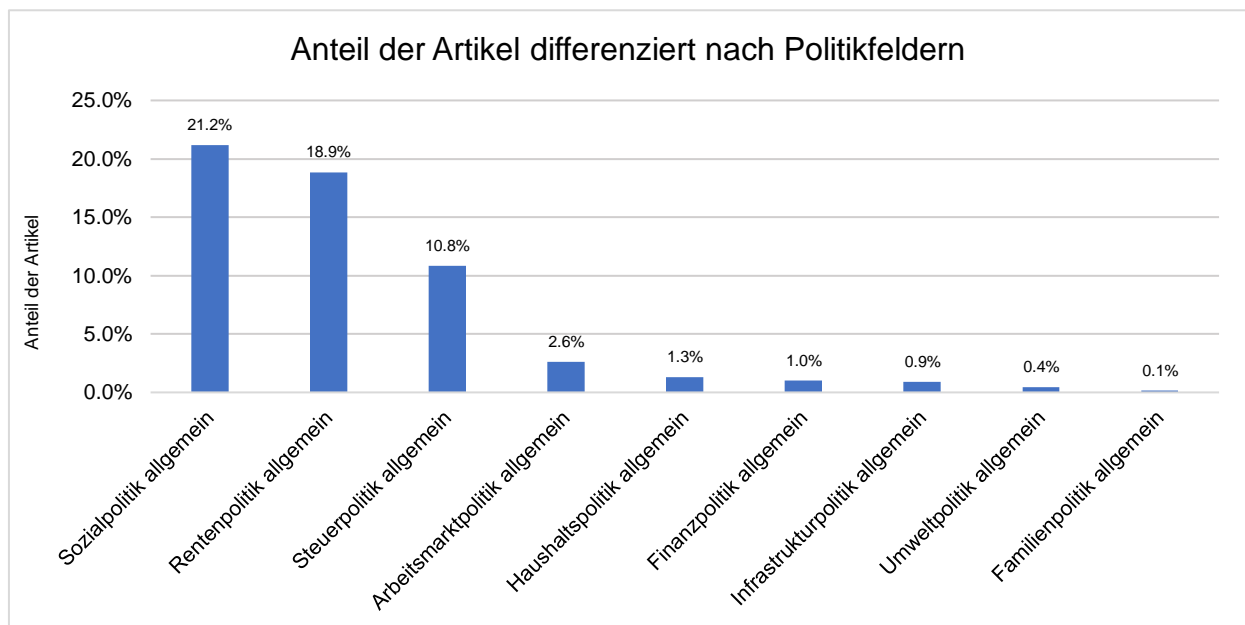
Im folgenden Abschnitt wird dargelegt, wie sich die Berichterstattung mit zentralen Politikfeldern befasste. Im darauffolgenden Abschnitt geht es um die Berichterstattung über konkrete Reformvorschläge. Anschließend wird das Ausmaß der Berichterstattung über andere Themen dargestellt.

5.5.1 Politikfelder in der Berichterstattung

Im Folgenden geht es um die Frage, wie intensiv über welche Politikfelder während dem italienischen Haushaltsstreit berichtet wurde. Dadurch lassen sich Erkenntnisse darüber gewinnen, welche Politikfelder im Fokus der Berichterstattung standen und welche vollständig oder weitestgehend ausgeklammert wurden. Die in der Berichterstattung in dem italienischen Haushaltsstreit thematisierten Reformvorschläge wurden den Politikfeldern

- Sozialpolitik
 - Rentenpolitik
 - Steuerpolitik
 - Arbeitsmarktpolitik
 - Haushaltspolitik
 - Finanzpolitik
 - Infrastrukturpolitik
 - Umweltpolitik
 - Familienpolitik
 - Gesundheitspolitik und
 - Wirtschaftspolitik
- zugeordnet.

Abbildung 34: Anteil der Artikel differenziert nach Politikfeldern



Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, 2018
Quelle: eigene Darstellung.

Die Analyse zeigt, dass sich in 21,2 Prozent aller Artikel mit Sozialpolitik befassten. Dieses Politikfeld nahm demnach eine herausgehobene Stellung in der Berichterstattung ein. Hierzu zählen beispielsweise das vielfach thematisierte Grundeinkommen von 780 Euro. Vor allem der Parteichef der Fünf-Sterne-Bewegung Luigi Di Maio setzte sich für ein Grundeinkommen für Arbeitslose ein. Es folgt die Rentenpolitik, die sich mit 18,9 Prozent nur knapp hinter der Sozialpolitik platziert. Zu diesem Politikfeld wurden insbesondere alle Diskussionen über die Rücknahme der Rentenreform der Vorgängerregierung gezählt. Die Rentenreform sah vor, dass der Renteneintritt wieder möglich sei, wenn die Summe des Alters und der Beitragsjahre mindestens 100 Jahre beträgt. Die Steuerpolitik wurde in nur etwa halb so vielen Artikeln thematisiert wie die ersten beiden Politikfelder und liegt bei 10,8 Prozent. Diesem Politikfeld werden z. B. Diskussionen über die Vereinfachung des bestehenden Steuersystems, insbesondere die Einführung der „Flat Tax“, zugeordnet. Die „Flat Tax“ ist eine Einheitssteuer von 15 Prozent und 20 Prozent für Selbstständige, natürliche Personen, mehrwertsteuerpflichtige Berufsgruppen sowie Unternehmen und Familien. Es folgt mit einem Abstand von acht Prozentpunkten die Arbeitsmarktpolitik als vierthäufigstes Politikfeld mit 2,6 Prozent. Diese wurde gerade einmal in 18 Artikeln erwähnt und ist dennoch eine der häufiger thematisierten Politikfelder. Haushalts-, Finanz-, Infrastruktur-, Umwelt- und Familienpolitik ließen

sich nur selten in den Artikeln finden und spielten alle mit jeweils unter zehn Thematisierungen kaum eine Rolle in der Berichterstattung über die Reformpolitik der italienischen Regierung 2018. Die Politikfelder Gesundheits- und Wirtschaftspolitik werden in keinem einzigen Artikel thematisiert (vgl. Abbildung 34).

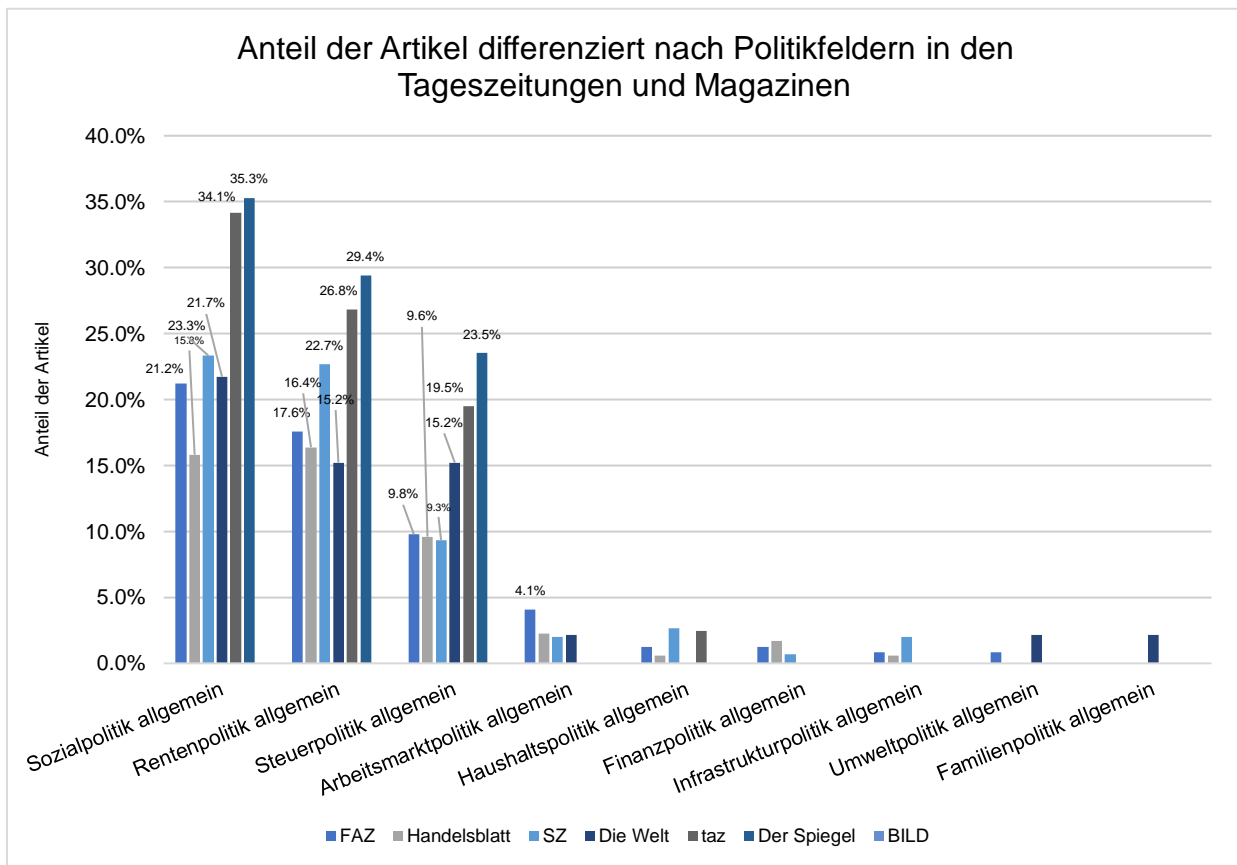
Wie intensiv einzelne Politikfelder in den Tageszeitungen und Magazinen im Mittelpunkt standen, ist zudem an der Länge der Artikel erkennbar. So wurden 102.617 Wörter über die Sozialpolitik geschrieben, über die Rentenpolitik 97.040 Wörter, über die Steuerpolitik 63.661 Wörter sowie über die Arbeitspolitik 12.543 Wörter. Über die Finanzpolitik wurden 8.170 Wörter geschrieben; die Länge aller weiteren Politikfelder blieb jeweils unter 7.000 Wörter (vgl. Anhang 7).

Zusammenfassend lässt sich über die Thematisierung der Politikfelder der italienischen Regierung sagen:

- Es stand mit jedem fünften Artikel das Politikfeld Sozialpolitik im Fokus der Berichterstattung. Es folgte das Politikfeld Rentenpolitik und das Politikfeld Steuerpolitik.
- Diese drei Politikfelder standen im Zentrum des Regierungsprogramms der neuen italienischen Regierung. Die restlichen Politikfelder sind nur vereinzelt thematisiert worden. Vor dem Hintergrund, dass in Italien in allen elf Politikfeldern 101 Reformen diskutiert und teilweise umgesetzt wurden, fehlte es an analytischer Qualität in der Berichterstattung über die Breite des Reformprozesses in Italien.

Politikfelder in den Tageszeitungen und Magazinen

Abbildung 35: Anteil der Artikel differenziert nach Politikfeldern in den Tageszeitungen und Magazinen



Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, 2018
 Quelle: eigene Darstellung.

Die Tageszeitungen „FAZ“, „SZ“, „taz“, „Handelsblatt“, „Die Welt“ und „BILD“, sowie das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“, wiesen keine großen Unterschiede in der Berichterstattung über die verschiedenen Politikfelder auf.

Das Thema Sozialpolitik war in der „FAZ“, „SZ“, „Die Welt“, „taz“ und in „Der Spiegel“ das wichtigste Politikfeld. In der „FAZ“ wurde dieses Politikfeld in 21,2 Prozent aller Artikel thematisiert. Im „Handelsblatt“ in 15,8 Prozent, in der „SZ“ in 23,3 Prozent, in „Der Welt“ in 21,7 Prozent, in der „taz“ 34,1 Prozent und in „Der Spiegel“ in 35,3 Prozent aller Artikel. Auch das Politikfeld „Rentenpolitik“ fand in nahezu identischem Ausmaß Berücksichtigung in den Tageszeitungen und Magazinen: In der „FAZ“ in 17,6 Prozent, im „Handelsblatt“ in 16,4 Prozent, in der SZ“ in 22,7 Prozent, in „Die Welt“ in 15,2 Prozent und in der „taz“ sowie in „Der Spiegel“ sogar in 26,8 Prozent und 29,4 Prozent. Die Steuerpolitik wurde in „Der Spiegel“ mit 23,5 Prozent, in der „taz“ mit 19,5 Prozent und in „Die Welt“ mit 15,2 Prozent häufiger thematisiert als in den anderen drei Zeitungen. Diese wiesen kaum Unterschiede in der Berichterstattung über die

Steuerpolitik auf: Die „FAZ“ thematisierte das Thema in 9,8 Prozent, das „Handelsblatt“ in 9,6 Prozent und die „SZ“ in 9,3 Prozent (vgl. Abbildung 35).

Die Politikfelder Arbeits-, Haushalts-, Finanz-, Infrastruktur-, Umwelt- und Familienpolitik finden kaum noch eine Erwähnung in den Artikeln der Tageszeitungen und die Themen Gesundheitspolitik und allgemeine Wirtschaftspolitik werden von keiner Zeitung thematisiert. Mit zehn Artikeln setzte sich lediglich die „FAZ“ regelmäßig mit dem Politikfeld Arbeitsmarktpolitik auseinander (vgl. Abbildung 35).

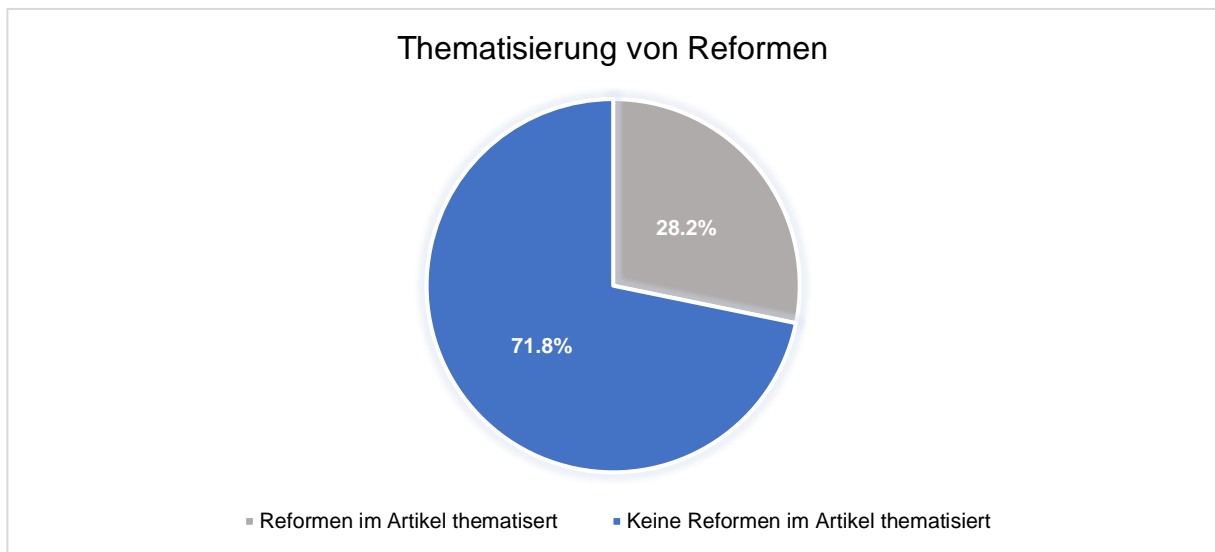
Zusammenfassend gibt es zwischen den Tageszeitungen keine großen Unterschiede.

- Mit Ausnahme der „BILD“ berichteten alle Tageszeitungen am häufigsten über die Politikfelder Sozial-, Renten- und Steuerpolitik. Es folgten mit großem Abstand die Politikfelder Arbeitsmarkt-, Haushalts-, Finanz-, Infrastruktur-, Umwelt- und Familienpolitik.
- Keine Tageszeitung thematisierte die Politikfelder Gesundheits- und Wirtschaftspolitik. Die Boulevardzeitung „BILD“ thematisierte in keinem Artikel eine Reform, welche einem der elf Politikfelder zugeordnet werden kann. Damit kann bei keiner Tageszeitung von einer ausreichenden Hintergrundberichterstattung über die Reformprozesse in Italien gesprochen werden.

Im Folgenden wird die Berichterstattung zu konkreten Reformvorschlägen in dem italienischen Haushaltsstreit betrachtet.

5.5.2 Berichterstattung über konkrete Reformvorschläge

Abbildung 36: Thematisierung von Reformen



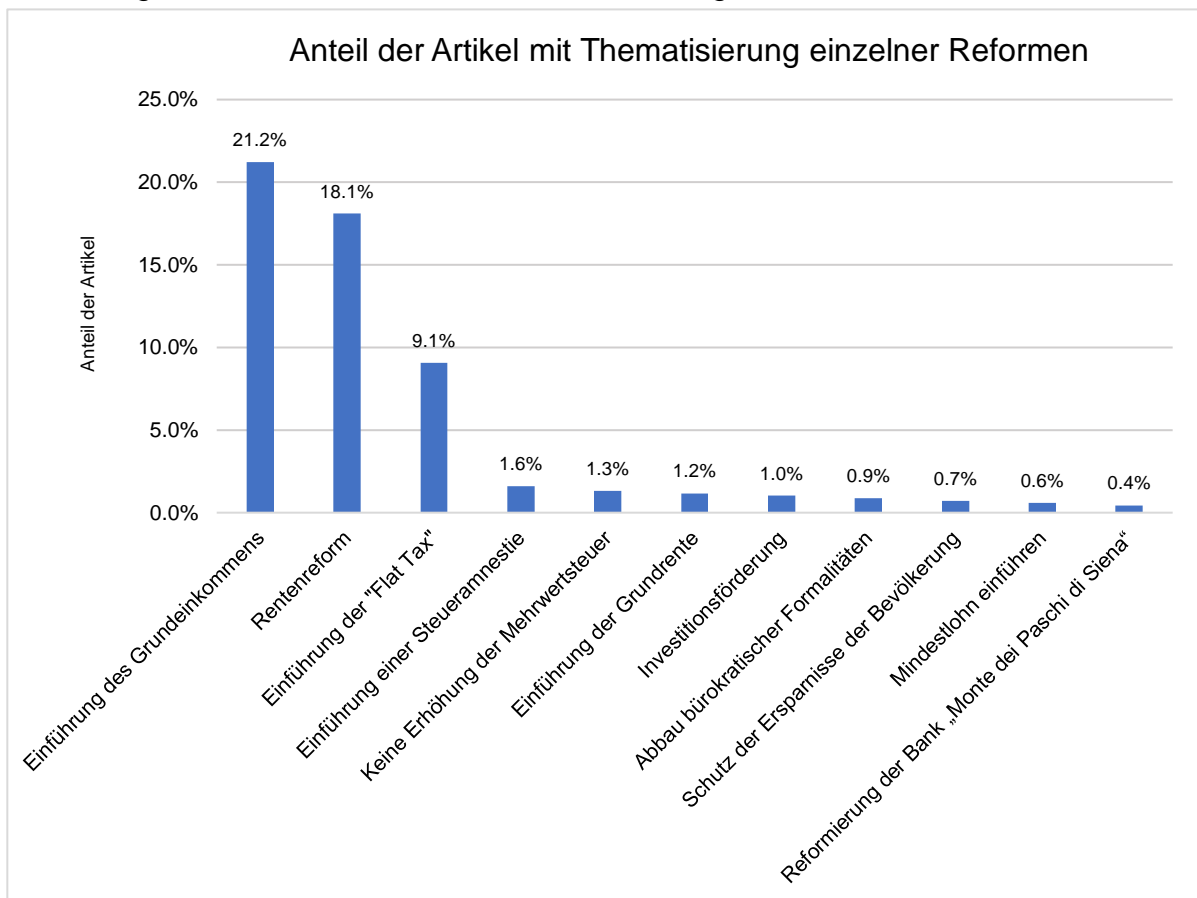
Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, 2018

Quelle: eigene Darstellung.

Die italienische Regierung hat im Regierungsprogramm der neuen Koalition konkrete Reformvorschläge gemacht. Insgesamt konnten 101 Reformvorschläge ermittelt werden. Um das Ausmaß der Hintergrundberichterstattung und damit die analytische Qualität der Berichterstattung der untersuchten Tageszeitungen zum italienischen Haushaltsstreit beurteilen zu können, soll im folgenden Abschnitt untersucht werden, über welche Reformen wie intensiv berichtet wurde und über welche nicht.

Nur wenige Artikel befassten sich mit konkreten Reformen. In 71,8 Prozent aller Artikel wurden kein Reformvorschlag aufgegriffen. In 28,2 Prozent wurden Reformvorschläge thematisiert (vgl. Abbildung 36).

Abbildung 37: Anteil der Artikel mit Thematisierung einzelner Reformen



Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, Mehrfachnennungen, 2018

Quelle: eigene Darstellung.

Noch am häufigsten wurde über den Vorschlag, das Grundeinkommen von 780 Euro pro Monat einzuführen, berichtet. 21,2 Prozent der Artikel thematisierten diese Reform. In 18,1 Prozent der Artikel wurde die Senkung des Renteneintrittsalters als Reformvorschlag genannt. Dieser Reformvorschlag wurde insbesondere von Matteo Salvini propagiert. An dritter Stelle, in 9,1 Prozent der Artikel, wurde die Einführung einheitlicher Steuersätze („Flat Tax“) thematisiert (vgl. Abbildung 37).

Weitere Reformen und Lösungsoptionen wurden weniger häufig thematisiert: In 1,6 Prozent aller Artikel wurde die Einführung einer Steueramnestie thematisiert. Ähnlich selten, nämlich in 1,3 Prozent der Artikel, wurde die Nicht-Erhöhung der Mehrwertsteuer und in 1,2 Prozent der Artikel wurde die Einführung der Grundrente von 780 Euro thematisiert. Die Erhöhung der inländischen Nachfrage durch Investitionsförderungen (1,0 Prozent), der Abbau bürokratischer Formalitäten (0,9 Prozent), der Schutz der Ersparnisse der Bevölkerung (0,7 Prozent) und die Einführung des Mindestlohns (0,6 Prozent), wurden in der Berichterstattung selten

thematisiert. In den Artikeln zum italienischen Haushaltsstreit ging es jedoch nur selten um andere zentrale Reformvorschläge wie die Kürzung der überhöhten Renten („goldene Renten“) (0,4 Prozent), die Förderung von Innovation, Neugründungen und Start-Ups (0,1 Prozent), die Verbesserung von Ausbildung (0,1 Prozent) oder den Ausbau erneuerbarer Energien (0,1 Prozent) (vgl. Abbildung 37). Hinzu kommen einige Reformvorschläge der italienischen Regierung, die gar nicht thematisiert wurden, unter anderem die Förderung der klimaneutralen Wirtschaft, Ressourceneffizienz oder die einfachere Kreditvergabe an italienische mittelständische Unternehmen. Die Berichterstattung beschränkte sich offenbar auf wenige Lösungsoptionen: Die Einführung des Grundeinkommens, die Senkung des Renteneintrittsalters sowie die Einführung der „Flat Tax“.

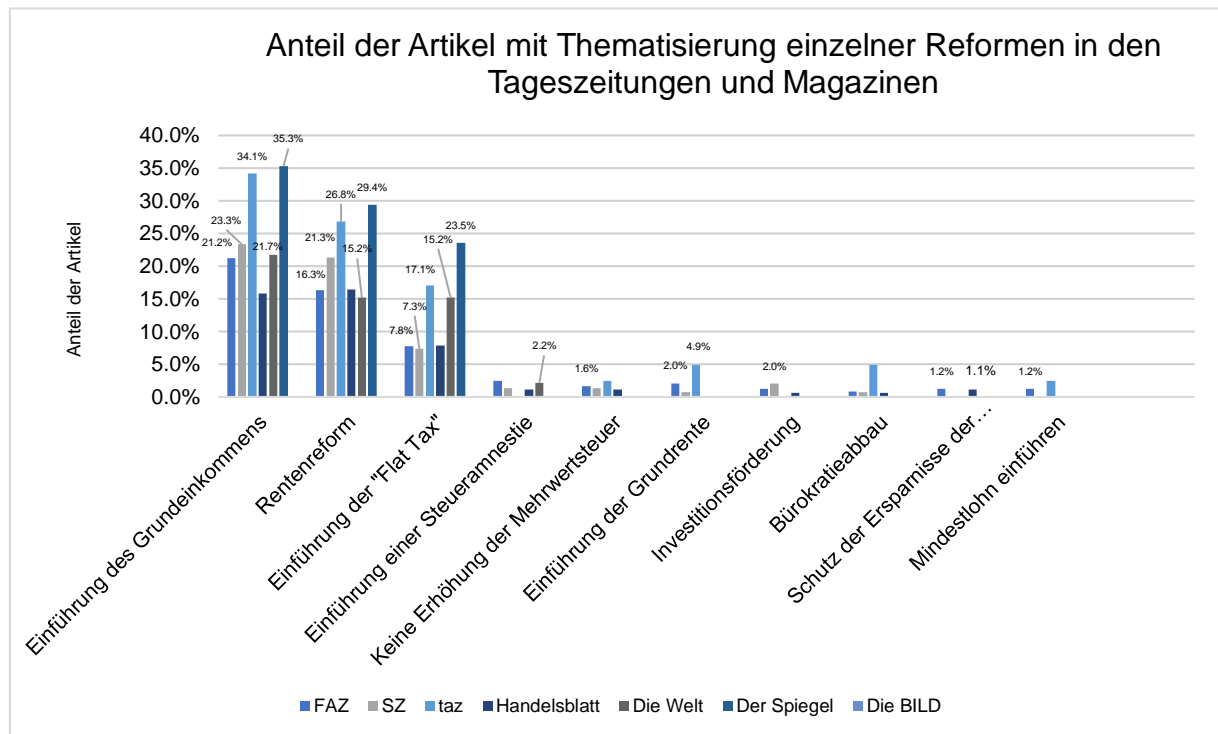
Zusammenfassend wurden von 101 Reformen nur 29 Reformen in insgesamt 193 Artikeln zum italienischen Haushaltsstreit thematisiert. Das entspricht 28,2 Prozent. In 71,8 Prozent der Artikel wurde keine einzige Reform thematisiert.

- Am häufigsten wurde die Einführung des Grundeinkommens thematisiert, es folgte die Senkung des Renteneintrittsalters, danach die Einführung einheitlicher Steuersätze.
- Von einer intensiven Hintergrundberichterstattung zu dem italienischen Reformprozess in den Tageszeitungen kann also nicht gesprochen werden.

Im Folgenden soll zwischen den einzelnen Tageszeitungen noch einmal unterschieden werden. Es soll gezeigt werden, welche spezifischen Reformen besonders fokussiert wurden, um so einen vergleichbaren Überblick über die Hintergrundberichterstattung als Ausdruck der analytischen Qualität der Tageszeitungen zu gewinnen.

Spezifische Reformen in den Tageszeitungen und Magazinen

Abbildung 38: Anteil der Artikel mit Thematisierung einzelner Reformen in den Tageszeitungen und Magazinen



Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, Mehrfachnennungen, 2018

Quelle: eigene Darstellung.

Die Tageszeitungen und das Magazin unterschieden sich - wie bei den thematisierten Politikfeldern – in der Thematisierung spezifischer Reformen in ihrer Berichterstattung kaum. Die Tageszeitungen wählten weitestgehend gleich aus. Am häufigsten wurde über die Einführung des Grundeinkommens von 780 Euro pro Monat berichtet. Diese Reform wurde von allen Tageszeitungen in mindestens fünfzehn Prozent der Artikel thematisiert. Der „Spiegel“ (35,3 Prozent) und die „taz“ (34,1 Prozent) berichteten am meisten über diese Reform. Insgesamt wurde in 145 Artikeln über diese Reform geschrieben. Die Senkung des Renteneintrittsalters wurde in 124 Artikeln thematisiert. Die „taz“ schrieb in 26,8 Prozent und der „Spiegel“ in 29,4 Prozent ihrer Artikel am häufigsten über diese Reform (vgl. Abbildung 38). Die dritte Reform, über welche in den Tageszeitungen und dem Magazin regelmäßig geschrieben wurde, war die Einführung einheitlicher Steuersätze. In 62 Artikeln wurde diese Reform thematisiert. Auch hier wurde die Reform am häufigsten von „Der Spiegel“ (23,5 Prozent) und der „taz“ (17,1 Prozent) thematisiert. „Die Welt“ thematisierte in 15,2 Prozent ihrer Artikel die Einführung der „Flat Tax“. Die Reformen „Einführung einer Steueramnestie“, „Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer“, „Einführung der Grundrente von 780 Euro pro

Monat“, „Erhöhung der inländischen Nachfrage durch eine Investitionsförderung“, „Bürokratieabbau“, „Schutz der Ersparnisse der Bevölkerung“ und „Mindestlohn einführen“ wurden von den Tageszeitungen fast nicht mehr thematisiert. Diese Reformen wurden nur in jeweils zwischen fünf und elf Artikeln zum Thema gemacht (vgl. Anhang 8). Da die „BILD“ über keines der elf Politikfelder in ihren Artikeln geschrieben hatte, taucht die „taz“ in dieser Abbildung nicht auf. Die „BILD“ thematisierte keine Reform (vgl. Abbildung 38).

5.5.3 Andere Themen im Fokus der Berichterstattung

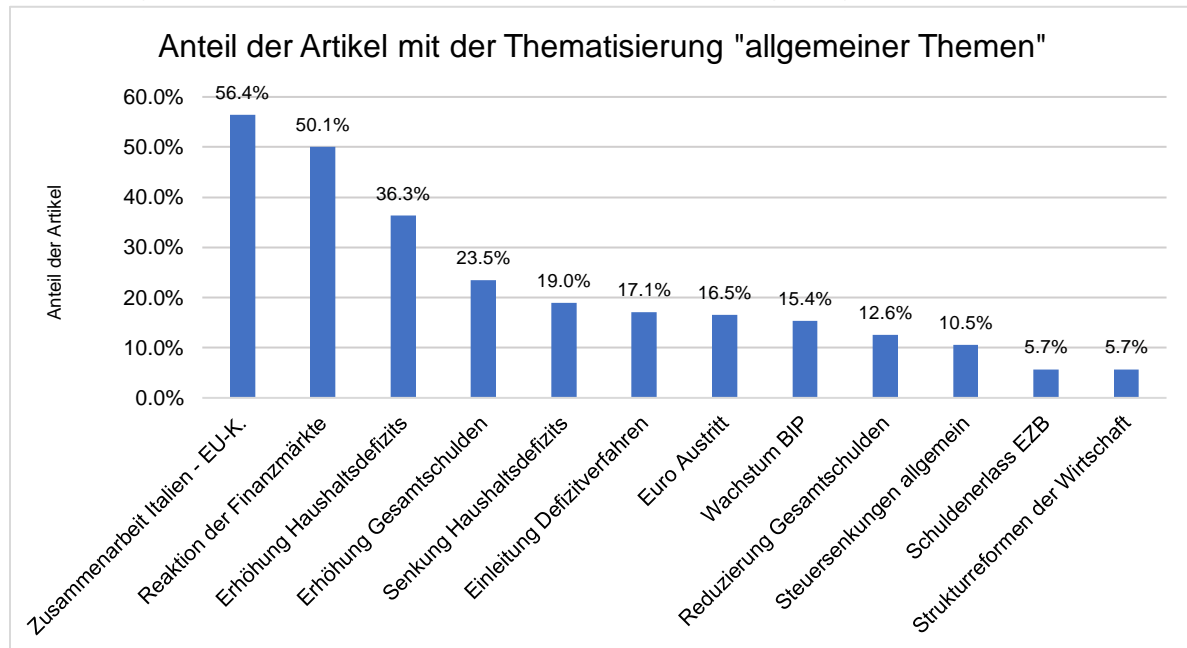
Spezifische Reformvorschläge wurden in der Berichterstattung zum italienischen Haushaltsstreit nur selten thematisiert. Im folgenden Abschnitt soll daher aufgezeigt werden, mit welchen Themen sich die Berichterstattung der Tageszeitungen bzw. Magazine stattdessen beschäftigten. Daran soll erkennbar werden, worauf der Fokus der Berichterstattung lag und mit welchem Hintergrund über die italienische Reformagenda im Haushaltsstreit mit der EU-Kommission berichtet wurde.

In einer hohen Zahl von Artikeln wurde nur allgemein von „den Reformen“ gesprochen. So hieß es beispielsweise „Bei einer Eskalation des Konflikts könnten die Zinszahlungen so teuer werden, dass für die Reformen kaum etwas übrig bleibt.“ (Braun 2018a: 2) oder „Die Koalitionsvereinbarung der beiden Parteien hatte Befürchtungen genährt, dass Italien zusteuert auf eine völlige Kehrtwende in der Schuldenpolitik, eine Abkehr von früheren Reformen und eine Konfrontation mit der EU (Mallien/Wiebe 2018: 6). Bei einigen Artikeln wurden zwar die einzelnen Themen benannt, jedoch wurde nicht auf genaue Reformvorschläge eingegangen und die Frage wie sie von der italienischen Regierung umgesetzt werden sollen. Somit ist die Hintergrundberichterstattung der Tageszeitungen oft nur oberflächlich. Die Ausnahme bildet der am häufigsten genannte Reformvorschlag – die Einführung des Grundeinkommens. Diese Reform kam in 21,2 Prozent der Artikel vor.

Die Darstellung des öffentlichen Konfliktes zum Haushaltsstreit mit der EU-Kommission folgte folgendem Muster: Die EU-Kommission forderte, dass Italien ihre Sparpolitik fortsetzt, Italien stellt den Haushaltsplan für das Jahr 2019 vor, der eine Erhöhung des Defizits von 2,4 Prozent beinhaltet, die EU-Kommission empfahl ein Defizitverfahren, welches mit Milliarden hohen Bußgeldern einhergeht, Italien beharrt

weiter auf den Haushaltsplan und im Dezember einigten sich die EU-Kommission und Italien auf ein neues Defizit von 2,04 Prozent.

Abbildung 39: Anteil der Artikel mit der Thematisierung "allgemeiner Themen"



Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, Mehrfachnennungen, 2018

Quelle: eigene Darstellung.

Konkrete Reformen oder Reformvorschläge wurden in der Berichterstattung selten thematisiert, wie oben dargestellt wurde. Die politisch und auch die mediale Diskussion drehten sich zudem in weiten Teilen um die Zusammenarbeit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission.

In 56,4 Prozent der Beiträge ging es allgemein um Verhandlungen und Diskussionen zwischen Italien und der EU-Kommission. Im Mittelpunkt stand die Frage, ob die EU-Kommission den vorgelegten Haushaltsplan Italiens, der von einem zuvor vereinbarten Defizit und von der Empfehlung des Europäischen Rates vom 13. Juli 2018 abwich, für das Jahr 2019 genehmigt (Europäische Kommission 2018a) So hieß es beispielsweise „Italiens populistische Regierung fordert mit ihrem Haushaltsplan die Europäische Union frontal heraus“ (Meiler 2018: 7).

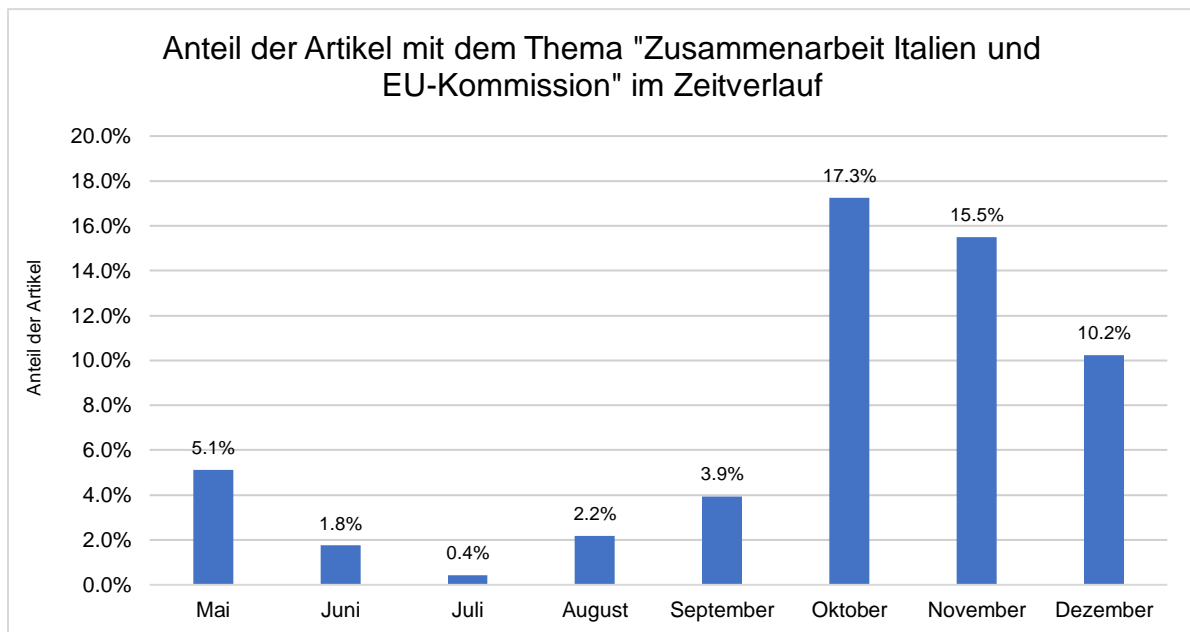
Die Berichterstattung beschränkte sich auf die Darstellung eines politischen Konflikts, bei dem es um die Frage ging, ob sich die italienische Regierung und die EU-Kommission einigen und einen Kompromiss finden, oder ob der Konflikt eskaliert und Strafmaßnahmen gegen Italien verhängt werden. Eine tiefergehende Darstellung der Forderungen und der Vorschläge fand indes kaum statt. So bleibt festzuhalten, dass

die Berichterstattung vielfach an der Oberfläche blieb. Sie fokussierte in einer hohen Anzahl von Artikeln nicht auf konkrete Reformvorschläge, sondern auf die politische Diskussion zwischen der EU-Kommission und der italienischen Regierung.

Die Analyse der Berichterstattung zum Haushaltsstreit mit der EU-Kommission zeigte, dass in vielen Artikeln die Inhalte und Reformen, über die zwischen Italien und der EU-Kommission gestritten wurde, nicht benannt wurden, dafür jedoch sehr oft mögliche Konsequenzen des Scheiterns von Verhandlungen wie dem EU-Gipfel. So wurde die Reaktion der Finanzmärkte (50,1 Prozent), die Einleitung eines Defizitverfahrens (17,1 Prozent), der Euro-Austritt (16,5 Prozent) und ein Schuldenerlass der EZB (5,7 Prozent) häufig in den Artikeln thematisiert.

Der Dramatik eines Scheiterns der Verhandlungen um den Haushaltsplan 2019 wurde durch die Konsequenz eines Euro-Austritts in der Berichterstattung eine erhöhte Dramatik verliehen. So hieß es in der „FAZ“ bereits am 12. Juli 2018: „Paolo Savona, der 81 Jahre alte Eurogegner in der italienischen Regierung, kann es nicht lassen: Wieder hat er den Begriff ‚Plan B‘ in den Mund genommen, der für einen Austritt Italiens aus dem Euro steht.“ (FAZ 2018: 18). Aber auch andere Themen, wie die Erhöhung des Haushaltsdefizits (36,3 Prozent), die Erhöhung der Gesamtschulden (23,5 Prozent) und auf der anderen Seite die Senkung des Haushaltsdefizits (19 Prozent) wurden von den Tageszeitungen instrumentalisiert, statt über konkrete Reformvorschläge zu berichten und die Leser*innen grundlegend über die italienische Wirtschafts- und Finanzpolitik zu informieren. Themen, wie das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (15,4 Prozent), die Reduzierung der Gesamtschulden (12,6 Prozent), eine allgemeine Steuersenkung (10,5 Prozent), und Strukturreformen der Wirtschaft (5,7 Prozent), wurden in den Artikeln eher selten thematisiert (vgl. Abbildung 39).

Abbildung 40: Anteil der Artikel mit dem Thema "Zusammenarbeit Italien und EU-Kommission" im Zeitverlauf

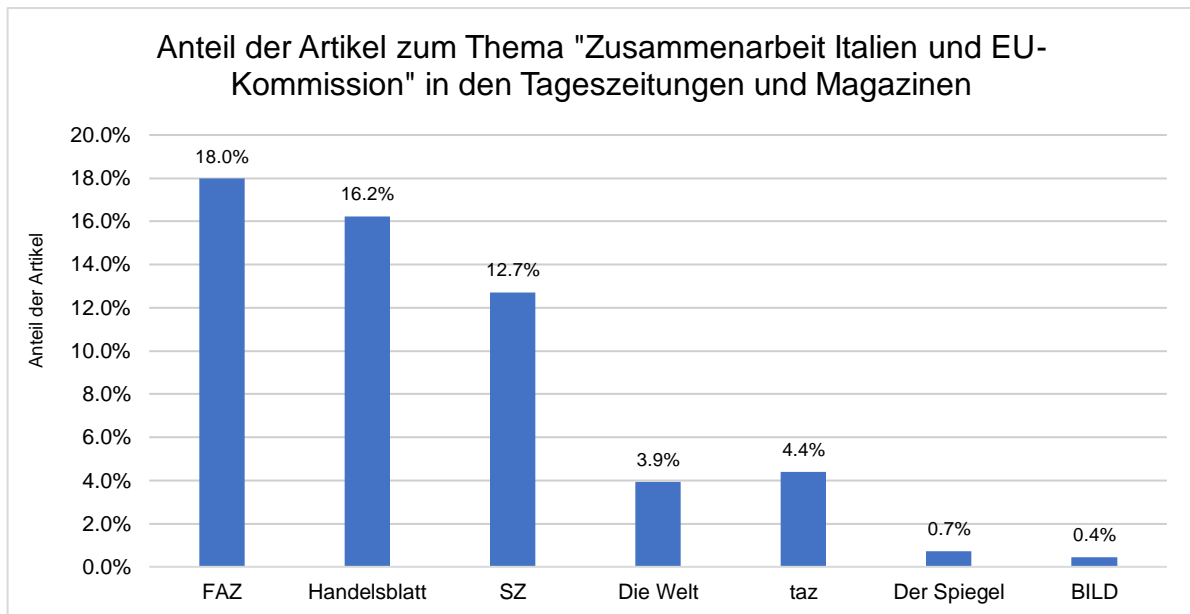


Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684, 2018

Quelle: eigene Darstellung.

Im zeitlichen Verlauf zeigt sich, dass der Anteil des Themas zur Zusammenarbeit zwischen Italien und der EU-Kommission ab September stark angestiegen ist. Das liegt an der Einreichung des umstrittenen Haushaltsplans der italienischen Regierung an die EU-Kommission am 15. Oktober 2018. Bis Mitternacht mussten alle 19 Euroländer ihre Haushaltspläne für das Jahr 2019 bei der EU-Kommission zur Überprüfung vorlegen. Da der italienische Haushaltsplan eine Erhöhung des Defizits von 2,4 Prozent implizierte und damit die gegen die europäischen Auflagen verstieß, kam es zu vielen Diskussionen und Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und Italien. Im Oktober befassten sich somit 17,3 Prozent der Artikel mit der Zusammenarbeit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission. Da Italien auf dem Haushaltsplan beharrte und die EU-Kommission daraufhin der italienischen Regierung im November mit der Einleitung eines Defizitverfahrens drohte, welches wahrscheinlich hohe Sanktionen mit sich gebracht hätte, befassten sich auch hier mit 15,5 Prozent der Artikel mit der Zusammenarbeit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission. Im Dezember kam es dann zur Einigung auf eine Erhöhung der Schuldenquote von maximal 2,04 Prozent und der Konflikt war vorerst ruhiggestellt worden. Im letzten Monat des Jahres 2018 befassten sich noch 10,2 Prozent aller Artikel mit diesem Thema (vgl. Abbildung 40).

Abbildung 41: Anteil der Artikel zum Thema "Zusammenarbeit Italien und EU-Kommission" in den Tageszeitungen und Magazinen
 Artikel mit Bezug zum italienischen Haushaltsstreit, n=684



Quelle: eigene Darstellung.

Zwischen den Tageszeitungen und Magazinen gibt es einen erkennbaren Unterschied im Ausmaß der Berichterstattung über die Zusammenarbeit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission. Während es in den Tageszeitungen „FAZ“ (18,0 Prozent), „Handelsblatt“ (16,2 Prozent) und „SZ“ (12,7 Prozent) in über zehn Prozent ihrer Artikel um die Zusammenarbeit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission geht und diese sich regelmäßig mit diesem Thema befassen, wird in den Tageszeitungen und Magazinen „Die Welt“ (3,9 Prozent), „taz“ (4,4 Prozent), „Der Spiegel“ (0,7 Prozent) und „BILD“ (0,4 Prozent) eher selten über die Zusammenarbeit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission berichtet (vgl. Abbildung 41).

Es kann zusammenfassend festgestellt werden, dass die untersuchten Tageszeitungen und Magazine vergleichsweise intensiv über die Zusammenarbeit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission berichteten und den Haushaltsstreit oft und gerne bemühten.

- Dies trifft auf die Tageszeitungen „FAZ“, „SZ“ und „Handelsblatt“ in besonderem Maße zu.
- Die Auseinandersetzung mit allgemeinen Themen nahm größeren Raum ein als die mit den meisten Lösungsansätzen der Reformvorschläge. So wurden

allgemeine Themen häufiger thematisiert als die meisten Politikfelder und Reformvorschläge.

Die Ergebnisse dieses Analyseabschnitts beantworten die Forschungsfrage, wie intensiv über welche Politikfelder und welche konkreten Reformvorschläge im Zusammenhang mit dem italienischen Haushaltsstreit berichtet wurde. Dies gibt Aufschluss über die analytische Qualität der Berichterstattung. Im Folgenden werden die Ergebnisse vergleichend differenziert zusammengefasst:

- Mit fast jedem fünften Artikel standen die Politikfelder Sozialpolitik und Rentenpolitik im Mittelpunkt der Berichterstattung. Es folgte mit halb so vielen Artikeln die Steuerpolitik. Mit weitem Abstand folgten die Politikfelder Arbeitspolitik, Haushaltspolitik und Finanzpolitik. Einige Politikfelder wie Infrastrukturpolitik, Umweltpolitik und Familienpolitik waren stark unterrepräsentiert, Gesundheitspolitik und Wirtschaftspolitik wurden gar nicht thematisiert. Vor dem Hintergrund, dass in Italien in elf Politikfeldern Reformen diskutiert und teilweise umgesetzt wurden, kann nicht von einer intensiven Hintergrundberichterstattung über den Reformprozess in Italien gesprochen werden.
- Nur wenige Artikel befassten sich mit konkreten Reformvorschlägen. In mehr als zwei Drittel aller Artikel wurde kein einziger Reformvorschlag aufgegriffen. In den Artikeln, in denen konkrete Reformvorschläge thematisiert wurden, wurden von 101 Reformen nur 29 Reformen in der Berichterstattung thematisiert. Dies spricht für eine geringe analytische Qualität der untersuchten Tageszeitungen und Magazinen. Die Berichterstattung fokussierte in einer hohen Anzahl an Artikeln auf den Haushaltsstreit mit der EU-Kommission. Dabei blieb sie allgemein und benannte Reformvorschläge und -forderungen kaum.
- Die Berichterstattung beschränkte sich erkennbar auf wenige Lösungsoptionen des Haushaltsstreits, die sich mit dem Ziel der Austeritätspolitik zuordnen lassen. Die untersuchten Tageszeitungen und Magazine konzentrierten sich stark auf die italienischen geplanten Reformen wie die Einführung eines Grundeinkommens, die Senkung des Renteneintrittsalters und die Einführung von einheitlichen Steuersätzen als Antworten auf den Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission. Nachfrageorientierte Lösungsansätze wurden nur selten verfolgt und dargestellt. Diese monothematische Darstellung von Reformen ist Ausdruck einer begrenzten Vielfalt von Positionen.

- Stattdessen wurde intensiv über die Zusammenarbeit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission berichtet. Die Drohung der EU-Kommission, Italien müsse ein Defizitverfahren einleiten, dominierte die Berichterstattung ab Oktober 2018. Dies trifft insbesondere auf die Tageszeitungen „FAZ“, „SZ“ und „Handelsblatt“ zu. Der Haushaltsstreit mit der EU-Kommission nahm größeren Raum ein als die Befassung mit den meisten Lösungsansätzen der Reformvorschläge. Hier wurde mehr auf die Dramatik des Konflikts gesetzt als auf Analyse und Lösung.
- Die Reformpolitik wurde im Oktober, November und Dezember 2018 als Thema der Berichterstattung zum italienischen Haushaltsstreit von Randthemen wie der Zusammenarbeit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission verdrängt. Dies spricht dafür, dass einer Auseinandersetzung mit der Umsetzung von Reformvorschlägen von den Redaktionen keine hohe Relevanz beigemessen wurde und stattdessen auf eine Darstellung des Konflikts zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission fokussiert wurde.

Insgesamt kann nur von einer eingeschränkten Hintergrundberichterstattung zur Wirtschafts- und Finanzpolitik der neuen italienischen Regierung 2018 gesprochen werden und damit fehlt es der Berichterstattung an analytischer Qualität.

6. Zusammenfassung der Ergebnisse

Die grundlegenden Leistungsanforderungen an die Zeitungs- und Magazinberichterstattung sind in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland (Art. 5) formuliert. Diese Leistungsanforderungen manifestieren sich in den Landespressegesetzen der Länder. Die gesetzlichen Vorgaben für die Presseberichterstattung und die darin formulierten Leistungsvorgaben sind die Grundlagen ihrer Existenzberechtigung. Die Zeitungs- und Magazinberichterstattung ist zur Ausgewogenheit verpflichtet. Dazu gehören das Gebot einer fairen und unabhängigen Berichterstattung und die Verpflichtung zur Überparteilichkeit. Die Abbildung verschiedener Meinungen in der Presseberichterstattung soll insgesamt ausgewogen sein. Außerdem sind die Zeitungen und Magazine dem Gebot der Neutralität verpflichtet und sollen den Bürger*innen wesentliche Hintergrundinformationen (analytische Qualität) zur Meinungsbildung liefern. Dieses wurde auch in den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts immer wieder betont. In

der Presse sollen die angebotenen Informationen „breit“, „vollständig“ und „ausgewogen“ sein (BVerfGE 12, 205).

Ziel dieser Arbeit war es, zu überprüfen, wie über den Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission in deutschen Qualitäts- und Boulevardzeitungen und Magazinen berichtet wurde. Es wurde untersucht, ob die Zeitungs- und Magazinberichterstattung den an sie gestellten Qualitätsanforderungen gerecht wird. Im Mittelpunkt standen die Relevanz des Themas für die untersuchten Artikel, die Vielfalt, die Ausgewogenheit, die Neutralität und die analytische Qualität. Zur Beantwortung der Fragestellung wurden im Untersuchungszeitraum – 18. Mai 2018 bis 31. Dezember 2018 – 4.224 Artikel der Qualitätszeitungen „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Handelsblatt“, „Süddeutsche Zeitung“, „Die Welt“ und „die tageszeitung“, des Magazins „Der Spiegel“ sowie der Boulevardzeitung „BILD“ analysiert. Insgesamt wurden 684 Artikel zum Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission erfasst und auf Articlebene analysiert. Die Ergebnisse werden im Folgenden strukturiert anhand der zentralen zu untersuchenden Qualitätskriterien, übergreifend und medienpezifisch vergleichend dargestellt:

6.1 Ergebnisse für die Analyse der Qualitätskriterien

Relevanz des Themas

- Die untersuchten Tageszeitungen und Magazine und haben das Thema italienischer Haushaltsstreit als relevant angesehen. Im Untersuchungszeitraum vom 18. Mai 2018 bis zum 31. Dezember 2018 wurde in 16,2 Prozent aller veröffentlichten Artikel zu Italien über das Thema berichtet. Die Tageszeitungen und das Magazin unterschieden sich in ihrer Berichterstattungsintensität stark. So veröffentlichten die „FAZ“ im Durchschnitt 1,3 Artikel pro Ausgabe und das „Handelsblatt“ 1,1 Artikel pro Ausgabe zum Thema italienischer Haushaltsstreit, während knapp vier von fünf Ausgaben der „SZ“ einen Artikel über das Thema beinhalteten. In „Die Welt“ enthielt knapp jede vierte Ausgabe und in der „taz“ jede fünfte Ausgabe einen Artikel über den italienischen Haushaltsstreit. „Der Spiegel“ griff das Thema in jeder zweiten Ausgabe auf, während die „BILD“ insgesamt nur in acht Artikeln über die italienische Wirtschafts- und Finanzpolitik berichtete. In

6,1 Prozent der Artikel mit Bezug zur italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik wurde das Thema auf der Titelseite der Tageszeitungen platziert.

- Ein Großteil der Berichterstattung fand in den Monaten Mai, Oktober und November 2018 statt. Im Mai und Oktober wurden auch die meisten Artikel an erster Position in den Tageszeitungen und Magazine veröffentlicht.

Fazit: Dem Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission wurde in allen untersuchten Zeitungen und Magazinen Relevanz beigemessen.

Vielfalt

- Es zeigt sich, dass in den Artikeln, in denen Akteursgruppen zitiert wurden, fast genauso häufig mehrere Akteursgruppen als nur eine Akteursgruppe zu Wort kommen. Mehr als eine Zitatgeber*innen-Gruppe fand sich in 34,9 Prozent der Artikel, während eine Zitatgeber*innen-Gruppe in 36 Prozent der Artikel zu Wort kam. Es wurden also in knapp 50 Prozent der Artikel, in denen Akteursgruppen zitiert wurden, vielfältige Akteure durch Zitate dargestellt. Zudem belegt die Auswertung, dass die italienische Regierung zwar in über 50 Prozent der Artikel den Anlass für den Artikel lieferte, es jedoch insgesamt 13 verschiedene Anlassgeber*innen-Gruppen gezählt werden konnten.

Fazit: Es wurden in der Hälfte der Artikel, in denen Akteursgruppen zu Wort kamen, vielfältige Akteure dargestellt, sowie lieferten vielfältige Akteursgruppen den Anlass für die Artikel. Das Kriterium der Vielfalt wurde daher mehrheitlich erfüllt

Ausgewogenheit

- Die Darstellung der Akteure in der Berichterstattung war nicht ausgewogen: Die italienische Regierung wurde in 56,3 Prozent der Artikel genannt, die EU-Kommission nur in 21,8 Prozent der Beiträge. Die Darstellung der Akteure war daher nicht gleichgewichtig und demnach auch nicht ausgewogen: Die italienische Regierung wurde häufiger genannt.
- Die italienische Regierung trat nur in 7,3 Prozent der Artikel als Sender von Aussagen auf, in 67 Prozent der Artikel wurden Aussagen über sie getroffen.
- Der Anteil der italienischen Regierung an den Zitaten lag bei 34,4 Prozent, der Anteil der EU-Kommission gerade einmal bei 10,9 Prozent. Allerdings kamen andere Akteure wie die deutsche Regierung hinsichtlich der italienischen

Wirtschafts- und Finanzpolitik deutlich häufiger zu Wort: Der Anteil der Zitate der anderen Akteure lag bei 51,8 Prozent. Die Darstellung der Akteure als Zitat-Geber*innen war nicht ausgewogen: Die italienische Regierung kam zwar häufiger bei ihrer eigenen Wirtschafts- und Finanzpolitik zu Wort als die EU-Kommission, jedoch deutlich seltener als andere Akteure.

Die Wertungen, die in der Berichterstattung vorgenommen wurden, waren ebenfalls nicht ausgewogen:

- Insgesamt fanden sich Wertungen der italienischen Regierung und der EU-Kommission in 69,9 Prozent aller Artikel wieder. Innerhalb dieser untersuchten Artikel wurde die italienische Regierung in 98,7 Prozent bewertet – erkennbar häufiger als die EU-Kommission mit 20,7 Prozent. In 63,7 Prozent wurde die italienische Regierung negativ bewertet. Dahingegen fanden sich in 12,4 Prozent negative Wertungen der EU-Kommission. Durch Mehrfachnennungen wurden in Artikeln auch beide Akteursgruppen bewertet. Die italienische Regierung wurde somit erheblich häufiger durch andere Akteure und Journalist*innen bewertet als die EU-Kommission und seltener positiv. Die Wertungen innerhalb der Presseberichterstattung waren also nicht ausgewogen.
- Journalist*innen nahmen Wertungen der italienischen Regierung in 40,4 Prozent der Artikel zum Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission vor. Die italienische Regierung wurde in 85,5 Prozent der Artikel durch Journalist*innen negativ bewertet, nur in 1,8 Prozent positiv. Journalist*innen bewerteten demnach nicht ausgewogen: Die italienische Regierung wurde somit erheblich häufiger durch Journalist*innen negativ als positiv bewertet.
- In 67 Prozent aller Artikel trafen Akteure wertende Aussagen über die italienische Regierung. Über die EU-Kommission wurden in nur 25,5 Prozent der Artikel wertende Aussagen von Akteuren getroffen. In 56 Prozent der Artikel fanden sich negative Bewertungen von Akteuren über die italienische Regierung. Die EU-Kommission wurde nur in 16,5 Prozent der Artikel negativ von anderen Akteuren beurteilt. Die italienische Regierung wurde erheblich häufiger negativ bewertet als die EU-Kommission. Die Darstellung von Bewertungen durch Akteure war also nicht ausgewogen.

- In 20,4 Prozent der Artikel, in denen Akteure zu Wort kamen, wurde die italienische Regierung in Zitaten ausgewogen bewertet. In 36,9 Prozent der Artikel äußerten sich Zitat-Geber*innen kritisch über die italienische Regierung, während eine positive Wertung in 30,7 der Artikel der Fall war. So ist zu erkennen, dass sich die Tageszeitungen und Magazine bei der Zusammenstellung der Zitate um eine ausgewogene Bewertung der italienischen Regierung bemühten. Dennoch fanden sich häufiger negativer als positive Bewertungen der italienischen Regierung durch Zitate statt.

Fazit: Insgesamt war die Berichterstattung im Hinblick auf die italienische Regierung unausgewogen. Sie wurde deutlich häufiger und kritischer beurteilt als die EU-Kommission.

Neutralität

Wertungen durch Journalist*innen sollten in der Presseberichterstattung dem Qualitätskriterium der Neutralität folgend nicht in Nachrichten und Berichten stattfinden, sondern in Kommentaren und Leitartikeln.

- In klassische Nachrichten fanden sich Bewertungen durch Journalist*innen. In 6,5 Prozent der Nachrichten fanden sich positive oder negative Wertungen der italienischen Regierung durch Journalist*innen.
- In 12,4 Prozent der Berichte nahmen Journalist*innen positive oder negative Bewertungen der italienischen Regierung vor.

Fazit: Die objektiven Darstellungsformen Nachrichten und Berichte wurden in den untersuchten Zeitungs- und Magazinartikeln für Wertungen genutzt. In jedem achten Bericht und jeder fünfzehnten Nachricht fanden sich Bewertungen durch Journalist*innen. Damit wurde das Gebot der Neutralität in Nachrichten und Berichten verletzt.

Analytische Qualität/ Hintergrundberichterstattung

- In jedem fünften Artikel stand die Sozialpolitik im Mittelpunkt der Berichterstattung über das Regierungsprogramm der italienischen Regierung. Es folgten knapp die Politikfelder Rentenpolitik und Steuerpolitik, die in 18,9 Prozent und 10 Prozent der Artikel thematisiert wurden. Einige Politikfelder wie die Arbeitsmarktpolitik, Haushaltspolitik und Finanzpolitik waren stark unterrepräsentiert; Wirtschaftspolitik und Gesundheitspolitik wurden gar nicht thematisiert. Vor dem

Hintergrund, dass in Italien in elf Politikfeldern Reformen diskutiert und teilweise umgesetzt wurden, kann nicht von einer intensiven Hintergrundberichterstattung über den Reformprozess in Italien gesprochen werden.

- Von 101 Reformen wurden nur 29 in der Berichterstattung zur italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik thematisiert. Das entspricht 28,7 Prozent. In 71,8 Prozent aller Artikel wurde keine einzige Reform thematisiert. Am häufigsten wurde in 21,2 Prozent der Artikel die Einführung des Grundeinkommens von 780 Euro pro Monat thematisiert, es folgte mit 18,1 Prozent die Rentenreform, danach mit 9,1 Prozent die Einführung der „Flat Tax“. Von einer gründlichen Hintergrundberichterstattung zu dem italienischen Reformprozess in den Tageszeitungen „FAZ“, „Handelsblatt“, „SZ“, „Die Welt“, „taz“ und „BILD“ sowie im Magazin „Der Spiegel“ kann nicht gesprochen werden.
- Die politischen Diskussionen um den italienischen Haushaltsentwurf drehten sich in großen Teilen um die Zusammenarbeit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission. So wurde die Zusammenarbeit zwischen den beiden Akteursgruppen von den untersuchten Tageszeiten und Magazinen in 56,4 Prozent aller Artikel aufgegriffen. Zum Vergleich: Mit Sozialpolitik beschäftigten sich die Tageszeitungen und Magazine in 21,2 Prozent der Artikel, mit Rentenpolitik 18,9 Prozent und Steuerpolitik 10,8 Prozent, mit Haushaltspolitik nur 1,3 Prozent aller Artikel. Im Oktober erreicht die Zusammenarbeit zwischen Italien und EU-Kommission ihren Thematisierungshöhepunkt: In 17,3 Prozent aller Artikel griff die Presse die Verhandlungen und Diskussionen zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission zum alljährlichen Stichtag 15 Oktober, zu dem alle EU-Mitgliedsstaaten eine Übersicht über die Haushaltsplanung für das darauffolgende Jahr vorlegen, auf. Die Zusammenarbeit wurde somit erheblich häufiger thematisiert als alle Politikfelder und Reformvorschläge. Vor allem vor diesem Hintergrund kann festgehalten werden, dass die Darstellung des politischen Konflikts größeren Raum einnahm als die Befassung mit den Lösungsansätzen der vorgeschlagenen italienischen Reformen.

Fazit: In einem Großteil der Berichterstattung wurde keine Reform thematisiert. Insgesamt kann nur von einer eingeschränkten Hintergrundberichterstattung zur

italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik gesprochen werden. Damit fehlte es der Berichterstattung zum großen Teil an analytischer Qualität.

6.2 Vergleich der untersuchten Tageszeitungen und Magazine

Relevanz des Themas

- Die Tageszeitungen „FAZ“, „Handelsblatt“ und „SZ“ maßen dem Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission im Jahr 2018 die höchste Relevanz bei. So veröffentlichte die „FAZ“ in absoluten Zahlen mit 245 Artikeln vor dem „Handelsblatt“ mit 177 und der „SZ“ mit 150 die meisten Artikel im Untersuchungszeitraum. Allerdings war die Berichterstattungsintensität beim „Handelsblatt“ mit 22,4 Prozent und der „SZ“ mit 18,7 Prozent höher als bei der „FAZ“, die in 18,2 Prozent aller veröffentlichten Artikel in Bezug auf Italien das Thema des Haushaltsstreits aufgriff. Zusammen haben sie in 572 Artikeln den Haushaltsstreit thematisiert, was bei 684 Artikeln insgesamt 83,6 Prozent ausmacht.
- „Die Welt“, „taz“ und „Der Spiegel“ veröffentlichten im Vergleich deutlich weniger Artikel. „BILD“ berichtete zwar in 17,4 Prozent der Artikel über den Haushaltsstreit, allerdings waren dies nur acht Artikel. Dies muss auch bei der Positionierung eines Artikels in der jeweiligen Zeitung bzw. Magazin beachtet werden. Die Artikel in der „BILD“ wurden im Durchschnitt auf Seite 2 platziert und somit am relevantesten von allen Medien erachtet. Dahingegen veröffentlichten „Die Welt“ und „taz“ ihre Artikel im Durchschnitt auf Seite 9, „SZ“ auf Seite 13, „FAZ“ auf Seite 15 und das „Handelsblatt“ erst auf Seite 24.

Fazit: Die Qualitätstageszeitungen „FAZ“, „Handelsblatt“ und „SZ“ berichteten in höherem Ausmaß als die Tageszeitung „Die Welt“, „taz“, der Magazin „Der Spiegel“ und die Boulevardzeitung „BILD“ über den Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und die EU-Kommission.

Vielfalt

- In der „taz“, „Die Welt“ und „FAZ“ kamen in der Mehrzahl der Artikel mehr als eine Zitat-Geber*innen-Gruppe zu Wort kommt. Dies war in der „taz“ in 56,1 Prozent, in „Die Welt“ 39,1 Prozent und „FAZ“ in 38 Prozent der Artikel der Fall, mehr als

in den anderen untersuchten Tageszeitungen und Magazinen. Dies spricht für Akteursvielfalt bei Zitaten in der „taz“, „Die Welt“ und „FAZ“. Im „Handelsblatt“ kamen in 24,9 Prozent der Artikel, in der „SZ“ in 36,7 Prozent, in „Der Spiegel“ in 35,3 Prozent und in der „BILD“ kamen in keinem Artikel mehrere Zitat-Geber*innen-Gruppen zu Wort.

- Im „Handelsblatt“ und in der „SZ“ war es häufiger der Fall, dass nur eine Gruppe von Zitat-Geber*innen zu Wort kam. In „Der Spiegel“ und „BILD“ dominierte der Anteil an Artikeln, in dem keine Akteursgruppe zu Wort kam. Das „Handelsblatt“, die „SZ“, „Der Spiegel“ und die „BILD“ wiesen demnach eine geringere Vielfalt von Zitat-Geber*innen innerhalb eines Artikels auf als die anderen Tageszeitungen.

Fazit: In den Qualitätstageszeitungen „FAZ“, „taz“ und „Die Welt“ kamen vielfältige Akteure durch Zitate zu Wort. Im „Handelsblatt“, „SZ“, „Der Spiegel“ und „BILD“ war die Vielfalt der Zitat-Geber*innen-Gruppen eingeschränkt.

Ausgewogenheit

Hinsichtlich der Akteursausgewogenheit fällt auf, dass diese in allen untersuchten Tageszeitungen und Magazinen nicht erfüllt wird:

- Bei der Nennung und Darstellung der Akteure zeigte sich bereits ein Ungleichgewicht: Die italienische Regierung wurde in allen untersuchten Printmedien häufiger dargestellt als andere Akteure. In der „FAZ“ wurde dieses Ungleichgewicht am deutlichsten: Die italienische Regierung wurde in 23,3 Prozent der Artikel genannt, die EU-Kommission nur in 7,3 Prozent der Artikel. Im „Handelsblatt“ und der „SZ“ war ein ähnliches Muster erkennbar: Die italienische Regierung wurde im „Handelsblatt“ in 10,5 Prozent und in der „SZ“ in 13,5 Prozent der Artikel genannt, die EU-Kommission im „Handelsblatt“ nur in 3,7 und in der „SZ“ nur in 5,7 Prozent der Artikel. In „Die Welt“, „taz“, „Der Spiegel“ und „BILD“ wurde die italienische Regierung zwar seltener genannt und gleichzeitig die EU-Kommission häufiger dargestellt, das Verhältnis war jedoch auch hier nicht gleichgewichtig. Die Darstellung der beiden Akteure war in allen Tageszeitungen und Magazinen nicht ausgewogen.
- Auch die Zitate waren nicht gleichgewichtig unter den untersuchten Akteuren verteilt. Während die italienische Regierung in allen Tageszeitungen und Magazinen häufiger genannt wurde als andere Akteure und häufiger zu Wort kam als die EU-Kommission, kam sie doch in jeder Zeitung bzw. Magazin seltener zu

Wort zu ihrer eigenen Wirtschafts- und Finanzpolitik als andere Akteure wie z. B. die deutsche Regierung. Die italienische Regierung kam in der „FAZ“ fast genauso häufig zu Wort wie andere Akteure. In allen anderen Tageszeitungen und dem Magazin kam die italienische Regierung wesentlich seltener zu Wort, andere Akteure hingegen in größerem Umfang. Dies ist vor allem für das „Handelsblatt“, „Die Welt“ und in „Der Spiegel“ der Fall. Die Diskrepanz ist also noch größer. Am seltensten kam die italienische Regierung in der „BILD“ zu Wort. Die Verteilung der Zitate ist in allen untersuchten Tageszeitungen und Magazinen ungleichgewichtig und somit auch unausgewogen: Die italienische Regierung kam erheblich seltener zu Wort als andere Akteure.

Neben der Akteursausgewogenheit zeigen sich auch Besonderheiten in der Bewertungsausgewogenheit im Vergleich zwischen den Tageszeitungen und dem Magazin:

- Insgesamt ließ sich ein ähnliches Muster bei den untersuchten Tageszeitungen und Magazinen bei den auffindbaren Wertungen der italienischen Regierung und der EU-Kommission finden: In allen Tageszeitungen und Magazinen dominierte eine negative Bewertung der italienischen Regierung sowie auch eine negative Bewertung der EU-Kommission, allerdings in einem erheblich anderen Ausmaß. Den größten Anteil an Negativ-Wertungen beinhaltete „Der Spiegel“: In 76,5 Prozent der Artikel wurde die italienische Regierung negativ bewertet. Den geringsten Anteil an Negativ-Wertungen ließ sich im „Handelsblatt“ mit 57,1 Prozent finden. 75 Prozent der Artikel in der „BILD“, 69 Prozent in der „FAZ“, 66,7 Prozent in der „SZ“ und 63 Prozent in der „Die Welt“ beinhalteten negative Wertungen der italienischen Regierung. Dahingegen wies die „taz“ mit 29,3 Prozent den höchsten und „Die Welt“ mit 6,5 Prozent den niedrigsten Artikelanteil mit negativen Bewertungen der EU-Kommission auf. In den anderen Zeitungen und Magazinen wurde die EU-Kommission in 23,5 Prozent in „Der Spiegel“, 13,1 Prozent in der „FAZ“, 11,3 Prozent im „Handelsblatt“ und 9,3 Prozent in der „SZ“ negativ bewertet.
- Die italienische Regierung wurde in allen Medien durch Journalist*innen mehrheitlich negativ bewertet. Bei allen untersuchten Tageszeitungen und Magazinen lag der Anteil der Artikel, in denen sich Journalist*innen kritisch zur italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik äußerten, über 64 Prozent aller Artikel

mit Wertungen durch Journalist*innen. So ließen sich in 86,4 Prozent aller Artikel in der „FAZ“, 77,3 Prozent der Artikel im „Handelsblatt“, 96,7 Prozent der „SZ“-Artikel, 88,9 Prozent der Artikel in „Die Welt“, 64,7 Prozent der „taz“-Artikel und 92,9 Prozent der Artikel in „Der Spiegel“ negative Bewertungen der italienischen Regierung durch Journalist*innen finden. In der „BILD“ bewerteten die Journalist*innen in allen Artikeln die italienische Regierung negativ. Positive Wertungen sowie ein ausgeglichenes Verhältnis der Wertungen ließen sich kaum finden: Nur die Journalist*innen der „taz“ berichteten in 11,8 Prozent positiv und in 17,6 Prozent in einem ausgeglichenen Verhältnis über die Politik der italienischen Regierung. In der „FAZ“ mit 5,7 Prozent, im „Handelsblatt“ mit 8,0 Prozent, in der „SZ“ mit 3,3 Prozent, in „Die Welt“ mit 5,6 Prozent und in „Der Spiegel“ mit 7,1 Prozent war der Anteil an Artikeln mit einem ausgeglichenen Verhältnis der Bewertungen der italienischen Regierung deutlich geringer. Negative Wertungen überwogen also deutlich bei der italienischen Regierung, das Verhältnis war nicht ausgewogen.

- Auch die Wertungen, die von dargestellten Akteuren ausgingen, waren in allen Medien unausgewogen zu Ungunsten der italienischen Regierung. In der „FAZ“ fanden sich in 53,5 Prozent der Artikel negative Bewertungen der italienischen Regierung durch dargestellte Akteure. Die EU-Kommission wurde in 15,9 Prozent der „FAZ“-Artikel negativ von anderen Akteuren beurteilt. Die „FAZ“, das „Handelsblatt“ mit 14,1 Prozent und die „SZ“ mit 12,7 Prozent unterschieden sich dabei kaum. Dargestellte Akteure bewerteten in „Der Welt“ (21,7 %), „taz“ (34,1 %) und „Der Spiegel“ (29,4 %) die EU-Kommission häufiger negativer, allerdings wurde die italienische Regierung auch häufiger negativer bewertet. So wurde die italienische Regierung in „Der Spiegel“ in 70,6 Prozent der Artikel, in der „taz“ in 51,2 Prozent der Artikel und in „Die Welt“ in 60,9 Prozent der Artikel negativ bewertet. 62,5 Prozent der Artikel der „BILD“ enthielten negative Wertungen der italienischen Regierung und 12,5 Prozent negative Wertungen der EU-Kommission. Alle untersuchten Tageszeitungen und Magazine wiesen bei den dargestellten Wertungen der Akteure ein Ungleichgewicht auf: Die italienische Regierung wurde erheblich häufiger negativ bewertet als die EU-Kommission. Dies spricht für eine Unausgewogenheit der dargestellten Positionen.
- Diese setzt sich teilweise in den Zitaten in den Tageszeitungen und Magazinen fort. Auch in den Zitaten wird erkennbar, dass die italienische Regierung häufiger

negativ als positiv bewertet wurde. Das ist im Verhältnis betrachtet bei den Tageszeitungen „FAZ“, „Handelsblatt“, „SZ“, „Die Welt“, dem Magazin „Der Spiegel“ und „BILD“ der Fall. Die Zitatgeber*innen äußerten sich mit 5.781 Wörtern am häufigsten in der „FAZ“ kritisch gegenüber der italienischen Regierung. Im „Handelsblatt“ wiesen die Zitate mit negativen Wertungen eine Länge von 4.784 Wörtern, in der „SZ“ von 3.186 Wörtern, in „Die Welt“ von 2.466 Wörtern, in der „taz“ von 889 Wörtern, im Magazin „Der Spiegel“ von 2.212 Wörtern und in der „BILD“ von 36 Wörtern auf. Allerdings zeigte sich für die „FAZ“ auch der größte Zitatumfang hinsichtlich eines ausgeglichenen Verhältnisses der Positionen zur italienischen Regierung unter allen untersuchten Tageszeitungen und Magazinen. Mit einer Länge von 6.035 Wörtern in der „FAZ“ wiesen die Zitate ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen positiven, negativen oder neutralen Wertungen der italienischen Regierung auf. Alle anderen Tageszeitungen und Magazine lagen bei den ausgewogenen Zitaten bei einer Länge um die 1.000 Wörter. Die Zitate in der „taz“ hingegen enthielten mit 1.121 Wörtern überwiegend positive Wertungen der italienischen Regierung. Während also die „FAZ“ zumindest in den berichteten Zitaten auf ein ausgeglichenes Verhältnis der Bewertungen der italienischen Regierung achteten, war dies in allen anderen Tageszeitungen und Magazinen nicht der Fall. Hier sind die Bewertungen nicht ausgewogen.

Fazit: Die Darstellung und Bewertung der italienischen Regierung und der EU-Kommission in den Zeitungs- und Magazinartikeln zur italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik war in allen untersuchten Medien unausgewogen. Die italienische Regierung wurde in allen Tageszeitungen und Magazinen erheblich häufiger negativ bewertet als die EU-Kommission.

Neutralität

In allen untersuchten Sendungen wurde das Gebot der Neutralität verletzt.

- In der „SZ“ und dem „Handelsblatt“ wurde das Gebot der Neutralität hinsichtlich der vorgefundenen Wertungen in Nachrichten seltener verletzt als in den anderen untersuchten Zeitungen. 1,9 Prozent der Nachrichten in der „SZ“ und 7,7 Prozent der Nachrichten im „Handelsblatt“ enthielten Wertungen der italienischen Regierung durch Journalist*innen. Dahingegen bei der „FAZ“ waren 4,4 Prozent nicht neutral verfasst. 75 Prozent der Nachrichten in „Der Spiegel“ und 28,5 Prozent der Nachrichten in der „BILD“ enthielten Wertungen durch

Journalist*innen. Journalist*innen der „Die Welt“ und „taz“ haben das Gebot der Neutralität für Nachrichten eingehalten. Damit wurde das Gebot der Neutralität von Nachrichten in der „FAZ“, gefolgt von „Der Spiegel“ und der „BILD“ am häufigsten verletzt.

- Insgesamt wurden in Berichten häufiger als in Nachrichten und in allen untersuchten Zeitungen und Magazinen Wertungen der italienischen Regierung von Journalist*innen vorgenommen und somit das Gebot der Neutralität verletzt. So wiesen 50 Prozent der Berichte in „Der Spiegel, was einem Artikel entspricht, 23,3 Prozent in der „SZ“, 17,6 Prozent in der „taz“, 16,7 Prozent in „Die Welt“, 8,9 Prozent im „Handelsblatt“ und 7,4 Prozent in der „FAZ“ Wertungen von Journalist*innen auf. Unter den Artikeln der „BILD“ war die Darstellungsform Bericht nicht vertreten, in der „FAZ“, „Handelsblatt“ und „SZ“ hingegen erheblich häufiger. Damit wurde das Gebot der Neutralität von Berichten in der „SZ“, gefolgt von der „FAZ“ und dem „Handelsblatt“ am häufigsten verletzt.

Fazit: In allen untersuchten Sendungen wurde das Gebot der Neutralität verletzt, am stärksten in der „SZ“, gefolgt von der „FAZ“ und dem „Handelsblatt“.

Analytische Qualität/ Hintergrundberichterstattung

Es kann nicht von einer ausreichenden Hintergrundberichterstattung in den untersuchten Tageszeitungen und Magazinen über die geplanten Reformen der italienischen Regierung gesprochen werden.

- Alle untersuchten Tageszeitungen und Magazine bis auf die „BILD“ berichteten am häufigsten über die Politikfelder Sozial-, Renten- und Steuerpolitik, andere Politikfelder wurden erheblich seltener aufgegriffen. Erst mit weitem Abstand folgte die Arbeitsmarkt- und Haushaltspolitik. In der „FAZ“ wurden drei, im „Handelsblatt“ vier, in der „SZ“ vier, in „Die Welt“ fünf, in der „taz“ sieben, in „Der Spiegel“ acht Politikfelder gar nicht thematisiert. Die „BILD“ hat über kein Politikfeld berichtet. Über viele Politikfelder wie Finanz-, Infrastruktur-, Umwelt- und Familienpolitik wurde in allen Tageszeitungen und Magazinen nur marginal berichtet, über andere Politikfelder wie Gesundheits- und Wirtschaftspolitik gar nicht.
- Von 101 Reformen wurden in der „FAZ“ 23 Reformen, in der „SZ“ nur 15 und im „Handelsblatt“ nur 13 Reformen thematisiert, in „Die Welt“ sogar nur 8, in der „taz“ nur 6 und in „Der Spiegel“ nur 3. Die „BILD“ hat über keinen Reformvorschlag

berichtet. Die Tageszeitungen und Magazine unterschieden sich in der Thematisierung spezifischer Reformen in ihrer Berichterstattung kaum. Am häufigsten wurde in allen Zeitungen und Magazinen bis auf das „Handelsblatt“ die Einführung des Grundeinkommens in Italien thematisiert. Das „Handelsblatt“ griff die Einführung der Rentenreform am häufigsten in ihrer Berichterstattung auf. Als dritthäufigste Reform wurde über die Einführung der „Flat Tax“ in allen Zeitungen und Magazinen berichtet. Die enge Fokussierung auf die Sozial-, Renten-Steuerpolitik zeigt jedoch, dass viele Politikfelder und Reformen nicht in der Berichterstattung thematisiert und analysiert wurden.

Fazit: Insgesamt kann nur von einer eingeschränkten Hintergrundberichterstattung der untersuchten Tageszeitungen und dem Magazin zur italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik gesprochen werden. In einem großen Teil der Artikel wurde keine konkrete Reform aufgegriffen und wenn, dann beschränkte sich die Berichterstattung auf wenige diskutierte Reformen. Damit fehlte es der Berichterstattung zum Teil an analytischer Qualität.

6.3 Schlussfolgerungen

Die Journalist*innen der untersuchten deutschen Qualitäts- und Boulevardzeitungen haben die an sie gestellten Qualitätsanforderungen also nur teilweise erfüllt. Die festgestellten Verletzungen zentraler Qualitätskriterien, wie Neutralität, Ausgewogenheit und Hintergrundberichterstattung, in der Zeitungs- und Magazinberichterstattung zum Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission weisen auf Mängel in der journalistischen Professionalität hin.

Eine differenzierte Betrachtung, wie sie oben vorgenommen wurde, lässt auch Unterschiede zwischen den Tageszeitungen und Magazinen, insbesondere zwischen den Qualitätszeitungen, erkennen. Die Qualitätszeitungen „SZ“, „FAZ“ und das „Handelsblatt“ verletzen das Qualitätskriterium der Neutralität stärker als die anderen Tageszeitungen. Als Konsequenz aus diesen Erkenntnissen sollten die deutschen Qualitätszeitungen noch stärker darauf achten, die strengen Qualitätskriterien einzuhalten. Die Trennung von Nachricht und Meinung muss konsequenter beachtet werden.

Die Berichterstattung über die Reformpolitik der italienischen Regierung 2018 und die Fixierung auf die politische Auseinandersetzung mit der EU-Kommission zeigen, dass die Berichterstattung einen engen Blick auf wenige Lösungen aufwies. Die Journalist*innen sollten stärker darauf achten, verschiedene Lösungsoptionen in die Berichterstattung einzubeziehen. Bei der Darstellung von Positionen, insbesondere in einer politischen Kontroverse, sowie bei der Auswahl von Zitaten sollte stärker auf die Ausgewogenheit geachtet und alle Konfliktparteien einbezogen werden.

Anhang

Literaturverzeichnis	131
Tabellarischer Anhang	137
Verzeichnis zu den Tabellen und Abbildungen	145
Hinweis zu den Autor*innen	149

Literaturverzeichnis

- Arlt, Hans-Jürgen/Storz, Wolfgang (2010): *Wirtschaftsjournalismus in der Krise: Zum massenmedialen Umgang mit Finanzmarktpolitik. Eine Studie der Otto Brenner Stiftung, Frankfurt/Main*
- Arnold, Klaus (2008): *Qualität im Journalismus – ein integratives Konzept*, in: *Publizistik* 53(4), S. 488–508.
- Arnold, Klaus (2009): *Qualitätsjournalismus. Die Zeitung und ihr Publikum*, Konstanz.
- Arnold, Klaus (2012): *Qualität im Journalismus*, in: Meier, Klaus/Neuberger, Christoph (Hrsg.): *Journalismusforschung. Stand und Perspektiven*, Baden-Baden: Nomos, S. 77–88.
- Bach, Thomas/Weber, Mathias/Quiring, Oliver (2012): *Das Framing der Finanzkrise – Deutungsmuster und Inter-Media Frame Transfer im Krisenherbst 2008*, in: *SCM*, 1(2), S. 193–224.
- BDZV (2021): *Print*, online unter: <https://www.bdzv.de/alle-themen/print> (abgerufen 01.03.2021).
- Beck, Klaus/Reineck, Dennis/Schubert, Christiane (2010): *Journalistische Qualität in der Wirtschaftskrise*, UVK Verlagsgesellschaft.
- Behnke, Joachim/Baur, Nina/Behnke, Nathalie (2010): *Empirische Methoden der Politikwissenschaft* (2. Aufl.), Schöningh, Paderborn.
- BILD (2021): *Bild und die Fakten*, online unter: <https://www.bild.de/digital/bildzeitung-druck/bildzeitung/bild-und-die-fakten-7356678.bild.html> (abgerufen 28.03.2021).
- Bundesverfassungsgericht (1961): *BVerfGE 12, 205*, online unter: <http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv012205.html> (abgerufen 02.02.2021).
- Braun, Michael (2018a, Oktober 24): *Brüssel lehnt Italiens Haushaltsentwurf ab. die tageszeitung*, S. 2.
- Braun, Michael (2018b, November 22): *„Wir warten auf Post vom Weihnachtsmann“*. *die tageszeitung*, S. 9.
- Brosius, Hans-Bernd/Haas, Alexander/Koschel, Friederike (2009): *Methoden der empirischen Kommunikationsforschung*, in: *Journal of Chemical Information and Modeling* (5. Aufl., Bd. 53). VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Brössler, Daniel (2018, Mai 30): *Europa und der Populismus von Rechts: Erst der*

- Brexit, dann der Aufstieg des Front National, nun die Erfolge von Lega und Cinque Stella in Italien: Können die Demagogen und großen Vereinfacher die EU am Ende zu Fall bringen?, in *Süddeutsche Zeitung*, S. 2.
- Bucher, Hans-Jürgen (2003): *Journalistische Qualität und Theorien des Journalismus*, in: *Qualität im Journalismus. Grundlagen – Dimensionen – Praxismodelle*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 11–34.
- Daschmann, Gregor (2009): *Qualität von Fernsehnachrichten: Dimensionen und Befunde*, in: *Media Perspektiven* 5 (2009), S. 257–266.
- Die Welt (2021): *Zeitung*, online unter: <https://zeitung.welt.de/> (abgerufen 29.03.2021).
- Eilders, Christiane/Lüter, Albrecht (1998): *Methodenbericht zum Projekt: Die Stimme der Medien im politischen Prozeß – Themen und Meinungen in Pressekommentaren*, in: *Discussion Paper FS III 98–107*, Wissenschaftszentrum Berlin (WZB).
- Europäische Kommission. (2018): *STELLUNGNAHME DER KOMMISSION vom 21.11.2018 zur Übersicht über die überarbeitete Haushaltsplanung Italiens*, in *C(2018) 8028 final*, Brüssel.
- Eurotopics (2021a): *Süddeutsche Zeitung*, online unter: <https://www.eurotopics.net/de/148780/sueddeutsche-zeitung> (abgerufen 29.03.2021).
- Eurotopics (2021b): *Die Welt*, online unter: <https://www.eurotopics.net/de/148503/die-welt> (abgerufen 29.03.2021).
- Eurotopics (2021c): *Handelsblatt*, online unter: <https://www.eurotopics.net/de/148558/handelsblatt> (abgerufen 29.03.2021).
- Eurotopics (2021d): *Der Spiegel*, online unter: <https://www.eurotopics.net/de/148789/der-spiegel> (abgerufen 29.03.2021).
- Eurotopics (2021e): *Bild*, online unter: <https://www.eurotopics.net/de/148423/bild> (abgerufen 29.03.2021).
- FAZ (2021): *Wissen für kluge Köpfe – Porträt der F.A.Z.*, online unter: <https://verlag.faz.net/unternehmen/ueber-uns/portraet/wissen-fuer-kluge-koepfe-portraet-der-f-a-z-11090906.html> (abgerufen 28.03.2021).
- Geuß, Annika (2018): *Qualität im Journalismus*, in: *Bamberger Beiträge zur Kommunikationswissenschaft* (Bd. 8), University of Bamberg Press.
- Grasse, Alexander/Labitzke, Jan (2018): *Politikwechsel mit Ansage – Ursachen und*

- Hintergründe des Wahlerfolgs der Populisten in Italien (Nr. 1), Berlin.
- Hagen, Lutz M. (1995): Informationsqualität von Nachrichten – Messmethoden und ihre Anwendung auf Dienste von Nachrichtenagenturen, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Handelsblatt (2021): Über uns - Handelsblatt Redner Agentur, online unter: <https://redner.handelsblatt.com/ueber-uns/> (abgerufen 29.03.2021).
- Hildebrand, Jan (2018, Oktober 23): Die italienische Erpressung. Handelsblatt, S. 16.
- Holsti, Ole R. (1969): Content analysis for the social sciences and humanities, Reading, MA: Addison-Wesley.
- Ignazi, Piero (2018): Italien steht vor einem heißen Herbst. Die politische Lage Italiens nach den Wahlen vom, 4 (2018), Rom.
- IVW (2021a): Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. – Frankfurter Allgemeine Zeitung, online unter: <https://www.ivw.eu/aw/print/qa/titel/1056?quartal%5B20203%5D=20203&quartal%5B20204%5D=20204#views-exposed-form-aw-titel-az-aw-az-qa> (abgerufen 28.03.2021).
- IVW (2021b): Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. – Süddeutsche Zeitung, online unter: <https://www.ivw.eu/aw/print/qa/titel/1221> (abgerufen 29.03.2021).
- IVW (2021c): Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. – Die Tageszeitung, online unter: <https://www.ivw.eu/aw/print/qa/titel/1334> (abgerufen 29.03.2021).
- IVW (2021d): Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. – Welt Print Gesamt, online unter: <https://www.ivw.eu/aw/print/qa/titel/8844> (abgerufen 29.03.2021).
- IVW (2021e): Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. – Handelsblatt, online unter: <https://www.ivw.eu/aw/print/qa/titel/1036> (abgerufen 29.03.2021).
- IVW (2021f): Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. – Spiegel, online unter: <https://www.ivw.eu/aw/print/qa/titel/122> (abgerufen 29.03.2021).
- IVW (2021g): Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. – Bild, online unter: <https://www.ivw.eu/aw/print/qa/titel/7110>,

- eingesehen (abgerufen 29.03.2021).
- IVW (2021h): Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. – ePaper, online unter:
<https://www.ivw.eu/print/epaper/epaper> (abgerufen 29.03.2021).
- Kromney, Helmut (2009): Empirische Sozialforschung (12. Aufl.), Opladen: Lucius & Lucius.
- Lamnek, Siegfried/Krel, Claudia (2016): Qualitative Sozialforschung (6. Aufl.), Weinheim: BELTZ.
- ma (2021): Pressemedien – Reichweitenübersicht, online unter:
<https://bit.ly/3wXaEwn> (abgerufen 17.03.2021).
- Mallien, Jan/Wiebe, Frank (2018, November 23): Anzeichen für eine Rezession. Handelsblatt, S. 6.
- Meiler, Oliver (2018, September 28): Menü der teuren Häppchen. Süddeutsche Zeitung, S. 7.
- Merten, Klaus (1995): Inhaltsanalyse (2. Aufl.), Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Neuberger, Christoph (2013): Qualität im Journalismus – Was ist Qualität? Und wie wird sie gemessen und gesichert?, in: Neuberger, Christoph/Kapern, Peter (Hrsg.): Grundlagen des Journalismus, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 114–145.
- Otto, Kim/Köhler, Andreas/Baars, Kristin (2016): Die Griechen provozieren! Die öffentlich-rechtliche Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise (Nr.87), Frankfurt am Main.
- Otto, Kim/ Köhler, Andreas (2017): Qualität im wirtschaftspolitischen Journalismus, in Qualität im wirtschaftspolitischen Journalismus (1. Aufl.).
- Otto, Kim/Degen, Matthias/Olgemöller, Max/Köhler, Andreas (2020): News Coverage of the Greek Sovereign Debt Crisis in German Public Service Broadcasting: A Case Study Analysis in Tagesschau, Heute, Brennpunkt and ZDF Spezial, in: Journalism Practice 0(0), S. 1–21.
- Pöttker, Horst (2000): Kompensation von Komplexität: Journalismustheorie als Begründung journalistischer Qualitätsmaßstäbe, in: Martin Löffelholz (Hrsg.): Theorien des Journalismus. Ein diskursives Handbuch, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 375–390.
- Rager, Günther (1994): Dimensionen der Qualität. Weg aus den allseitig offenen Richter-Skalen?, in: Günter Bentele/Kurt R. Hesse (Hrsg.): Publizistik in der

- Gesellschaft. Festschrift für Manfred Rühl, Konstanz: UVK, S. 189–210.
- Rössler, Patrick (2017): Inhaltsanalyse (3. Aufl.), Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Sauer, Ulrike (2018, Oktober 27): Roms Spiel mit dem Feuer. Süddeutsche Zeitung, S. 29.
- Schatz, Heribert/Schulz, Winfried (1992): Qualität von Fernsehprogrammen : Kriterien und Methoden zur Beurteilung von Programmqualität im dualen Fernsehsystem, in: Media Perspektiven 11(92), S. 690–712.
- Schranz, Mario/Eisenegger, Mark/Imhof, Kurt/Schneider, Jörg (2010): Qualität der Medien. Wirtschaftsberichterstattung in der Krise, Basel: Schwabe Verlag.
- Score Media (2018): Mehrwerte – EinBLICK in die regionale Tageszeitung (Dreiteilige Studie Nr. 1), online unter: https://staging.score-media.de/wp-content/uploads/Score-Media-Studien-Booklet_MEHRWERTE_EinBLICK-in-die-regionale-Tageszeitung.pdf (abgerufen 14.03.2021).
- Score Media (2020): Mehrwerte – EinBLICK in die regionale Tageszeitung (Dreiteilige Studie Nr. 3), online unter: https://score-media.de/wp-content/uploads/2020_Score-Media-MEHRWERTE_Vol.3.pdf (abgerufen 14.03.2021).
- Seiffert, Jens/Fähnrich, Birte (2012): Mehr als nur Rhetorik? Die strategische Kommunikation der deutschen Bundesregierung in der Euro-Krise, in: Romy Fröhlich/Thomas Koch (Hrsg.): Politik – PR – Persuasion, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 261–284.
- Siebel, Frank (2007): Der Mythos von der Amerikanisierung. Über die Leistungen und die zwiespältige Rolle von Qualitätsmedien in mediatisierten Wahlkämpfen, Universität Dortmund.
- Spiegel (2021): Der Spiegel, online unter: <https://www.spiegelgruppe.de/journalismus/medien/der-spiegel> (abgerufen 29.03.2021).
- SZ (2021): Objektbeschreibung und Objektprofil Süddeutsche Zeitung und Süddeutsche Zeitung am Wochenende, online unter: <https://sz-media.sueddeutsche.de/titel/sueddeutsche-zeitung.html> (abgerufen 29.03.2021).
- taz (2021): Zahlen und Fakten: Wir über uns, online unter <https://taz.de/Zahlenund-Fakten/!106557/> (abgerufen 28.03.2021).

Wie teuer kommt uns Italiens neue Regierung? (2018, Mai 22). BILD, S. 1.

Wyss, Vinzenz (2002): Redaktionelles Qualitätsmanagement. Ziele, Normen, Ressourcen, Konstanz: UVK.

ZMG (2020): Informationen und Orientierung in der Coronakrise, online unter:

https://www.die-zeitungen.de/fileadmin/files/documents/02_die-zeitungen.de_ab_Mai_2016/4_Forschung_und_Studien/ZMG-Studie_zur_TZ-Corona-Berichterstattung_download_BDZV.pdf (abgerufen 28.03.2021).

Tabellarischer Anhang

Anhang 1: Verkaufszahlen Printmedien – eigene Berechnung (in Anlehnung an IVW a-g).

Titel	Verkauf 2019 (4. Quartal)	Verkauf 2020 (4. Quartal)	Verkauf 2019IV vs. 2020IV in %
„BILD/B. Z.“ Deutschland – Gesamt (Mo-Sa)	Print: 1.318.686 E-Paper: 50.759	Print: 1.137.372 E-Paper: 65.301	Print: -13,8% E-Paper: + 28,6%
„Süddeutsche Zeitung“ (Mo- Sa)	Print: 252.279 E-Paper: 77.943	Print: 229.161 E-Paper: 90.998	Print: -9,2% E-Paper: +116,7%
„Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (Mo-Sa)	Print: 178.903 E-Paper: 49.992	Print: 144.634 E-Paper: 56.249	Print: -19,2% E-Paper: +12,5%
„Handelsblatt“ (Mo- Fr)	Print: 62.133 E-Paper: 72.764	Print: 38.207 E-Paper: 95.984	Print: -38,5% E-Paper: +31,9%
„Die Welt“ Print Gesamt (Mo-Sa + So)	Print: 413.507 E-Paper: 91.318	Print: 279.104 E-Paper: 98.922	Print: -32,5% E-Paper: +8,3%
„die tageszeitung“ (Mo-Sa)	Print: 32.726 E-Paper: 16.330	Print: 30.846 E-Paper: 19.438	Print: -5,8% E-Paper: +19,0%
„Der Spiegel“ (wöchentlich)	Print: 581.510 E-Paper: 109.941	Print: 491.223 E-Paper: 158.012	Print: -15,5% E-Paper: +43,7%

Quelle: eigene Darstellung.

Anhang 2: Gesamtlänge der Zitate und durchschnittliche Länge der einzelnen Zitate von Akteuren in den Tageszeitungen und Magazinen (in Wörtern, n=485)

	Italienische Regierung	Vertreter*innen der EU-Kommission	Vertreter*innen der EZB	Andere
% Anteil an Gesamtlänge	34,4%	10,9%	2,8%	51,8%
Durchschnittliche Länge der Zitate	49,57467532	36,5037594	35,88571429	72,00626959
Gesamtlänge	15.269	4.855	1.256	22.970

Quelle: eigene Darstellung.

Anhang 3: Gesamtlänge der Zitate und durchschnittliche Länge der einzelnen Zitate von Akteuren in den Tageszeitungen und Magazinen im Vergleich zwischen den Tageszeitungen und Magazinen (in Wörtern, n=485)

	Italienische Regierung	Vertreter*innen der EU-Kommission	Vertreter*innen der EZB	Andere
FAZ				
Durchschnittliche Länge der Zitate	53,88059701	43,04761905	30	75,29808
Gesamtlänge	7220	1808	450	7831
Handelsblatt				
Durchschnittliche Länge der Zitate	44,65306122	31,46428571	57,75	53,9
Gesamtlänge	2188	881	462	5.390
SZ				
Durchschnittliche Länge der Zitate	43,4084507	37,5	31,125	47,01282
Gesamtlänge	3082	1275	249	3667
Die Welt				
Durchschnittliche Länge der Zitate	45,08695652	23,66666667	30	100,4194
Gesamtlänge	1037	142	60	3113
taz				
Durchschnittliche Länge der Zitate	39,54166667	23,89473684	4	55,28571
Gesamtlänge	949	454	4	1161
Der Spiegel				
Durchschnittliche Länge der Zitate	98,25	59	15,5	196,8889
Gesamtlänge	786	295	31	1.772
BILD				
Durchschnittliche Länge der Zitate	7	0	0	18
Gesamtlänge	7	0	0	36
Gesamt	15.269	4.855	1.256	22.970

Quelle: eigene Darstellung.

Anhang 4: Anzahl der Wertungen nach Tageszeitung und Magazin in 2018

Wertung der italienischen Regierung							
	FAZ	HB	SZ	Die Welt	taz	Der Spiegel	BILD
positiv	5	2	3	1	2	0	0
ausgewogen	7	8	1	2	3	2	0
negativ	159	101	100	29	28	13	6
Gesamt	171	111	104	32	33	15	6
Wertung der EU-Kommission							
	FAZ	HB	SZ	Die Welt	taz	Der Spiegel	BILD
positiv	4	4	0	1	0	0	0
ausgewogen	3	1	1	0	0	0	0
negativ	32	20	14	3	12	4	0
Gesamt	39	25	15	4	12	4	0

Quelle: eigene Darstellung

Anhang 5: Anteil der Artikel mit Wertungen der einzelnen Akteure in den Tageszeitungen und Magazinen

	Positiv	Neutral	Negativ	Ausgeglichenes Verhältnis
Matteo Salvini				
FAZ	0,8%	2,0%	11,8%	0,0%
Handelsblatt	1,1%	1,1%	6,2%	0,0%
SZ	0,0%	1,3%	14,7%	0,0%
Die Welt	4,3%	4,3%	21,7%	0,0%
taz	2,4%	2,4%	4,9%	0,0%
Der Spiegel	5,9%	0,0%	23,5%	0,0%
BILD	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Luigi Di Maio				
FAZ	0,8%	1,6%	6,5%	0,0%
Handelsblatt	1,1%	0,0%	1,7%	0,0%
SZ	0,7%	0,7%	10,7%	0,0%
Die Welt	2,2%	4,3%	10,9%	0,0%
taz	2,4%	4,9%	4,9%	0,0%
Der Spiegel	0,0%	0,0%	17,6%	0,0%
BILD	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Giuseppe Conte				

FAZ	0,0%	2,0%	4,1%	0,0%
Handelsblatt	1,7%	1,1%	1,7%	0,0%
SZ	1,3%	1,3%	5,3%	1,3%
Die Welt	0,0%	4,3%	4,3%	0,0%
taz	0,0%	0,0%	2,4%	0,0%
Der Spiegel	0,0%	0,0%	17,6%	0,0%
BILD	0,0%	0,0%	12,5%	0,0%
Giovanni Tria				
FAZ	1,2%	2,4%	4,5%	0,4%
Handelsblatt	1,1%	2,3%	2,3%	0,0%
SZ	0,0%	2,7%	6,0%	0,0%
Die Welt	4,3%	4,3%	2,2%	0,0%
taz	0,0%	0,0%	2,4%	0,0%
Der Spiegel	0,0%	0,0%	5,9%	0,0%
BILD	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Europäische Kommission				
FAZ	2,0%	7,3%	15,9%	0,8%
Handelsblatt	2,3%	4,0%	14,1%	0,6%
SZ	2,7%	6,7%	12,7%	0,7%
Die Welt	0,0%	10,9%	21,7%	0,0%
taz	2,4%	7,3%	34,1%	0,0%
Der Spiegel	0,0%	5,9%	29,4%	0,0%
BILD	0,0%	0,0%	12,5%	0,0%
Jean-Claude Juncker				
FAZ	0,0%	0,0%	2,0%	0,0%
Handelsblatt	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
SZ	0,7%	0,7%	3,3%	0,0%
Die Welt	0,0%	0,0%	4,3%	0,0%
taz	0,0%	2,4%	2,4%	0,0%
Der Spiegel	0,0%	0,0%	5,9%	0,0%
BILD	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Pierre Moscovici				
FAZ	0,8%	2,0%	2,9%	0,0%
Handelsblatt	0,0%	0,6%	0,6%	0,0%
SZ	1,3%	2,0%	3,3%	0,0%
Die Welt	2,2%	2,2%	4,3%	0,0%
taz	0,0%	2,4%	2,4%	0,0%
Der Spiegel	0,0%	5,9%	5,9%	0,0%
BILD	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Mario Draghi				
FAZ	0,0%	1,2%	1,2%	0,0%
Handelsblatt	1,1%	0,6%	1,1%	0,0%

SZ	0,0%	2,0%	2,0%	0,0%
Die Welt	0,0%	0,0%	2,2%	0,0%
taz	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Der Spiegel	5,9%	5,9%	11,8%	0,0%
BILD	0,0%	0,0%	12,5%	0,0%

Quelle: eigene Darstellung

Anhang 6: Anzahl und Tonalität der Zitate zur italienischen Regierung in Artikeln, unterschieden nach Beteiligung von Zitatgeber*innen an diesen Zitaten

	Italienische Regierung	Vertreter*innen der EU- Kommission	Vertreter*in nen der EZB	Andere	Gesamt
positiv	141	25	4	58	149*
negativ	62	58	16	144	179*
ausgeglichenes Verhältnis	85	42	8	74	99*
keine Position	20	8	7	43	58*
Gesamt	308	133	35	319	485*
*Die Gesamtzahl in der Randsumme rechts ist nicht die Summe der Spalten. Zitatgeber*innen sind Mehrfachnennungen					

Quelle: eigene Darstellung

Anhang 7: Länge der Berichterstattung über einzelne Politikfelder (In Wörteranzahl, n=684)

Sozialpolitik	102.617
Rentenpolitik	97.040
Steuerpolitik	63.661
Arbeitsmarktpolitik	12.543
Haushaltspolitik	6.245
Finanzpolitik	8.170
Infrastrukturpolitik	5.133
Umweltpolitik	2.214
Familienpolitik	697
Gesundheitspolitik	0
Wirtschaftspolitik	0

Quelle: eigene Darstellung

Anhang 8: Anzahl der Artikel mit spezifischen Reformvorschlägen der italienischen Regierung bzw. deren Anteil an allen Artikeln der Tageszeitungen und Magazine in 2018 (FAZ: n=245, Handelsblatt: n=177, SZ: n=150, Die Welt: n=46, taz: n=41, Der Spiegel: n=17, BILD: n=8)

Reformvorschläge	FAZ	HB	SZ	Die Welt	taz	Der Spiegel	BILD	Gesamt
Einführung des Grundeinkommens von 780,00 Euro pro Monat	52	28	35	10	14	6	0	145
	21,2%	15,8%	23,3%	21,7%	34,1%	35,3%	0,0%	
Rentenreform: Senkung des Renteneintrittsalters: Renteneintritt möglich, wenn die Summe des Alters und der Beitragsjahre mindestens 100 Jahre beträgt	40	29	32	7	11	5	0	124
	16,3%	16,4%	21,3%	15,2%	26,8%	29,4%	0,0%	
Einführung einheitlicher Steuersätze (flat tax) von 15 % und 20 % für Selbstständige, natürliche Personen, mehrwertsteuerpflichtige Berufsgruppen, Unternehmen und Familien	19	14	11	7	7	4	0	62
	7,8%	7,9%	7,3%	15,2%	17,1%	23,5%	0,0%	
Einführung einer Steueramnestie	6	2	2	1	0	0	0	11
	2,4%	1,1%	1,3%	2,2%	0,0%	0,0%	0,0%	
Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer (weil das Land gegen die EU-Defizitgrenze verstoßen hat, drohte ihm daher eine automatische Erhöhung der Mehrwertsteuer)	4	2	2	0	1	0	0	9
	1,6%	1,1%	1,3%	0,0%	2,4%	0,0%	0,0%	
Einführung der Grundrente von 780,00 Euro pro Monat (für Personen, die unterhalb der Armutsgrenze leben)	5	0	1	0	2	0	0	8
	2,0%	0,0%	0,7%	0,0%	4,9%	0,0%	0,0%	

Erhöhung der inländischen Nachfrage durch eine Investitionsförderung	3	1	3	0	0	0	0	7
	1,2%	0,6%	2,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	
Abbau bürokratischer Formalitäten	2	2	1	1	0	0	0	6
	0,8%	1,1%	0,7%	2,2%	0,0%	0,0%	0,0%	
Schutz der Ersparnisse der Bevölkerung	3	2	0	0	0	0	0	5
	1,2%	1,1%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	
Mindestlohn einführen	3	1	0	0	0	0	0	4
	1,2%	0,6%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	
Reformierung der Bank „Monte dei Paschi di Siena“	1	1	1	0	0	0	0	3
	0,4%	0,6%	0,7%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	
Erhöhung der inländischen Nachfrage durch eine Förderung der Kaufkraft der Haushalte	1	0	1	0	1	0	0	3
	0,4%	0,0%	0,7%	0,0%	2,4%	0,0%	0,0%	
Kürzung der "goldenen Rente" (über 5.000 Euro netto monatlich)	2	0	1	0	0	0	0	3
	0,8%	0,0%	0,7%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	
Modernisierung und Ausbau von Eisenbahnstrecken	1	0	2	0	0	0	0	3
	0,4%	0,0%	1,3%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	
Neugestaltung des Projekts der Hochgeschwindigkeitsstrecke Turin-Lyon zwischen Frankreich und Italien	0	1	2	0	0	0	0	3
	0,0%	0,6%	1,3%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	
Reformierung der Gesetzgebung für Gelegenheitsjobs	1	1	0	0	0	0	0	2
	0,4%	0,6%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	
Reform und Stärkung der Arbeitsämter	2	0	0	0	0	0	0	2
	0,8%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	
Bessere Bedingungen für prekäre Arbeitsverhältnisse	1	0	1	0	0	0	0	2
	0,4%	0,0%	0,7%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	
Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Staat und Steuerzahler	1	0	0	0	0	0	0	1
	0,4%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	

Verschärfung der Sanktionen gegen Steuerhinterzieher (Bekämpfung der Steuerhinterziehung)	0	0	1	0	0	0	0	1
	0,0%	0,0%	0,7%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	
Förderung von Innovationen, Neugründungen und Start-Ups	0	0	0	1	0	0	0	1
	0,0%	0,0%	0,0%	2,2%	0,0%	0,0%	0,0%	
Verbesserung der Ausbildung	1	0	0	0	0	0	0	1
	0,4%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	
Erweiterung der Maßnahme "Frauenoption" (ermöglicht es Arbeitnehmerinnen mit 57-58 J. + 35 Beitragsjahre sofort in den Ruhestand zu gehen)	1	0	0	0	0	0	0	1
	0,4%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	
Förderung des Kaufs von Hybrid- und Elektrofahrzeugen	1	0	0	0	0	0	0	1
	0,4%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	
Neugestaltung eines nationalen strategischen Flugverkehrsplans	0	1	0	0	0	0	0	1
	0,0%	0,6%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	
Förderung von Forschung, Innovation und Ausbildung für ökologische Entwicklungsarbeit	0	0	0	1	0	0	0	1
	0,0%	0,0%	0,0%	2,2%	0,0%	0,0%	0,0%	
Ausbau erneuerbarer Energien	1	0	0	0	0	0	0	1
	0,4%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	
Anpassung der Standards gegen Luftverschmutzung	1	0	0	0	0	0	0	1
	0,4%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	
Steuervergünstigungen für Unternehmen, die Müttern nach der Geburt den Arbeitsplatz sichern	0	0	0	1	0	0	0	1
	0,0%	0,0%	0,0%	2,2%	0,0%	0,0%	0,0%	

Quelle: eigene Darstellung

Verzeichnis zu den Tabellen und Abbildungen

Tabelle 1: Übersicht über die untersuchten Zeitungen 19

Tabelle 2: Forschungsansätze zu Qualitätskriterien	24
Tabelle 3: Anteile der Beiträge mit Attribuierungen von politischen Akteuren	64
Abbildung 1: Qualitätsdimensionen und -kriterien: Ebenen der Beurteilung journalistischer Qualität dieser Studie.....	28
Abbildung 2: Operationalisierung der Qualitätsdimensionen und -kriterien	39
Abbildung 3: Anzahl der Artikel in den Tageszeitungen und Magazinen	44
Abbildung 4: Durchschnittliche Länge der Artikel in den Printmedien	45
Abbildung 5: Anzahl der Artikel in den Untersuchungsmonaten im zeitlichen Verlauf	46
Abbildung 6: Anzahl der Artikel nach Tageszeitung/ Magazin im zeitlichen Verlauf.	48
Abbildung 7: Durchschnittliche Anzahl der Artikel in den Tageszeitungen und Magazinen	49
Abbildung 8: Positionierung von Artikeln in den Tageszeitungen und Magazinen ...	50
Abbildung 9: Artikel an erster Position der Tageszeitungen und Magazine im zeitlichen Verlauf.....	51
Abbildung 10: Anteil der Artikel differenziert nach Vielfalt der zu Wort kommenden Akteursgruppen	53
Abbildung 11: Anteil der Artikel differenziert nach Vielfalt der zu Wort kommenden Akteursgruppen und Tageszeitung/ Magazin	54
Abbildung 12: Anlassgeber*in für die Artikel in den Tageszeitungen und Magazinen	55
Abbildung 13: Anlassgeber*in für die Artikel im Zeitungs- und Magazinvergleich	56
Abbildung 14: Anteil der Artikel in den Tageszeitungen und Magazinen differenziert nach Akteursfokus	59
Abbildung 15: Anteil der Artikel mit Nennung von Akteuren	60
Abbildung 16: Anteil der Artikel mit Nennung der Entscheidungsträger*innen der italienischen Regierung und der EU-Kommission	61
Abbildung 17: Anteil der Artikel mit politischen Akteuren als Adressaten bzw. Sendern von Aussagen	63
Abbildung 18: Länge der Zitate der politischen Akteure in den Artikeln	66
Abbildung 19: Länge der Zitate der politischen Akteure in den Artikeln.....	68

Abbildung 20: Anteil der Artikel mit Wertungen der italienischen Regierung und der EU-Kommission	71
Abbildung 21: Anteil der Artikel mit unterschiedlichen Ausprägungen der Wertung von Akteuren.....	72
Abbildung 22: Anteil der Artikel mit unterschiedlichen Bewertungen der italienischen Regierung innerhalb der Tageszeitungen und Magazine	73
Abbildung 23: Anteil der Artikel mit unterschiedlichen Bewertungen der EU-Kommission innerhalb der Tageszeitungen und Magazine	74
Abbildung 24: Anteil der Artikel mit unterschiedlichen Positionen der Journalist*innen	76
Abbildung 25: Anteil der Artikel mit unterschiedlichen Positionen der Journalist*innen gegenüber der italienischen Regierung.....	77
Abbildung 26: Anteil der Artikel mit Wertungen von Akteuren	79
Abbildung 27: Anteil der Artikel mit Wertungen der italienischen Regierung in den Tageszeitungen und Magazinen.....	81
Abbildung 28: Länge der Zitate mit Wertungen der italienischen Regierung in den Tageszeitungen und Magazinen.....	83
Abbildung 29: Position der zu Wort kommenden Akteure zu Italien.....	85
Abbildung 30: Anteil der Artikel nach Darstellungsform	88
Abbildung 31: Unterschiedliche Darstellungsformen in der Zeitungs- und Magazinberichterstattung	89
Abbildung 32: Anteil der Artikel mit Bewertungen durch Journalist*innen nach Darstellungsform.....	90
Abbildung 33: Anteil der Artikel mit Wertungen der italienischen Regierung durch Journalist*innen nach Darstellungsform in den Tageszeitungen und Magazinen	91
Abbildung 34: Anteil der Artikel differenziert nach Politikfeldern	95
Abbildung 35: Anteil der Artikel differenziert nach Politikfeldern in den Tageszeitungen und Magazinen	97
Abbildung 36: Thematisierung von Reformen	99
Abbildung 37: Anteil der Artikel mit Thematisierung einzelner Reformen	100
Abbildung 38: Anteil der Artikel mit Thematisierung einzelner Reformen in den Tageszeitungen und Magazinen.....	102
Abbildung 39: Anteil der Artikel mit der Thematisierung "allgemeiner Themen"	104

Abbildung 40: Anteil der Artikel mit dem Thema "Zusammenarbeit Italien und EU-Kommission" im Zeitverlauf.....	106
Abbildung 41: Anteil der Artikel zum Thema "Zusammenarbeit Italien und EU-Kommission" in den Tageszeitungen und Magazinen	107
Anhang 1: Verkaufszahlen Printmedien – eigene Berechnung (in Anlehnung an IVW a-g).....	130
Anhang 2: Gesamtlänge der Zitate und durchschnittliche Länge der einzelnen Zitate von Akteuren in den Tageszeitungen und Magazinen (in Wörtern, n=485)	130
Anhang 3: Gesamtlänge der Zitate und durchschnittliche Länge der einzelnen Zitate von Akteuren in den Tageszeitungen und Magazinen im Vergleich zwischen den Tageszeitungen und Magazinen (in Wörtern, n=485)	131
Anhang 4: Anzahl der Wertungen nach Tageszeitung und Magazin in 2018	132
Anhang 5: Anzahl und Tonalität der Zitate zur italienischen Regierung in Artikeln, unterschieden nach Beteiligung von Zitatgeber*innen an diesen Zitaten	134
Anhang 6: Anteil der Artikel mit Wertungen der einzelnen Akteure in den Tageszeitungen und Magazinen	132
Anhang 7: Länge der Berichterstattung über einzelne Politikfelder (In Wörteranzahl, n=684)	134
Anhang 8: Anzahl der Artikel mit spezifischen Reformvorschlägen der italienischen Regierung bzw. deren Anteil an allen Artikeln der Tageszeitungen und Magazine in 2018 (FAZ: n=245, Handelsblatt: n=177, SZ: n=150, Die Welt: n=46, taz: n=41, Der Spiegel: n=17, BILD: n=8).....	135

Hinweis zu den Autor*innen

Prof. Dr. Kim Otto ist Professor für Wirtschaftsjournalismus und Wirtschaftskommunikation an der Universität Würzburg und forscht dort u. a. zur Qualität im wirtschaftspolitischen Journalismus. Als Journalist arbeitet er für das ARD-Politikmagazin „Monitor“ sowie für die Reihe „die story“. 2007 wurde er mit dem Adolf-Grimme-Preis ausgezeichnet. Er studierte Politikwissenschaft, Rechtswissenschaften und VWL in Duisburg und promovierte in Journalistik in Dortmund.

Victoria Teschendorf, M.Sc. ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Professur für Wirtschaftsjournalismus und Wirtschaftskommunikation an der Universität Würzburg und forscht in den Bereichen wirtschaftspolitische Kommunikation, Journalismus und wirtschaftspolitisches Framing. Sie studierte Business Management an der Universität Würzburg, ist Doktorandin an der Universität Würzburg.